

NACH ZEHN JAHREN

	Seite
<i>Jens Nydahl</i> Nach zehn Jahren	162
<i>Ernst Beier</i> Setzt neue Akzente!	165
<i>Dr. Dr. Ernst Kracht</i> „Kieler Erklärung“ und „Übergangslösung“	173
<i>Dr. Hanno Schmidt</i> Rede zur Einweihung der Nachschule in Tingleff	184
<i>Dr. Hartwig Schlegelberger</i> Gedanken zur Saarabstimmung	189
<i>Ernst Siegfried Hansen</i> Profil eines Jahrzehnts	198
Dänische und deutsche Grenzlandorganisationen	207
<i>Dr. Hans Peter Johannsen</i> Literarische Notwendigkeiten	230
Umschau ab Seite 238	

AN UNSERE LESER

Das vorliegende Heft ist wegen des sich anhäufenden Stoffs umfangreicher geworden als die bisherigen und darf als Doppelheft gelten.

Das nächste wird zum 15. März 1956 erscheinen. Es wird durch die Post zugestellt werden, die auch die Mitgliedsbeiträge in Höhe von 1 oder 2 DM einzieht. Für diejenigen Mitglieder, die mehr leisten, werden wir der Märznummer eine Zahlkarte beifügen und bitten, den Betrag auf unser Postscheckkonto zu überweisen.

Die Geschäftsstelle

Die Grenzfriedenshefte erscheinen etwa vierteljährlich und werden herausgegeben vom Grenzfriedensbund (Bund für deutsche Friedenarbeit im Grenzlande) – Den Mitgliedern werden sie frei geliefert, anderen Beziehern für 2,- DM im Jahr – Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser allein verantwortlich - Geschäftsstelle: Husum, Theodor-Storm-Straße 9 – Alle Anfragen nach dorthin erbeten – Druck: Christian Wolff, Graphische Betriebe GmbH., Flensburg

GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

ALS NEUE FOLGE
DER BRIEFE

Nach zehn Jahren

1

Dürfen wir die nach den Minderheitenverhandlungen in Kopenhagen und Bonn abgegebenen Erklärungen seitens der beiden Regierungen als Abschluß einer Epoche – wenn auch nur einer kurzen – ansprechen und uns der Hoffnung hingeben, daß der Geist dieser Erklärungen sich auswirken wird in dem Verhältnis der Minderheiten zu den Mehrheiten und zu ihren Herbergsstaaten?

Ist zu erwarten, daß nunmehr die Spannungen neutralisiert worden sind und daß eine neue Periode „des guten Willens zur Zusammenarbeit“ einsetzen wird?

Ist beispielsweise eine Betrachtung der „Flensburger Tage“, dieser ebenso interessanten wie bedeutsamen Veranstaltung, zur Beantwortung der oben gestellten Fragen ein hinreichender Ansatzpunkt? Haben diese uns einen Schritt weiter gebracht oder sollten die immer nörgelnden Skeptiker, die „Ewig-Gestrigen“, Recht behalten?

Schon im Vorjahr wurde in Flensburg durch eine gemeinsame Veranstaltung mit Vorträgen historischer und literarischer Art der Wille erkennbar, nicht nur das Gegensätzliche der Anschauungen hervorzuheben, sondern auch die Bereitschaft zur Bekundung gemeinsamer Interessen. Auf der diesjährigen Tagung haben die musikalischen Darbietungen sowohl des Orchesters des dänischen Staatsrundfunks als auch die deutsche Operaufführung einen ungemein starken Zuspruch und eine begeisterte Aufnahme gefunden. Es war ein gemeinsames Erlebnis, das auf Gegensätze oder Spannungen nicht hindeutete. Die Vorträge wiesen gegenüber dem Vorjahr eine weit stärkere Besucherzahl auf, blieben in der Beteiligung zum Teil jedoch hinter den diesjährigen künstlerischen Darbietungen zurück; lag es an der Themenwahl oder der Vortragsart? Die gestellten Themen über die Kulturarbeit der kommunalen Organe in den beiden Ländern dürften sicher für beide Seiten eine

wichtige grenzpolitische Angelegenheit sein. Die verschiedene Art der Behandlung dieser Frage hätte manches Gemeinsame hervortreten lassen können, aber die etwas abstrakte Diskussion zur Frage einer Krisenerscheinung im Kulturleben fand auf dänischer Seite anscheinend kein besonderes Interesse und war hinsichtlich der Aufgabe der Gesamtveranstaltung kaum als Positivum zu bewerten. Etwas weitgespannt war der Rahmen hinsichtlich der Vorträge über die Atomforschung. Sie sollten als ein Aufruf verstanden sein zu einer gemeinsamen Front gegen die vernichtende Kraft der verschiedenen Atomwaffen in einem Kriege und als ein dringender Appell an alle Völker, in der Abwehr zusammenzustehen, um eine zwischenstaatliche Lösung kommender Probleme zu finden. Das Naheliegende und das Kommende sollten in den Vorträgen der Flensburger Tage gemeinsam erörtert werden. So gesehen, war die Themenwahl schon sinnvoll, und insofern dürfen wir die Frage, ob die Veranstaltung einen Beitrag zur Dokumentation des guten Willens bedeutete, mit Ja beantworten.

2

Noch sind die Erfahrungen, die Dänemark mit den Deutschen gemacht hat, im dänischen Volke so lebendig, daß es Überwindung bedarf, eine engere Bindung mit uns einzugehen. Keine dänische Regierung könnte bei dieser Einstellung des Volkes an den Abschluß eines Minderheitenvertrages denken. Die Bedeutung der südschleswigschen Bewegung ist in Dänemark so stark, daß dort jede Regierung auf das Selbstbestimmungsrecht festgelegt ist. Der Anchuß an Europa ist ein Akt politischer Klugheit, die Betonung des Selbstbestimmungsrechts aber eine Herzenssache.

Der vor kurzem verstorbene Philosoph Ortega y Gasset sagt in seinem im Jahre 1930 erschienenen Buch „Der Aufstand der Massen“:

„Die tatsächliche Lage Europas wäre sonach folgendermaßen zu beschreiben: Seine lange und großartige Vergangenheit hat es auf eine neue Lebensstufe geführt, wo alles sich vergrößert hat; aber seine Strukturverhältnisse, die aus der Vergangenheit hinüberdauern, sind zwerghaft und hemmen die Expansionskräfte der Gegenwart. Europa ist als Gefüge kleiner Nationen entstanden. Nationalgedanke und Nationalgefühl waren in gewissem Sinne seine bezeichnendsten Erfindungen. Nun sieht es sich gezwungen, sich selbst zu überwinden. Dies ist das Schema des gewaltigen Dramas, das sich in den kommenden Jahren abspielen wird. Wird sich Europa von den Überresten der Vergangenheit befreien können oder für immer ihr Gefangener bleiben? Denn es ist schon einmal in der Geschichte geschehen, daß eine große Zivilisation starb, weil sie ihre überlieferte Staatsidee nicht aufgeben konnte ...“
Historisches Denken und Überwertung der Tradition erschweren die Meisterung der Gegenwartsaufgaben, die angesichts der veränderten Gesellschaftsstruktur durch

Technik und Automatismus an uns herantreten.

Gasset sagt an einer anderen Stelle: „Das Schlimmste ist, daß es an diesem so fragwürdigen Leben von 1932 nichts Fragwürdigeres gibt als gerade seine Beziehungen zur Vergangenheit. Man ist sich dessen nicht deutlich bewußt geworden, weil das Gegenwärtige und Zukünftige immer eine offenkundigere Dramatik zeigen als das Gewesene.“

3

Der Gedanke einer europäischen Integration ist in Dänemark durch das Verhältnis zu Deutschland historisch belastet; starker Sympathie dagegen erfreut sich die Bewegung eines nordischen Zusammenschlusses, in den auch die südschleswigsche Minderheit sich eingeschlossen sehen möchte. Ob dieses Kleineuropa im Norden sich bald einer größeren, umfassenden Organisation Gesamteuropas anschließen wird, dürfte eine Frage der Zeit sein.

Im Zeichen des aufgehenden Sternbildes Europa müssen daher die Bonner und Kopenhagener Erklärungen als sehr bedeutend angesehen werden. Beide Regierungen haben den Minderheiten und ihren einzelnen Mitgliedern das Recht der freien Entscheidung in nationaler Hinsicht und alle staatspolitischen Rechte zugesichert. Erfüllen die Herbergsstaaten ihre Verpflichtungen den Minderheiten gegenüber, entfällt der Grund zu kleinlicher Protestpolitik, die bisher zur Behebung von Spannungen sich nur negativ auswirkte. Es würden dann sogar Verständigungs- und Kontaktausschüsse sich als überflüssig erweisen. Fehlentscheidungen in den Maßnahmen einer Regierung oder einer Organisation führen nur zu unerfreulicher Propaganda. Restaurative Kräfte, die sich den Forderungen der Zeit hemmend in den Weg stellen und die Wirkungen ihres Tuns nicht ermessen, gehören in eine zielstrebige Grenzpolitik nicht hinein. Noch gilt es, in den Minderheiten und darüber hinaus in den Nachbarvölkern nationale Ressentiments zu überwinden.

Der Grenzfriedensbund hat von Anfang an sich um eine Annäherung der beiden Völker bemüht und in gemeinsamen Kursen mit deutschen und dänischen Teilnehmern erste Versuche zur Lösung dieser Aufgabe gemacht. Menschliches Verstehen heißt noch nicht Verbrüderung, ist aber Voraussetzung für eine aufrichtige, zielbewußte Europa-Politik.

Mit diesem Ausblick und mit dieser Hoffnung gehen wir in das nächste Jahrzehnt, indem wir hoffen, durch unsere Arbeit die Voraussetzungen für die so notwendige Verbreitung des Wissens um die Kultur beider Völker mitzuschaffen. Wir glauben, daß hier nicht zuletzt unserer Organisation in der Zukunft wichtige Aufgaben zufallen und sind bereit, nach neuen Wegen zu suchen, Wegen, die über die bisherige Praxis der „Begegnung“ hinaus- und weiterführen.

Jens Nydahl

Setzt neue Akzente!

Einige Worte vorweg

In diesem Jahr – ein Dezennium nach dem deutschen Zusammenbruch – ist die Nachkriegsentwicklung hier im Grenzlande zu einem gewissen Abschluß gelangt. Das ist der allgemeine Eindruck, den alle für unsere engere Heimat bedeutsamen Ereignisse der letzten Zeit hinterlassen haben. 1955 verwirklichte sich manches, wofür in den Jahren vorher viel Mühe und Arbeit aufgewandt worden ist. Lange heiß Umstrittenes ergab sich beinahe von selbst, einfach deshalb, „weil die Zeit dafür gekommen war“. Man könnte jetzt wohl geneigt sein zu sagen: So, nun ist's genug. Bis hierher und nicht weiter. Was erreicht werden sollte und konnte, ist geschafft – Weiter wollen wir nicht.

Wenn trotzdem von neuen Aufgaben die Rede sein soll, von *neuen Akzenten*, die wir setzen müssen, so geschieht dies nicht, weil das nun Erreichte gering geachtet werden soll, sondern weil wir glauben, daß jetzt etliche Grundsätze über das Zusammenleben im Grenzland allgemeine Anerkennung gefunden haben, Allgemeinbesitz geworden und mit den Erklärungen Kopenhagen-Bonn verbrieft und gesiegelt sind. Grundsätze, die nicht nur die Voraussetzung sind für eine freiheitliche Entwicklung der Minderheiten und ein verträgliches Voneinander von Deutschen und Dänen, sondern darüber hinaus die *Möglichkeit* geben zu einem fruchtbaren Mit- und Füreinander.

Wir wissen, daß bis dahin noch mancher Tag vergehen wird und mancher Schritt getan werden muß, aber *das Ziel* sollten wir ins Auge fassen und die Akzente unserer Arbeit sollten dort liegen, wo es um Dinge geht, die für beide Nationen gleich wichtig sind. Es gibt gemeinsame Grundlagen in der Vergangenheit, die zum geistigen Besitz aller zu machen durchaus der Anstrengungen Wert ist, es gibt gemeinsame Gegenwartsaufgaben,, um die zu mühen es sich wirklich lohnt, und es gibt eine gemeinsame Zukunft, die nur dann wirklich wird, wenn wir sie erstreben.

Politik ist Schicksal!

„Politik ist Schicksal!“ Dieses Wort Napoleons gilt auch für die letzten hundert Jahre der Geschichte Schleswigs, die eng verknüpft ist mit der nationalstaatlichen Entwicklung in Europa und noch enger, ja unlöslich, mit dem Aufstieg und Niedergang des deutschen Nationalstaates, mit dem Werden und Vergehen des Deutschen Reiches – des Zweiten Reiches, des Reiches Bismarcks, des Kleindeutschlands preußisch-deutscher Prägung –, mit dem Schickal der Weimarer Republik und – dem

„Dritten Reich“ Adolf Hitlers.

Aus dem Werden des kleindeutschen Reiches durch „Blut und Eisen“ von vornherein mit einer „schleswigschen Hypothek“ belastet, hat die Schleswig-Frage das Deutsche Reich von Anbeginn begleitet, und in Zeiten politischer Katastrophen ist sie in neuer und abgewandelter Form jedesmal wieder auf die Tagesordnung gesetzt worden. Politik wurde Schleswig erneut zum Schicksal!

Als es nach dem Zusammenbruch Hitler-Deutschlands, dieser Pervertierung der Reichsidee, mit uns allem Anscheine nach endgültig „aus und vorbei“ war, es so aussah, als ob man „alle Hoffnung fahren lassen“ müßte, erklärten unter dem Eindruck dieses Geschehens 90 000 Schleswiger, daß sie Dänen seien bzw. in Zukunft sein wollten. Diese Tatsache, neu und bisher nicht dagewesen in der Geschichte unserer Heimat, ist der Ausgangs- und Kernpunkt der Situation nach 1945. Die Art und Weise der Verknüpfung dieses neuen „Faktums“ mit dem geschichtlichen Ringen um Schleswig, die Verknüpfung dieser neuen „Phase“ der Grenzlandentwicklung mit der Vergangenheit ist das eigentliche Charakteristikum in dem Ringen des letzten Jahrzehnts. Hier steckt die tiefere Problematik der Situation von heute, von hier aus haben sich die jeweiligen politischen Schlußfolgerungen und Forderungen ergeben – verschieden nach dem politischen, sozialen und nationalen Standort des einzelnen und der um die Verwirklichung ihrer Wünsche und Ziele ringenden Gruppen.

Durch kritische Situationen hindurch und über eine Reihe dramatischer Höhepunkte hinweg ist dieses Ringen mit den Erklärungen Bonn-Kopenhagen jetzt zu einem von Deutschen und Dänen gleichermaßen gebilligten Abschluß gelangt. Dieser sieht ganz anders aus, als es sich der Großteil der dänischgesinnten Südschleswiger gewünscht hat und auch manche Pessimisten auf deutscher Seite es befürchteten und kommen sahen.

Genau besehen entspricht das Ergebnis der jetzt zehnjährigen erneuten nationalen Auseinandersetzung dem, was in der Zeit der Weimarer Republik schon fester und erprobter Bestand einer vernünftigen politischen Regelung der besonderen Gegebenheiten des Grenzlandes Schleswig war. Wir sind über die Jahre hinweg gewissermaßen in einer Spirale auf einer etwas veränderten Ebene zu dem Ausgangspunkt der zwanziger Jahre zurückgekehrt: der Anerkennung der dänischgesinnten Südschleswiger als einer nationalen Minderheit mit den speziellen Rechten und Pflichten einer solchen und Regelung der sich daraus ergebenden Notwendigkeiten in einem freiheitlichem, ungehinderte nationale Entfaltungsmöglichkeiten ermöglichenden Geiste.

Wenn man die Zeit des Nationalsozialismus in Betracht zieht, den nationalen Nullpunkt der Deutschen nach 1945 – und die Hoffnungen derjenigen, die einfach einen Schlußpunkt setzten, um die Vergangenheit und die böse Gegenwart hinter sich zu bringen, dann ist diese jetzt allseitig erneut anerkannte und gebilligte Festlegung auf den Minderheitenstatus – mit dem Gleichheitsprinzip für hüten und drüben – wirklich

ein politisches Plus. Dies ist nur möglich geworden, weil einsichtige und nüchtern abwägende politische Kräfte diesseits und jenseits der Grenze in turbulenter Zeit sich aller grenzpolitischen Abenteuererei widersetzen und 1949 mit der Kieler Erklärung *das* als Postulat setzten, was nun auf breiterer Basis seine Anerkennung gefunden und die Ausgangsposition und *politische* Plattform für die weitere Entwicklung geschaffen hat – mit der Kieler Erklärung, deren Bedeutung nicht dadurch aufgehoben wird, daß sie, auf „höherer Ebene“ ersetzt, nun Geschichte geworden und, durch Außerkraftsetzung zu den Akten gewandert, nun nur noch Material für künftige Geschichtsschreiber ist.

*

Man kann mit einer gewissen Berechtigung der Auffassung sein, daß der Versuch, das Geschehen nach 1945 geschichtlich-politisch zu deuten, ein Versuch am falschen Objekt sei, daß alles, was sich nach dem Zusammenbruch bei uns abgespielt hat, nur sehr bedingt mit dem *historischen* Ringen um Schleswig in Beziehung zu setzen wäre. Dieses habe sich gewissermaßen nur „angeboten“, um von hier aus ein Geschehen meistern, dessen *Wurzel* nicht im geschichtlich-politischen Raum, sondern im Psychologischen und Sozialen zu suchen sei. Der Politik käme nur die Rolle als auslösender Faktor zu, sie sei nur *Anlaß* für das dann Folgende, und die endgültige Auflösung des neugeschürzten Knotens „Schleswig“ läge nicht bei der Politik!, sondern anderswo.

*

Aber 1945 konnte es so scheinen, als ob die Schleswig-Frage in ihrer historischen Problematik in der großen Politik wieder eine Rolle spielen könnte. Das ist offensichtlich wieder vorbei. Wir sind angewiesen, diesen „Hausstreit“ untereinander auszutragen, hier bei uns anzupacken, direkt vor unserer Haustür. Hier bei uns haben wir uns zu bewähren. Und unsere Aufgaben liegen jetzt nicht mehr überwiegend im politischen, sondern im psychologischen und soziologischen – im persönlichen und sozialen Bereich – diesen nicht verstanden im verengten Sinne des Wirtschaftlichen oder Sozialpolitischen, sondern, wenn man so will, im Sinne des Kulturellen, wobei unter Kultur nicht verstanden wird, was man mit einem Marxschen Terminus wohl als „ideologischen Überbau“ bezeichnen könnte; im Gegenteil: der Ausdruck Kultur wird hier in dem Verstande des sinnvollen Zusammenklangs *aller* menschlichen Lebensbeziehungen gebraucht.

Einige psychologische Anmerkungen

Es gibt eine Reihe von Versuchen, vom Psychologischen her sich an das Geschehen nach 1945 heranzutasten, um es von hier aus „in den Griff“ zu bekommen. So verschieden verständlicherweise die Auffassungen – vor allem zwischen Deutschen und Dänen, aber auch untereinander – sind, in einem besteht weitgehende Einigkeit, daß wir uns hier auch heute noch in einer äußerst labilen Situation befinden, wie sie

unter denen herrscht, die sich um bestimmter Dinge willen sehr heftig miteinander erzürnt haben, jedoch drauf und dran sind, die Sache allmählich ein wenig nüchterner zu betrachten und, wenn's sich so trifft – mal wieder ein Wort miteinander zu wechseln, wenn auch mit Vorsicht, um sich ja nichts zu vergeben!

Ein etwas „reserviertes“, schiedlich-friedliches Nebeneinander von Deutschen und Dänen – mit einem gelegentlichen freundlich-verbindlichen Wort „über den Gartenzaun“ mag der augenblicklichen psychologischen Situation weitgehend entsprechen, und es gibt sehr viele — besonders auch bei unsern dänischgesinnten Mitbürgern, die beileibe nicht mehr wollen, ja ein Mehr durchaus für ein Übel halten, dem gewehrt werden muß. So kommt es immer wieder vor, daß auf Bemühungen um ein Gespräch, das mehr ist als eine „Plauderei um Unverbindliches“ oder über die Darlegung der beiderseitigen Standpunkte zu Gemeinsamkeiten vorzustoßen unternimmt, sowohl von deutscher als auch von dänischer Seite sauer reagiert wird. (Aus Anlaß der Rendsburger Tagung des Grenzfriedensbundes wurde auf deutscher Seite das unfreundliche Schlagwort „Begegnungsindustrie“ geprägt und die Flensburger Tage 1955 erfuhren von Tage Mortensen eine mehr als unfreundliche Kommentierung. Tenor: Es führt zu nichts!

Dabei ist es doch so, daß es zunächst einmal um das „Wieder-miteinander-sprechen“ geht. Es ist die erste Voraussetzung dafür, wenn wir weiterkommen wollen. Darum darf das begonnene Gespräch nicht wieder abbrechen. Und es muß vor allem hier geführt werden, hier im Südschleswig, unter den unmittelbar Beteiligten, und es sollte nicht mehr gehen um den „Standort“ des einzelnen, nicht um psychologisch noch so verständliche und begreifliche Rechtfertigungen der nationalen Stellungnahme so oder so, sondern um einfache Kenntnisnahme des einen vom andern, um sachliche Unterrichtung über das, was sich hüben und drüben tut. Es sollte gehen um die konkreten Dinge, um das, was beide gemeinsam angeht, um die nüchterne und leidenschaftlose Erörterung der Möglichkeiten, über das Heute hinauszukommen, das im Hinblick auf künftige Notwendigkeiten nicht als Endzustand und Ideal zu betrachten ist.

Ideologie und Wirklichkeit

Im Auf und Ab des Kampfes um Schleswig hat es viele Meinungen und Parolen gegeben, die zu der Zeit, als sie entstanden, „den Nagel auf den Kopf“ trafen. Einmal „hochaktuell“, haben sie sich im Laufe der Jahre verbraucht und sind als alt und überholt „zum alten Eisen gelegt worden“ oder ganz einfach der Vergessenheit anheimgefallen. 1945 tauchten dann diese „alten Bekannten“ mit einermal alle wieder auf und boten sich als sofort verwendbare „Fertigware“ erneut an, analog der plötzlichen Wiederkehr alter grenzpolitischer Bestrebungen, die auch schon einmal sanft entschlafen schienen). Als „Restbeständen“ vergangener Kämpfe war ihnen ihre geringe

Brauchbarkeit in einer völlig veränderten Welt eigentlich von, vornherein anzumerken, und so sind sie aus dem Vokabular der erneuten grenzpolitischen Auseinandersetzung zu einem guten Teil schon wieder verschwunden. Wie sich heute *grenzpolitisch* liberale Grundsätze allgemein durchgesetzt haben, so auch die entsprechenden *allgemeinen* Anschauungen und Vokabeln für eine freiheitliche Gestaltung des Lebens im Grenzlande.

Damit soll und kann nicht gesagt sein, daß alle anderen Meinungen, Parolen und Schlagworte nun endgültig „ad acta“ gelegt sind – ihre Virulenz haben sie ja schon einmal bewiesen – aber sie sind zweifellos „zur Zeit nicht aktuell“ und auch nicht „offiziell“.

Diese wiederaufgetauchten Restbestände alter Anschauungen haben die geistige Auseinandersetzung bei uns so schwierig und oft unerquicklich gemacht und dabei so viel Verwirrung angerichtet. Das besonders auch deshalb, weil sie einmal in Verbindung mit den Grundanschauungen der großen sozialen Gruppenbildungen des vorigen und unseres Jahrhunderts Teile bestimmter nationalpolitischer und grenzpolitischer Ideologien waren, deren Ursprung und Sinnzusammenhang einem beträchtlichen Teil der heute Lebenden nicht mehr bekannt ist.

Mit „Worten“ läßt sich nun aber einmal trefflich streiten, und Ideologien haben die unangenehme Eigenschaft, daß sie vielfach länger leben als die Situation, aus der heraus sie geboren wurden. Sie nehmen einen „imaginären“ Charakter an, und so werden mit ihnen häufig Kämpfe „im luftleeren Raum“ mit großer Heftigkeit und Ausdauer geführt. – Die „Wirklichkeit“ aber ist inzwischen eine ganz andere geworden und verändert sich laufend weiter.

*

Weil abseits vom Lärm des Tageskampfes, ist von vielen kaum bemerkt und zur Kenntnis genommen worden das Bemühen der Wissenschaft, das veränderte Bild unserer Zeit zu erfassen und bekanntzumachen, als Grundlage für eine Neuorientierung auch bei uns im Grenzraum. Es dauert immer seine geraume Zeit, bis neue Erkenntnisse Allgemeingut werden, denn was mit liebgewordenen und gewohnten Vorstellungen nicht übereinstimmt oder in sie nicht mühelos eingeordnet werden kann, wird von vielen nur widerwillig und zögernd übernommen. Hier liegt eine Aufgabe noch vor uns. Erinnerung sei nur, um ein Beispiel zu nennen, an die Bereinigung und Angleichung des Geschichtsbildes auf beiden Seiten. Erinnerung sei auch an die veränderte Auffassung und Stellungnahme derjenigen Wissenschaftszweige, die in der Vergangenheit zur grenzpolitischen Ideologienbildung – gewollt und ungewollt, bewußt und unbewußt – einen erheblichen Beitrag leisteten.

Alle haben bei der „Bestandsaufnahme“ nach dem Zweiten Weltkrieg „alte Werte“ ganz erheblich abschreiben und dafür neue einsetzen müssen. Es ist auch unter uns an der Zeit, wo es noch nicht geschehen ist, die Bilanz zu berichtigen und von neuen, *echten* Werten auszugehen.

Von der Soziologie her gesehen

Die wirtschaftliche Revolution des 19. und 20. Jahrhunderts, die Dynamik der modernen Industriegesellschaft hat sich in Schleswig nur „ganz am Rande“ bemerkbar gemacht. Es war 1850 Agrarland und ist es heute noch. – Die „Großstadt“ Flensburg spricht nicht dagegen. – Alle Stürme der Jahrhunderte haben seine ursprüngliche soziale Ordnung so wenig verändert, daß manches heute noch Bestehende von der Forschung in seinen Ursprüngen bis weit vor die Zeitwende zurückverfolgt werden kann. Was auch an politischen Katastrophen im Laufe der Jahrhunderte über das Land hinging, das Gefüge seiner bäuerlich-handwerklich-händlerischen Gesellschaftsstruktur wurde auf die Dauer nie in seinen Grundfesten erschüttert. Als 1945 dann das große Hitler-Abenteuer in „Deutschlands letzter Hauptstadt“ endete, als die Heimatvertriebenen ins Land strömten und bis ins letzte Dorf kamen, da konnte es so scheinen, als ob es diesmal anders sein würde. Inzwischen hat sich wieder einmal hierausgestellt, wie zähflüssig das Leben hier oben ist. Es steht heute fest: es ist alles beim Alten geblieben. In Schleswig hat sich trotz des Einstromens der Heimatvertriebenen im Kerne nichts geändert. Die sich 1945 ankündigende Erschütterung der alten Ordnung war nur eine vorübergehende Erscheinung. Mit dem Werden der Deutschen Bundesrepublik, als dem Restdeutschland, in dem noch eine bis zu einem gewissen Grade eigenständige Entwicklung möglich war und ist, hat sich auch in Südschleswig anstelle einer von vielen gewünschten grundlegenden Änderung eine Restaurierung der alten Verhältnisse vollzogen und vollzieht sich noch. Der „große Schreck“ ist vorüber. Auch in Deutschland läßt es sich für viele wieder leben. Aber das „Neon-Biedermeier“ in der Bundesrepublik, wie es von einem klugen Journalisten einmal genannt worden ist, hat das „nationale Unbehagen“ und Mißtrauen gegenüber der Zukunft Deutschlands – vor allem, was seine soziale Entwicklung anbelangt – nicht restlos beseitigen können. Der etwas hektische Schein des Neon-Lichts leuchtet uns Deutschen ja ein wenig zu ungleichmäßig.

Darum bleibt ein Teil der Bevölkerung Südschleswigs nach wie vor „abgemeldet“ aus der deutschen Nation, unterhält zu ihr nur die Beziehungen, die sich zwangsläufig als deutsche Staatsbürger ergeben. Mit der alten dänischen Minderheit als Kern sind die „Abgemeldeten“ zu einer „neuen nationalen Minderheit“ geworden, die weder mit der alten identisch noch mit der dänischen Nation wesensmäßig gleichzusetzen ist. Es ist hier eine neue soziale Gruppenbildung um ein gemeinsames nationales Bekenntnis vor sich gegangen, die in der deutschen Bevölkerung bewußt und gewollt ein stark isoliertes, ein fest in sich abgeschlossenes Eigenleben führt, das politisch nicht nach Bonn, geistig nicht nach Deutschland zentriert ist, sondern nach Dänemark, nach Kopenhagen. Es hat sich hier eine nationale Gemeinschaft gebildet, die sich nicht an den deutschen Dingen orientiert, sondern an den dänischen, die *neben* dem

Lebensbereich der Deutschen ganz ihren eigenen hat, mit einer Vielfalt von Vereinigungen und Organisationen.

Nicht die staatliche Gemeinschaft, sondern das nationale „Bekenntnis“ und die „gesellschaftlichen Beziehungen“ verbinden die dänische Minderheit mit dem Mutterland, für das Südschleswig „Missionsland“ ist, nationales Missionsland, mit allen Kennzeichen eines solchen. (Die Zeitschrift der jungen dänischen Studenten in Kopenhagen heißt ja bezeichnenderweise „*Front og Bro*“, nicht einfach „Die Brücke“.) In Südschleswig heißt die Gretchen-Frage heute nicht „Wie hältst du es mit der Religion“, sondern „Wie hältst du es mit der *Nation*“.

Unsere Heimat ist also – soziologisch gesehen – trotz aller inzwischen erfolgten Angleichung an Westdeutschland und gleichlaufender Entwicklungstendenzen nicht der westdeutschen „Gesellschaft“ gleich, sondern hat durch die Minderheitenbildung nach 1945 ein eigenes soziologisches Gesiebt bekommen: das eines nationalen Mischgebietes, in dem zwei nationale Bekenntnisse nicht unbekümmert neben- und miteinander leben, wie es sich aus dem Lauf der Welt zwangslos so ergibt, sondern wo die nationale *Minderheit* eine fest um das nationale Bekenntnis gruppierte Gemeinschaft bildet mit einem sich stark separierenden und gleichzeitig missionierendem Gepräge.

Dieses ist heute das Besondere in Südschleswig, das auch die sogenannten „Imponderabilien“ schafft, mit denen wir uns herumplagen und die „draußen“ begrifflicherweise auf so wenig Verständnis stoßen.

Wo die Politik ihre Grenze hat

Von der Politik ist in den vergangenen zehn Jahren der Rahmen abgesteckt worden für das Nebeneinander zweier nationaler Bekenntnisse in unserer Heimat, von der Politik wurden die „Spielregeln“ festgelegt für das Leben in einem Gebiet, in dem zwei Nationen sich begegnen. Mehr kann sie, wenn sie sich demokratischer Methoden bedient, nicht leisten. Das verlangen, hieße sie überfordern, oder – Gewaltpolitik. Es handelt sich in Schleswig ja nicht um die nüchterne Absteckung und Regelung der Interessensphären zweier zufällig nebeneinander liegender Staaten, sondern um Beziehungen zweier Nationen zueinander, die durch politische (staatliche) und gesellschaftliche Verzahnung schicksalhaft miteinander verbunden sind.

*

Damit hat „die Politik“ das Ihre getan. Jetzt liegt es am uns Südschleswigern selbst, was wir aus der Sache machen. Jetzt liegt es an uns, wie wir „gesellschaftlich“ miteinander zurechtkommen, wie wir uns künftig miteinander einrichten wollen, *miteinander*, nicht nebeneinander. Das muß der Generalnenner sein, danach müssen die Akzente gesetzt werden, im psychologischen, im ideologischen, im soziologischen Bereich.

Beide Seiten werden sich hier zunächst zu fragen haben, was die *eigene Leistung* sein kann und soll. Eine Verständigung über die *gemeinsamen Möglichkeiten* wird sich dann früher oder später auch herbeiführen lassen, eine Verständigung darüber, wo das Interesse aller an den neuen Akzenten liegt.

*Es ist durchaus nicht so, daß um der Harmonie willen jeder jedem nach dem Munde reden müßte. Im echten Gespräch ist die kämpferische Bewegung der Musik. Immer wieder wird die Sonne mit Wolken ringen, immer wieder wird der harmonische Fluß durch disharmonische Stauungen unterbrochen. Aber jeder Gesprächsteilnehmer, ob er gleich nur seine Stimme vor sich hat, muß in jedem Augenblick um seine Verpflichtung gegenüber der Partitur wissen. Unsere Partitur heißt Europa ...
Unsere Partitur heißt Europa! Ich wiederhole dies Wort und stärke mich dabei innerlich an der Übereinstimmung des Selbstgefundenen mit dem, was Wilhelm von Humboldt als „Europäisches Konzert“ bezeichnete. In der Entwicklung nach Humboldt mußten die Völker leider eifersüchtig darüber wachen, daß nicht eines mit dem Anspruch aufträte, „im europäischen Konzert die erste Geige zu spielen“, der Solist zu sein. Wir müssen – wie die Redensart sagt – „wissen, was gespielt wird“: kein Violinkonzert nämlich, sondern eine Symphonie.*

Friedrich Ernst Peters / Flensburger Tage 1954

„Kieler Erklärung“ und „Übergangslösung“

Zur Minderheitenfrage im Grenzland Schleswig

I

Das Ergebnis der Minderheitenverhandlungen in Kopenhagen/Bonn ist, so darf man wohl sagen, auf *allen* Seiten günstig aufgenommen worden. Nicht nur in der deutschen und in der dänischen Presse, sondern auch in Blättern) des Auslandes wird der feierliche Staatsakt in Bonn, in dem die Staatschefs der beiden Länder die von ihren Delegationen in den vorausgegangenen Verhandlungen erarbeiteten Erklärungen für ihre Regierungen vor der Öffentlichkeit bekräftigten, als ein bedeutsamer Schritt auf dem Wege einer Bereinigung der Verhältnisse im Grenzland Schleswig beiderseits der deutsch-dänischen Grenze angesprochen. Bundestag, Folketing und der Schleswig-Holsteinische Landtag haben den Erklärungen ihre Zustimmung gegeben. Die in Aussicht genommene Regelung im schleswig-holsteinischen Wahlrecht, die der dänischen Minderheit besonders am Herzen lag, wurde ebenso getroffen, wie die Ausnahmeregelung im Schulwesen der deutschen Minderheit beseitigt wurde. Insbesondere hat auch der Bund Deutscher Nordschleswiger mehrfach seiner Genugtuung über die jetzt geschaffene rechtliche Gleichstellung der beiden Minderheiten Ausdruck gegeben. Die Angehörigen der deutschen Minderheit empfinden die feierliche Zusage der dänischen Regierung als eine moralische Kräftigung, die angesichts der tiefgreifenden Einwirkungen der Volksgruppe nach dem deutschen Zusammenbruch verständlicherweise erwünscht war.

Anders liegt es mit der Resonanz der dänischen Presse auf die Regelung einer *Übergangslösung* bis zu dem Zeitpunkt, in dem die dänische Minderheit wieder im Schleswig-Holsteinischen Landtag vertreten sein wird, und dem Echo auf die mit einmütiger Zustimmung des Landtages erfolgte *Gegenstandsloserklärung* der „*Kieler Erklärung*“ durch die Schleswig-Holsteinische Landesregierung. Die dänische Minderheit, die bis zuletzt an der Forderung nach einer Berlin-Klausel zu ihren Gunsten für die Übergangszeit festgehalten hatte, zeigt sich sichtlich enttäuscht. Es fehlt nicht an dänischen Stimmen, die dieses Gefühl der Enttäuschung für berechtigt erklären, wobei es auch an erneuten Vorwürfen mangelnden guten Willens gegenüber Kiel gekommen ist. Ich möchte mich nicht mit den verschiedenen Stimmen im einzelnen auseinandersetzen. Nicht vorbeigehen aber kann man an Ausführungen, wie sie Präsident a. D. *Holger Andersen*, der Vorsitzende des Dänischen Grenzvereins, auf der Jahrestagung von „Grænseforeningen“ kürzlich gemacht hat. „Hejmdal“ bringt aus dem Referat des Herrn Andersen folgende Ausführungen:

„Nach dänischer Auffassung ist Kiel in der *Vertretungsfrage* allzu kleinlich gewesen und hat nicht ganz im Geiste der Minderheitenverhandlungen gehandelt. Am 13. September geschah das Eigenartige und für die meisten das ganz Unerwartete, daß die Landesregierung den Landtag dazu veranlaßte, eine *Aufhebung der Kieler Erklärung* vorzunehmen mit der Begründung, daß die Erklärung der Bundesregierung an ihre Stelle getreten sei. Auf Grund des Urteils des Oberverwaltungsgerichts vom November 1951 ist die Kieler Erklärung ein schleswig-holsteinisches Gesetz, und infolgedessen kann sie wohl nur aufgehoben werden über den regulären Gesetzgebungsweg, aber das scheint nicht geschehen zu sein. Man hat in Kiel die Chance benutzen wollen, einen Rest aus der britischen Besatzungszeit loszuwerden. Wenn von deutscher Seite darauf hingewiesen wird, daß die Bonner Erklärung die Kieler Erklärung überflüssig gemacht hat, müssen wir darauf hinweisen, daß die erstgenannte nicht die friesische Bevölkerung umfaßt. Hinzu kommt, daß, während die Kieler Erklärung in Schleswig-Holstein Gesetz war, die Bonner Erklärung in keiner Weise Gesetz ist in der Bundesrepublik. Es besteht daher guter Grund zur Verwunderung über die Art des Vorgehens von Kiel.“¹

Zur Übergangslösung führte Präзидент Andersen, nachdem er auch seinerseits seiner Zufriedenheit über die deutsch-dänischen Minderheitenverhandlungen Ausdruck gegeben hatte, aus, daß, wenn man in Kiel wirklich die Absicht gehabt hätte, dem dänischen Wunsch nach zwei Landtagsabgeordneten ohne Stimmrecht entgegenzukommen, man einen Weg hätte finden können. „Aber man wollte nicht!“

II

Befassen wir uns zunächst mit der „Kieler Erklärung“ und mit ihrem Rechtscharakter. Dazu ist im Vorwege zu sagen, daß die „*Kieler Erklärung*“ weder ein Abkommen noch ein Gesetz war. Die Behauptung, der Gesetzescharakter der „Kieler Erklärung“ sei durch einen Gerichtsentscheid bejaht worden, ist unzutreffend. Das Verwaltungsgericht in Schleswig, das offenbar gemeint ist, hat sich nicht in diesem Sinne geäußert. Es hat vielmehr festgestellt, daß die Rechtsnatur von ihm nicht näher untersucht worden sei, weil dies nicht notwendig gewesen wäre. Die Tatsache der Veröffentlichung der „Kieler Erklärung“ im Gesetz- und Verordnungsblatt für Schleswig-Holstein rechtfertigt nicht den Schluß, daß diese ein Gesetz sein müsse. So befindet sich beispielsweise wenige Seiten vor der „Kieler Erklärung“ im Gesetz- und Verordnungsblatt für Schleswig-Holstein, Jahrg. 1949, die „Gemeinsame Erklärung der Landesregierung und des Ältestenrates des Schleswig-Holsteinischen Landtages über das öffentliche Flaggen“ vom 8. August 1949, die eine Übergangsregelung bis zum Inkrafttreten eines Gesetzes zum Gegenstand hatte und eindeutig selbst kein

¹ „Flensburg Avis“ äußert sich ähnlich in der Nummer vom 10. November 1955.

Gesetz war. Die Landessatzung knüpft an das Zustandekommen eines Gesetzes ganz bestimmte formelle Voraussetzungen, die bei der „Kieler Erklärung“ nicht erfüllt waren. Der Landtag als das gesetzgebende Organ des Landes Schleswig-Holstein hat die Gesetze zu beschließen (Art. 9,32 der Landessatzung). So lautet die Eingangsformel der Gesetze auch stets: „Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird.“ Schon die Überschrift „Erklärung der Landesregierung Schleswig-Holstein über die Stellung der dänischen Minderheit“ zeigt, daß es sich um kein Gesetz des Landes, sondern um eine Erklärung der Landesregierung handelte. Darüber hinaus wurde in der Präambel eindeutig ausgesprochen, daß nicht ein Gesetz „beschlossen“, sondern eine Erklärung der Regierung „gebilligt“ wurde. Außerdem fehlten die mindestens zwei Lesungen, die der Verabschiedung eines Gesetzes nach der Geschäftsordnung des Landtages voranzugehen haben. Jedem mit den Spielregeln der Demokratie Vertrauten sind diese Tatsachen und Unterschiede bekannt.

Auch aus dem Inhalt der „Kieler Erklärung“ ist ersichtlich, daß diese kein Gesetz war. Ein Gesetz hat notwendig die Regelung eines bestimmten Rechtsgebiets zum Gegenstand. Die „Kieler Erklärung“ enthielt jedoch keine derartige Regelung, sondern wiederholte unter I die bereits im Grundgesetz verankerten Grundrechte und stellte im weiteren Inhalt die Auswirkungen dieser Grundrechte auf die Belange der dänischen Minderheit fest.

Gegenüber der auch neuerdings wieder von dänischer Seite – so „Flensburg Avis“ vom 10. November 1955 – aufgestellten Behauptung, die „Kieler Erklärung“ sei ein „Abkommen“ oder beruhe doch auf einem „Abkommen“ mit der dänischen Minderheit, genügt es, auf die amtliche Begründung zur „Kieler Erklärung“ vom September 1949 hinzuweisen. Es heißt hier wörtlich: „Die vorgelegte Erklärung will kein Minderheitenschutzvertrag (Minderheitenstatut) sein. Ein solcher Vertrag könnte nach den Vorschriften des Bonner Grundgesetzes nur vom Bund geschlossen werden. Er setzte auf der Gegenseite die dänische Regierung als Verhandlungspartner voraus. *Die SSV kommt als eine Vereinigung deutscher Staatsbürger als Vertragskontrahent mit der Landesregierung über diese Fragen nicht in Betracht.* Aus diesem Grunde hat sich die Landesregierung zu einer *formellen einseitigen Erklärung* entschlossen, die sie jedoch in ihrem wesentlichen Inhalt mit den Vertretern der Minderheit *abgestimmt* hat.“ Auch der Abg. *Münchow* (SSW) hat in der Debatte zur „Kieler Erklärung“ beide Male nur von „Verhandlungen“, nicht aber von „Vereinbarungen“ gesprochen.

Nachdem nun die Verhandlungen auf die höhere Ebene gehoben worden waren, erübrigte sich eine erneute Abstimmung mit der dänischen Minderheit um so mehr, als gerade von dänischer Seite der Wunsch nach einer Einschaltung der Bundesregierung in dieser Frage wiederholt zum Ausdruck gekommen ist, nicht ohne daß dabei ein gewisses Mißtrauen gegenüber „Kiel“ erkennbar wurde. Meint doch *Holger Andersen* sogar, Bonn habe sich noch zu früh aus der Mitverantwortung herausgezogen! Für die

Vertreter der dänischen Minderheit konnte übrigens der Entschluß der Landesregierung, die „Kieler Erklärung“ für gegenstandslos zu erklären, nicht überraschend sein, da mehrfach in den Besprechungen über die Übergangslösung seitens des Ministerpräsidenten die Rechtsauffassung der Landesregierung deutlich dargelegt war. Die dänischen Vertreter haben demgegenüber an der gegenteiligen Auffassung festgehalten. Auch eine weitere Vertiefung dieser Frage hätte zu einer Übereinstimmung zweifellos nicht geführt.

Schon in der Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtages am 26. Sept. 1949 hatte der damalige Ministerpräsident Diekmann auch den *provisorischen* Charakter der Erklärung herausgestellt und ausdrücklich betont, daß die Erklärung einem *endgültigen Minderheitenvertrag* nicht vorgreifen solle. „Ein solcher Vertrag, der zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark abzuschließen wäre, bleibt vielmehr nach wie vor der Wunsch der Landesregierung“ (Wortprotokoll der 25. Tagung des ersten gewählten Schleswig-Holsteinischen Landtages, Seite 7). Zwar ist es zu dem gewünschten Vertrag zwischen Bonn und Kopenhagen nicht gekommen, aber doch zu einer Regelung der ganzen Frage auf dieser Ebene, auf deren Zuständigkeit bereits Ministerpräsident Diekmann verwiesen hatte.

Inzwischen ist die „Kieler Erklärung“ in der gleichen Weise aufgehoben worden, wie sie entstand, nämlich durch eine Erklärung der Landesregierung, die wiederum die Zustimmung, und zwar diesmal die *einmütige* Zustimmung des Landtages gefunden hat. Die entsprechende Bekanntgabe erfolgte im Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 23 vom 11. November 1955. Es war dabei weder notwendig, eine Zustimmung der dänischen Regierung herbeizuführen, die auch nach den einleitenden Worten des „Kopenhagens Protokolls“ vom 27. Oktober 1949 bei dem Zustandekommen der „Kieler Erklärung“ nicht mitgewirkt hat – sie war nur durch einen Beobachter bei den Besprechungen vertreten –, noch bedurfte es der Zustimmung der dänischen Minderheit.

Es kann auch nach dem Verlauf der Verhandlungen in Kopenhagen kein Zweifel darüber sein, daß die beteiligten Vertreter die „Kieler Erklärung“, die in die neuen Erklärungen nicht, wie es in der Diplomatensprache heißt, endossiert wurde, als erledigt ansahen. Nach der Präambel gab die Bundesregierung ihre Erklärung ab „im Sinne der auch im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland festgelegten Grundsätze, auf welche die Schleswig-Holsteinische Landesregierung in ihrer Erklärung vom 26. September 1949 Bezug genommen hatte“. Aus der Wahl dieser Zeitform ist ersichtlich, daß auch die Bundesregierung die „Kieler Erklärung“, nachdem der gleiche Gegenstand nunmehr auf der höheren Ebene zwischen der Bundesregierung und der dänischen Staatsregierung abschließend verhandelt und geregelt worden war, für gegenstandslos hielt.

Zum Vergleich der Erklärung der Bundesregierung mit der „Kieler Erklärung“ der Landesregierung Schleswig-Holstein ist folgendes zu sagen:

Richtig ist, daß eine Bestimmung hinsichtlich der *friesischen* Bevölkerung des Landes nicht in die Bonner Erklärung aufgenommen ist. Sie ist in die deutsch-dänischen Erörterungen in Kopenhagen und Bonn auch nicht einbezogen worden, da dies der Natur der Sache nach gar nicht möglich war. Darauf hat bereits Staatsminister *H. C. Hansen* in seiner Erklärung vor dem Folketing hingewiesen. Auf dänischer Seite jedenfalls besteht deshalb kein Anlaß zu einer Kritik oder gar zu einer Beschwerde, zumal wenn man das Friesentum – zu Unrecht – als eine besondere Minderheit im völkerrechtlichen Sinne ansehen möchte. Bereits Ministerpräsident *Diekmann* hatte in der Landtagsrede vom 26. September 1949 betont, daß die sogenannte Friesen-Klausel nicht bedeutete, daß dieser Bevölkerungsteil als dänisch angesehen werde; vielmehr solle lediglich zum Ausdruck gebracht werden, daß ihm die gleiche Entscheidungsfreiheit wie der übrigen Bevölkerung zustehe. Die Grundsätze der „Kieler Erklärung“, soweit sie die Rechte der Angehörigen der Minderheit betreffen, sind jedenfalls in die neuen Grundsatzserklärungen der beiden Regierungen aufgenommen worden. Es sind die Grundrechte des Grundgesetzes, die gleichmäßig für jeden Staatsbürger gelten. Irgendeine Verschlechterung der Situation für die friesische Bevölkerung ergibt sich nach der Gegenstandsloserklärung der „Kieler Erklärung“ nicht. Im übrigen ist festzustellen, daß sich die sogenannten Danofriesen politisch stets mit der dänischen Minderheit in engster Fühlungnahme befunden haben. Was aber den überwiegenden Teil der Friesen unseres Landes angeht, einen deutschen Stamm mit eigener Sprache und eigener Kultur, so hat es dieser schon früher abgelehnt, die „Kieler Erklärung“ als für ihn geltend anzusehen. Bereits in der Debatte im Schleswig-Holsteinischen Landtag im September 1949 hatte Abg. *Arp* ohne Widerspruch unterstrichen, daß es sich nicht um eine friesische Minderheit, sondern um eine friesische Volksgruppe handele, die sich bisher dem deutschen Volkstum verbunden und zugehörig gefühlt habe. Bemerkenswerterweise hat auch der Nordfriesische Verein für Heimatkunde und Heimatliebe der Landesregierung eine Mitteilung vom 26. September 1955 zugehen lassen, in der die volle Zustimmung mit der jetzt getroffenen Entscheidung hinsichtlich der „Kieler Erklärung“ zum Ausdruck gebracht wird. Inzwischen, und zwar am 15. November 1955, hat die Foriining for nationale Frashe in Lonham (Lindholm) die eine Minderheit der friesischen Bevölkerung vertritt, gegen die Behandlung der „Kieler Erklärung“ bei der Landesregierung protestiert.

Richtig ist ferner, daß die neue Erklärung der Bundesregierung den Passus in der „Kieler Erklärung“ betreffend die *kirchlichen* Verhältnisse nicht wieder aufgenommen hat. Der Grund ist einfach der, daß die Landeskirchen in Schleswig-Holstein im Gegensatz zur dänischen Staatskirche völlig unabhängige Gemeinschaften sind, auf die der Staat keinerlei Einfluß hat. In der Erklärung des Staatsministers *H. C. Hansen*

vor dem Folketing im Oktober dieses Jahres, die in der ruhigen Betrachtung und Abwägung der gegebenen Verhältnisse wohlthuend absticht von manchen dänischen Pressestimmen, wird mit vollem Recht die praktische Bedeutungslosigkeit der Erledigung der „Kieler Erklärung“ für das Minderheitenproblem im Grenzland Schleswig betont und darauf hingewiesen, daß angesichts des Geistes, in dem die Kopenhagener und Bonner Verhandlungen geführt worden sind, diese Entscheidung den Wert des Ergebnisses dieser Verhandlungen im ganzen gesehen nicht verringern wird.

Wenn die Landesregierung und der Landtag sich zu ihren Schritten entschlossen, so sicher nicht zuletzt deshalb, weil immer wieder von dänischer Seite das Weiterbestehen der „Kieler Erklärung“ als selbstverständlich betont worden ist und es daher angebracht erschien, mit dem formellen Akt diese Streitfrage ein- für allemal aus der Diskussion zu halten.

III

Vom deutscher Seite ist in den Verhandlungen in Kopenhagen der Wunsch nach der Errichtung eines *Verständigungsausschusses* auch in Nordschleswig an die dänische Delegation herangetragen worden. Eine solche Zusage wurde nicht erteilt, da man nicht glaubte, daß ein solcher Ausschuß heute noch von Bedeutung sein könne. Auch zur Errichtung eines sogenannten *Kontaktausschusses* über die Grenze hin, wie ihn besonders die deutsche Minderheit gern gesehen hätte, ist es nicht gekommen. Ich habe auf Grund der Erfahrungen mit dem Verständigungsausschuß in unserem Land den gegenteiligen Standpunkt vertreten, glaube allerdings auch, daß – auf die Dauer gesehen – ein solcher Ausschuß einem dringlichen Bedürfnis nicht entsprechen wird. Zur Zeit aber hätte ein Entgegenkommen von dänischer Seite in dieser Hinsicht dem Gleichgewichtsgedanken entsprochen. Die Landesregierung hätte nach dem Wirksamwerden der Erklärung der Bundesregierung die Feststellung treffen können, daß damit der Verständigungsausschuß seiner Grundlage entbehre und aufgelöst sei. Sie hat dies nicht getan, obwohl auf der anderen Seite der Grenze eine gleiche Einrichtung auch weiterhin fehlen wird. Sie ist vielmehr den Wünschen der dänischen Minderheit dadurch entgegengekommen, daß sie mit Zustimmung des Landtages den Verständigungsausschuß bis zum Ende der gegenwärtigen Landtagsperiode beibehält. Sie tat das, obwohl von dänischer Seite eine Zusage nicht gegeben war, daß man im umgekehrten Falle, also dann, wenn die deutsche Minderheit im Folketing in Zukunft einmal nicht mehr vertreten sein würde, eine entsprechende Regelung treffen werde.

Die Landesregierung hat auch nicht daran festgehalten, daß der Verständigungsausschuß als *die* Übergangslösung weiterhin zu betrachten sei. Ministerpräsident *von Hassel*, der nach dem Abschluß der Kopenhagen/Bonner

Besprechungen die Verhandlungen mit der Minderheit wegen einer Übergangslösung wieder aufnahm, hätte angesichts des Weiterbestehens des Verständigungsausschusses den Standpunkt vertreten können, daß dazu eine Notwendigkeit nicht gegeben sei. Nachdem das Gleichgewicht durch die beiderseitigen Erklärungen im Grundsatz erreicht war und die einzelnen strittigen Punkte eine befriedigende Regelung gefunden hatten, blieb mit dem Verständigungsausschuß zunächst die Lücke ausgefüllt, die angesichts des Fehlens von Vertretern der Minderheit im Lande zur Zeit besteht. In den Verhandlungen mit der dänischen Minderheit stand zunächst zur Erörterung die Einrichtung eines *Beirats* bei der Landesregierung, dem Vertreter der Landtagsfraktionen und der dänischen Minderheit angehören sollten. Dieser Beirat sollte die Möglichkeit haben, sich nicht nur mit Fragen der Verwaltung, sondern auch der Gesetzgebung zu befassen. Er hätte also ein sehr umfangreiches Wirkungsfeld gehabt. Die dänische Minderheit lehnte einen solchen Beirat ab. Sie beharrte auf dem Wunsch, Vertreter in den Landtag, wenn auch ohne Stimmrecht, aber im übrigen doch mit den Rechten der Abgeordneten, entsenden zu können. Dieser Wunsch nach der sogenannten Berlin-Klausel ist bereits in Kopenhagen erörtert worden. Die verfassungsrechtlichen Bedenken sind eingehend dargelegt, und ich persönlich bin der Überzeugung, daß man sich auf dänischer Seite diesen Bedenken auch nicht verschlossen hat.

Wenn auf der Tagung der Slesvig Liga in Aarhus der Friese *Carsten Boysen* davon spricht, daß man „auf Kosten des Rechtes nachgegeben habe“, so irrt er. Auch geht es hier nicht um den „guten Willen“ auf deutscher Seite, wie der frühere Landtagsabgeordnete *Samuel Münchow* immer noch meint. Vorweg ist festzuhalten: Weder völkerechtlich noch verfassungsrechtlich gibt es einen rechtlich begründeten Anspruch einer Minderheit auf Vertretung in einem Parlament. Zur Berlin-Klausel aber ist zu sagen:

Der Status West-Berlins in der Bundesrepublik ist ein anderer als der jedes der übrigen Länder, also auch Schleswig-Holsteins. Die Bevölkerung Westberlins ist nicht Wahl-Volk. Sie wählt keine Abgeordneten in den Bundestag. Das Land Berlin hat lediglich das Recht, durch sein Parlament Vertreter mit bestimmten Rechten zusätzlich in den Bundestag zu entsenden. Die Angehörigen der dänischen Minderheit aber gehören zur Wählerschaft des Landes. Sie haben bei der letzten Landtagswahl gewählt, wenn auch ohne Erfolg angesichts der Fünf-Prozent-Sperrklausel. Das Wahlrecht jedes einzelnen Wählers ist damit konsumiert. Der Schleswig-Holsteinische Landtag ist auf Grund der Landessatzung und des schleswig-holsteinischen Wahlgesetzes mit der Wahl endgültig bestimmt. Der Wahlakt ist für diese Legislaturperiode schlechthin abgeschlossen und weder wiederholbar noch sein Ergebnis ergänzbar. Eine Entsendung zusätzlicher Abgeordneter ist nachträglich auch deshalb nicht möglich, da damit gegen den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes verstoßen wäre.

Nun wird von dänischer Seite eingewandt, daß die Ausnahmebestimmung von der

Fünf-Prozent-Klausel der dänischen Minderheit auch den Gleichheitsgrundsatz jedenfalls nach deutscher Auffassung verletze. Das ist im Grundsätzlichen richtig. Daher ist auch zunächst von deutscher Seite eine vertragliche Regelung der Minderheitenfragen im Vorschlag gebracht worden. Ein völkerrechtliches Abkommen, das auf Grund der Zustimmung der Parlamente Gesetzeskraft erhält, vermag von den Bestimmungen des Grundgesetzes im besonderen Fall zu entbinden. Nun ist man allerdings zu keinem Abkommen in Kopenhagen und Bonn gelangt. Die Tatsache aber, daß auf Grund der Verhandlungen gleiche Grundsatzklärungen abgegeben wurden, dürfte einer Übereinkunft tatsächlich insoweit gleichzustellen sein und damit Schwierigkeiten bei einem etwaigen Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht verringern können. Die Übergangslösung, selbst wenn sie an sich rechtlich nach Abschluß des Wahlaktes noch denkbar wäre, ist aber in das Ergebnis der Verhandlungen nicht einbezogen worden. Ein entsprechender Beschluß des Landtages wäre deshalb ein den Gleichheitsgrundsatz verletzender Akt gewesen, der eine Gruppe von Angehörigen der schleswig-holsteinischen Bevölkerung nachträglich begünstigt hätte. Er wäre im Hinblick auf Art. 28 Abs. 1 Satz 2 des Grundgesetzes verfassungsrechtlich unter keinen Umständen zu halten gewesen. Mit dieser Tatsache wird man sich auf dänischer Seite abfinden müssen.

Auch der Hinweis, daß es sich nicht um eine juristische, sondern um eine politische Entscheidung gehandelt habe und deshalb der Einwand der Landesregierung nicht anerkannt werden könne, ist gegenüber den zwingenden verfassungsrechtlichen Gründen schlechthin nicht durchschlagend. Gerade das Verfassungsrecht ist übrigens in eminentem Sinne gesetztes politisches Recht.

Immer wieder übersehen wird – was nun gerade die politische Seite angeht –, daß eine Zusage von dänischer Seite, für die deutsche Minderheit gegebenenfalls eine entsprechende Regelung zu treffen, nicht einmal hinsichtlich eines Beirats oder Ausschusses des Folketings, geschweige für eine Lösung entsprechend der Berlin-Klausel vorliegt.

IV

Bereits in den ersten Besprechungen, die der verstorbene Ministerpräsident Lübke mit Vertretern der dänischen Minderheit führte, war auf die nach der Geschäftsordnung des Landtages gegebene Möglichkeit, dänische Vertreter als Sachverständige zu den Ausschusssitzungen hinzuzuziehen, hingewiesen worden. Die Vertreter der dänischen Minderheit lehnten jedoch einen solchen Weg als unzureichend ab. Nachdem die SPD-Fraktion zunächst eine Übergangslösung entsprechend der Berlin-Klausel beantragt hatte, machte der Vorsitzende dieser Fraktion, Minister a. D. Käber, den Vorschlag, einen *Landtagsausschuß für Angelegenheiten der dänischen Minderheit* einzusetzen, zu dem *ständig* zwei Vertreter der Minderheit als Sachverständige

hinzugezogen werden sollten. Die dänische Minderheit erklärte sich mit diesem Vorschlag einverstanden und damit zur Mitarbeit in einem solchen Ausschuß bereit. Der Schleswig-Holsteinische Landtag faßte einen entsprechenden einstimmigen Beschluß, nachdem der Abg. *Claussen* zur Begründung des interfraktionellen Antrages ausgeführt hatte, daß die Übergangsregelung bis zur Landtagsneuwahl zwar nicht Bestandteil der deutsch-dänischen Vereinbarungen geworden sei, aber Einigkeit darüber bestehe, daß im Rahmen der verfassungsrechtlich gegebenen Möglichkeiten der Minderheit eine angemessene Mitarbeit am politisch-parlamentarischen Leben bis zum Ablauf der jetzigen Legislaturperiode eingeräumt werden solle. Die gegen die von der dänischen Minderheit gewünschte Lösung (Berlin-Klausel) von Anfang an von der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung erhobenen Bedenken verfassungsrechtlicher Art würden offensichtlich von allen Fraktionen des Landtages geteilt, so daß dieser Vorschlag ausscheiden müsse. Der von dem Ministerpräsidenten gemachte Vorschlag der Errichtung eines Beirats sei in gleicher Weise geeignet, eine Mitarbeit der Minderheit in allen sie berührenden Fragen zu gewährleisten. Da eine Regelung getroffen werden solle, die eine breite Mehrheit im Landtag finde und die Minderheit dem Vorschlag Käber den Vorzug gäbe, hätten sich die Fraktionen entschlossen, diesen Weg zu gehen. Klargestellt wurde in der Begründung, daß es sich nicht um einen Sonderausschuß handele, sondern um einen Landtagsausschuß, der in gleicher Art neben die bereits bestehenden Ausschüsse trete. Man gehe allerdings übereinstimmend davon aus, daß bei Überweisung von Vorlagen an den Ausschuß so verfahren werden solle, daß den von der Minderheit gestellten sachverständigen Beratern Gelegenheit gegeben werde, ihre Auffassung zu den sie berührenden Fragen umfassend darzulegen.

Inzwischen hat der Landtagsausschuß seine erste Arbeitssitzung gehabt, in der seine künftige Arbeitsweise erfreulicherweise im vollen Einvernehmen mit den dänischen Sachverständigen geklärt wurde. Die Atmosphäre der konstituierenden Sitzung ließ erkennen, daß die Grundlage für eine sachliche und verständnisvolle Arbeit im Ausschuß gegeben ist.

V

Will man das endgültige Ergebnis in der Klärung der Minderheitenfragen im Grenzland Schleswig richtig würdigen, so muß man auf die Situation Ende 1954 zurückgehen. In der Landtagstagung Anfang November 1954 hatte Ministerpräsident *von Hassel* mit dem Bekenntnis zu den in der „Kieler Erklärung“ dargelegten Grundsätzen der Auffassung Ausdruck gegeben, daß die politische Entwicklung der letzten Jahre das Bedürfnis nach einer zwischenstaatlichen Lösung der Anliegen der beiden Minderheiten verstärkt habe und daß eine solche Regelung den geeigneten Rahmen für eine Lösung biete, die auf die Dauer eine volle Beteiligung der Minderheiten am

parlamentarischen Leben und für die Übergangszeit in Schleswig-Holstein ihre sinnvolle Mitwirkung gewährleiste. Er faßte sodann das Ergebnis der deutsch-dänischen Minderheitenverhandlungen im März 1955 vor dem Landtag in wenigen kurzen Sätzen u. a. dahin zusammen, daß es zum ersten Mal zu einem umfassenden und sehr fruchtbaren Gespräch der beiden Regierungen unter Beteiligung der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung über diese Fragen gekommen sei und daß es dahin geführt habe, daß nunmehr die Rechte der beiden Minderheiten auch in der äußeren Form auf eine gleiche Grundlage gestellt seien und daß es der deutschen Minderheit endlich den Ausbau und damit eine Festigung ihres für die kulturelle Arbeit so grundlegenden Schulwesens gebracht habe. Er schloß daran den Wunsch, es möge den Weg vorbereitet haben, den noch unter den Formen der Gesetzgebung der Nachkriegszeit leidenden Angehörigen der deutschen Minderheit und den betroffenen deutschen Staatsbürgern Erleichterungen zu geben.

Rückblickend wies der Ministerpräsident darauf hin, daß es ihm um eine Klärung und Bereinigung der gesamten Grenzproblematik und damit um eine Verbesserung des Klimas auf beiden Seiten für die Zukunft gegangen sei, insbesondere um den Grundsatz der gleichen Behandlung der Dinge aus der Sicht der Gegenseitigkeit, wie sie durch die „Kieler Erklärung“ einerseits und das „Kopenhagener Protokoll“ andererseits nicht gegeben gewesen sei. Er unterstrich damit, daß die allgemein demokratischen Rechte in der Bundesrepublik durch das Grundgesetz ebenso unmittelbar gegeben seien, wie das in Dänemark der Fall sei.

Mit Recht konnte der Ministerpräsident feststellen, daß das Ergebnis der Verhandlungen die auch von der Landesregierung verfolgte Linie bestätigt habe, und wenn es nicht zur Klärung aller Einzelfragen gekommen sei, so sei es doch ein bedeutsamer Schritt auf dem Wege der Befriedung im Grenzland, der hoffen ließe, daß die Zeit das ihre tun werde, zu ermöglichen, auf diesem Wege erfolgreich voranzugehen.

Daß die Landesregierung und der Landtag in Schleswig-Holstein in großzügiger Weise entsprechend der Zusage des Ministerpräsidenten v. *Hassel* die Voraussetzungen für die erfreuliche Gestaltung der Verhältnisse geschaffen haben, muß entgegen kritischen dänischen Stimmen mit Nachdruck festgestellt werden. Daran kann auch nichts ändern, daß die „Kieler Erklärung“ nunmehr förmlich für gegenstandslos erklärt wurde. Auch der dänischen Minderheit konnte an einer solchen Klarstellung nur gelegen sein. Nicht etwa geschah dies, weil die Schleswig-Holsteinische Landesregierung und der Landtag sich von ihrem Inhalt distanzieren. Das ist zu keiner Zeit geschehen. Vielmehr geschah es, weil auf Grund der Verhandlungen in Bonn und Kopenhagen ein neuer Tatbestand auf höherer Ebene geschaffen wurde, der an die Stelle der von Anfang an als provisorisch gedachten „Kieler Erklärung“ eine entsprechende Erklärung der jetzt souveränen Bundesregierung setzte.

Unser Wunsch kann nur sein, daß das „freie Spiel der Kräfte“, von dem Präsident a. D.

Holger Andersen auch gesprochen hat, ausgestattet mit den gleichen Gewichten und unter gleichen Voraussetzungen mit gutem Willen von allen Seiten im Sinne der neuen Erklärungen der weiteren Verständigung und damit der friedlichen Entwicklung im Grenzland Schleswig dienen möge.

Rede zur Einweihung der Nachschule in Tingleff

Im folgenden geben wir die wesentlichen Teile der Rede wieder, die Dr. Hanno Schmidt anlässlich der Einweihung des neuen Schulgebäudes der Nachschule Tingleff am 14. August 1955 gehalten hat. Nachdem der Redner nochmals der schleswig-holsteinischen Jugend und ihrer Lehrerschaft den Dank für die Durchführung der Schulsammlung – die den Bau dieses Schulhauses ermöglichte – ausgesprochen und die Stellung der Nachschule innerhalb der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig umrissen hatte, führte er aus:

Diese Schule soll – und das ist ein Ziel, „des Schweißes der Edlen wert“ – Jugend gleichen Volkstums, aber aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten kommend, zur Erfüllung ihrer besonderen, nur gemeinsam lösbaren Lebensaufgabe als Volksgruppen-Jugend heranbilden. Sie wird zum Fundament solcher Bildungsarbeit die geistigen und charakterbildenden Werte machen, die wir als das beste Erbteil unseres Volkes zu wahren haben.

Zuerst die charakterbildenden! Wer sich im Grenzland bewähren will – ob er auf deutscher oder auf dänischer Seite stehe –, muß Charakter haben. So möge denn die Tingleffer Nachschule ihre vornehmste erzieherische Aufgabe darin sehen, eine Stätte der grenzpolitischen Charakterbildung zu sein. An festen Grenzlandcharakteren hat es seit 1945 südlich der Grenze in breiten Schichten gefehlt. Wer aber im Grenzland nicht weiß, wo er steht, wessen Standort nicht im Volkstumsbewußtsein tief verankert ist, der wird zum schwankenden Rohr, das die wechselnden Winde der Geschichte bald zur einen und bald zur anderen Seite treiben – um von den einen geliebt und verhätschelt, von den anderen jedoch mißachtet zu werden, bald aber die umgekehrte Beurteilung zu erfahren.

Gewiß – das, was wir alle, Deutsche wie Dänen, im Grenzland miteinander auszumachen haben, ist nicht *allein* Sache des Charakters. Es ist auch nicht, wie man gelegentlich gemeint hat, eine altüberkommene historische, fast zur Tradition gewordene Gewohnheit, oder, wie der Diplomat Weizsäcker in seinen Lebenserinnerungen sagt, „eine nachbarlicher Streit altväterlicher Art“. Nein, dahinter steht viel mehr, stehen Schicksale und Wandlungen eines Jahrtausends. Es handelt sich um einen geschichtlichen Prozeß, der sich auslaufen muß.

Wir hoffen und glauben: was wir in diesen Tagen erleben, ist das beginnende Ausklingen kämpferischer Fanfaren, die namentlich das letzte Jahrhundert, das Jahrhundert eines überall in Europa sich durchsetzenden imperialistischen Nationalismus, erfüllt haben. Dabei werden und müssen für uns entscheidend sein die

Forderungen, die die neuen Grundsätzen und Leitgedanken folgende Gegenwart an uns alle, an Deutsche wie Dänen, stellt. Es gibt eben Epochen im Leben und in der Geschichte der Völker, da das, was in vielen Generationen zwischen ihnen stand, sie schließlich mehr verbindet als trennt.

So möge es mit Schleswig sein. Heute zwar Besitz zweier Völker und Staaten, die aber geleitet werden von den gleichen Staatsgrundsätzen gegenüber den beiden Nationalitäten, die sich auf unserem Boden begegnen und in deren Begegnung zwei Völker von hoher Kultur sich die Hand reichen und sich wechselseitig ihre Gaben mitteilen. Die Zeit ist gekommen, wo es absurd wirkt, um Grenzen zu streiten, sich um Grenzpfähle zu erhitzen, wo die zunehmende Gemeinsamkeit des europäischen *Schicksals* uns zwingt, auch für gemischt-nationale Gebiete den *modus vivendi* zu finden und ein friedliches Miteinanderleben zwischen Menschen zu ermöglichen, denen mindestens eines gemeinsam ist: die Gefahr, die sie alle bedroht.

Ich bin also überzeugt, daß wir mit dem Jahr 1955 in ein neues Stadium der Grenzlandgeschichte eingetreten sind. In ein Stadium, in dem innere Gesetze herrschen werden, denen sich niemand entziehen kann, wie denn Grenzpolitik – deutsch-dänische wie jede andere – nicht in unzeitgemäßer Vereinsamung wie eine verlorene Insel des abgelebten Nationalismus im Meer der die Welt erfüllenden Nöte schwimmen darf. Nöte, die sie vermehrt, anstatt sie zu lindern. Wir müssen Grenzpolitik aus europäischer Sicht treiben.

Über die Gedanken und Ziele, für die in Südschleswig nach 1945 die einen gekämpft und gegen die die anderen sich gewehrt haben, geht die Zeit hinweg. Das eben dokumentierte sich am 29. März 1955, als sich deutsche und dänische Staatsmänner um *des Grenzlandes willen* begegneten. Man soll doch der Wahrheit mutig ins Gesicht sehen: als Dänemarks Staatsminister H. C. Hansen und der Kanzler der Bundesrepublik, Dr. Adenauer, sich in Bonn an einem Tisch gegenübermaßen, da wurde es zwar nicht ausgesprochen, aber es war der Sinn ihrer Zusammenkunft, daß Deutsche und Dänen im *gesamten* beiderseitigen Grenzland unter dem *heute gültigen* staatsrechtlichen Zustand in Frieden und Freiheit miteinander leben sollen. Grundsätze wurden festgestellt, und es wurden Formen des Miteinanderlebens geschaffen, die nun ein neuer Zeitabschnitt mit lebendigem Inhalt erfüllen soll.

Jedenfalls: wollen wir dem, was in Bonn auf höchster Ebene im Zeichen wechselseitigen guten Willens geordnet und beschlossen wurde, gerecht werden, so müssen wir alle – Deutsche wie Dänen – eine neue Linie beziehen. Nicht in dem Sinne, daß wir „verbrennen, was wir angebetet“ haben, daß wir aufgeben, was uns lieb und teuer ist, nicht im Sinne einer zu jedem Selbstverzicht bereiten Verständigung um jeden Preis. Aber in *dem* Sinne, daß wir im Raum unserer Überzeugungen eine Begegnung mit dem nationalpolitischen Gegner auf einer Ebene erstreben, auf die sich beide begeben können.

Bin ich autorisiert zu erklären, daß auf deutscher Seite die Bereitschaft dazu

vorhanden ist? Ich glaube, es gehört nicht Mut dazu, das zu behaupten. Aber weiter: mit vielen meiner Landsleute bin ich überzeugt, daß die Mehrheit des dänischen Volkes mit der Formel, die eigentliche Grenzfrage sei nicht aktuell, zu erkennen geben will, daß diese Frage auf sich beruhen soll. Jedenfalls werden wir Deutsche Professor Hansen-Larsen nicht als *den* Repräsentanten der dänischen Politik ansehen. Wir wollen auch nicht übersehen, daß ein Knud Kristensen wegen seiner Südschleswig-Politik gestürzt wurde.

Andererseits sehen wir Grenzland-Deutschen ein, daß es dem südschleswigschen Dänentum zuviel zuzumuten hieße, wollten wir von ihm in einem abrupten Entschluß jenen großherzigen Verzicht auf Grenzrevision erwarten, zu dem sich die deutschen Nordschleswiger und ihnen folgend auch wir Deutschen südlich der Grenze entschließen haben. Wir muten den dänischen Südschleswigern ebenfalls nicht zu, von ihrer Sehnsucht nach dem alten Mutterlande zu lassen. Wir begreifen und respektieren diese Sehnsucht.

Auf dänischer Seite sollte man jedoch auch bedenken, was es für uns Schleswig-Holsteiner heißt, die alte historische Formel aus der Urkunde von Ripen „up ewig ungedeeft“ aufzugeben. Von ihr ist das ausgegangen, was man dänischerseits den Schleswig-Holsteinismus nennt, der durch ein Jahrhundert eine geistige und politische Macht im Leben unseres Landes gewesen ist und noch heute unsere Herzen zu erwärmen vermag.

Eines allerdings können wir nicht einsehen, daß nämlich ein Verzicht auf Grenzrevision den beiden Minderheiten das Arbeitsziel nehmen würde. Ist es nicht ein schönes Ziel und eine große Aufgabe, das eigene Volkstum – als die Fülle der unser Wesen ausmachenden Kräfte, ohne die wir uns selbst aufgeben würden – zu pflegen und zu erhalten und sein Repräsentant gerade in einem anderen Lande und damit Mittler zwischen den Nationen zu sein!

Seit langer Zeit leben als problembeladenes Ergebnis der Geschichte in unserer Heimat beiderseits der heutigen Grenze zwei Nationalitäten, zwei Volkstümer nebeneinander, beide von charaktergeprägter Art. Ich empfinde es als entsetzlich unfruchtbar, wenn das lebendige Leben, wie es sich uns als Heimat, Volk, Volkstum darbietet, unter das rationalistische Seziersmesser einer intellektualistischen Spekulation gerät – wenn in abstrakte Begriffe aufgelöst wird, was uns täglich in der Eindringlichkeit seiner Erscheinungen, in der Fülle und Vielfalt seiner Lebensäußerungen als „geprägte Form, die lebend sich entwickelt“, begegnet. Wesen, Sinn und Bedeutung des Unbezweifelbaren und Gegenwärtigen erst geistesgeschichtlich ableiten zu wollen und die Ideen eines Hamann, Herder, Riehl und anderer zu bemühen, um uns zu sagen, was wir heute als Volkstum erleben, was sein und was nicht sein kann, ist abwegig. Die Bemühungen solcher rationalistischen Spekulation erinnern an die jener Naturforscher, denen ein Galilei den Vorwurf machte, daß sie nicht die Natur selber, sondern die Schriften des Aristoteles studierten, um zu

einer Wissenschaft von der Natur zu gelangen.

Halten wir uns an das lebendige Leben, an die Tatsache Volk, an seinen selbst im Wandel beständigen, unverwechselbaren Kern, den Goethe ganz unspekulativ aus unmittelbarer Anschauung die *Volkheit* nannte.

Goethe war es auch, der das Volk ein großes, unwillkürliches Dasein nannte, also entstehend und sich bildend, sich formend und verwandelnd jenseits aller menschlichen Willkür – der darüber hinaus die Nation als das seiner selbst bewußt gewordene *Kulturvolk* deutete. Volk also im Stadium der geistigen und politischen Bewußtheit und Reife.

Die Überspannung des Nationalgedankens zum Nationalismus – gewiß stete Gefahr, der denn auch das letzte Jahrhundert durchaus erlegen ist – lehnen wir ab. Schon Goethe hat den Nationalhaß als das Zeichen einer niederen Kulturstufe verurteilt. Wie deplaziert muß *uns* der Nationalhaß in einer Zeit wachsender Gemeinsamkeiten der europäischen Nationen erscheinen, vor allem in einer Zeit, wo den freien Nationen nichts *mehr* gemeinsam ist als Gefahr und Bedrohung, in deren Schatten sie nach der Erfindung der Atombombe alle leben.

Alle Gemeinsamkeiten aber schaffen die Tatsache Volk nicht aus der Welt. Auch unser Land würde ärmer sein ohne das historische Erbe zweier Volkstümer, zweier Nationalitäten, die vom Schicksal in ihm durcheinander gewürfelt wurden. Möge hier eine Generation aufwachsen, die befähigt ist, ohne volkliche Selbstaufgabe, aber auch ohne Nationalhaß sich im Spannungsfeld zweier Nationalitäten zu behaupten.

Von dänisch-südschleswigscher Seite ist nun kürzlich erneut das Recht des Gesinnungswechsels proklamiert worden. Das ist ein schwieriges Problem. Zunächst wollen Sie entschuldigen, wenn ich mich wieder auf Goethe berufe – er ist nun einmal der modernste aller großen Geister unserer Nation, und was wünschte ich mehr, als daß sein Erbe von unserer Zeit ausgeschöpft und erfüllt würde. Goethe hat also gesagt: „Meinungen trennen, Gesinnungen verbinden“. Die Gesinnung, die Deutsche und Dänen in unserem Grenzland verbinden sollte und tatsächlich die Besten auf beiden Seiten verbindet, ist die Treue zum eigenen Volkstum und damit die Treue zu sich selbst.

Das Recht des Gesinnungswechsels werden wir aus der liberalen Haltung, von der jedes moderne Staatswesen bestimmt sein muß, aus der notwendigen, unabweisbaren Toleranz in allen Dingen der *inneren* Haltung eines Menschen niemals vom Staate her, also rechtlich, gesetzlich, behördlich oder wie Sie es nennen wollen, bestreiten. Hier steht der Staat an der Grenze seiner Macht. Die Herzen und die Geister sind frei. Es ist vielmehr erste Staatsaufgabe, die Freiheit des Geistes und aller geistigen und seelischen Entscheidungen des Menschen zu gewährleisten und zu schützen.

Wenn wir die Beurteilung dieses rechtlich unanfechtbaren Rechts des Gesinnungswechsels aber aus der Ebene des Staatlich-Politischen verlegen in den Bereich jener

Wahrhaftigkeit, die die echte Wesenhaftigkeit eines Volkes umgibt, wenn wir den Gesinnungswechsel im Spiegel jeder öffentlichen Sittlichkeit sehen, ohne die keine menschliche Gemeinschaft möglich ist, werden wir anders darüber denken. Im Leben des Volkes ist es schließlich der Charakter, der sich durchsetzt und der einem Volke seinen Rang verleiht. Prüfen wir das Recht des Gesinnungswechsels unter dem Gesichtspunkt der Charakterbewährung!

Eine gute, rechtschaffene, anständige, und das heißt doch „wohl anstehende“, Gesinnung ist das Beste, was ein Mensch an ideellen Werten besitzen und was ihn auszeichnen kann. Niemand wird uns hindern, den zu achten, der „fest auf dem Sinne beharrt“, auf den aber mitleidig herabzusehen, der seine Gesinnung wechselt wie die Mode, der „zu schwankender Zeit auch schwankend gesinnt ist“.

Gedanken zur Saarabstimmung

Der Sturmwind an der Saar hat sich wieder gelegt. Die überhitzte Atmosphäre, die kurz vor und insbesondere nach der Abstimmung in der ausländischen Presse ihren Niederschlag fand, hat einer kühleren Betrachtung Platz gemacht: Die „NS-Revolution“ hat nicht stattgefunden, französische Truppen sind nicht einmarschiert, die deutsche Bundesregierung hat sich jeden Eingriffs enthalten und die neue Übergangsregierung bewahrt Ruhe und Takt. Erleichtert stellt der Mann auf der Straße fest, daß das Saarproblem – durch Zeitablauf seiner umheimlich erscheinenden inneren Spannungen entschärft – wieder zurückgesunken ist in die Gemeinschaft jener sogenannten politischen Pakete, die von den Besprechungen der Staatsmänner unter vier Augen bis zu den großen Konferenzen unermüdlich hinein- und herausgeschafft werden und resigniert, aber geduldig der endgültigen Abfertigung harren. Die Saar als ein Fall unter vielen anderen, so bietet sich uns vielfach der ausländische Aspekt von der Saar.

Enttäuscht müssen wir feststellen, daß manche uns in Kultur und Geisteshaltung verwandte Nationen so wenig mitfühlendes Verständnis für das Dilemma unserer Situation zeigen, dafür, daß es die Eigenart aller einem Volkstum geschlagenen Wunden ist, daß sie nicht nur schmerzen, sondern auch in sich eine dauernde Entzündungsgefahr bergen. So sehr wir die französische Presse wegen ihrer objektiven und vor allem wegen ihrer realistischen, von politischer Einsicht gekennzeichneten Einstellung bewundern, so sehr hat uns die Pressereaktion unseres nördlichen Nachbarn enttäuscht. Aber Enttäuschung und Verstimmung und noch weniger ein moralisches Sich-Überheben über die Verständnislosigkeit des anderen – eine Kost, die, uns 1945 in Fülle gereicht, noch heute schwer im Magen liegt – sind keine positiven Elemente für den von allen Beteiligten diesseits und jenseits der Grenze aufrichtig gewünschten Brückenschlag. Wir sollten vielmehr der Ursache dieser spontanen Verärgerung nachgehen, und wir können das nicht besser, als daß wir das Abstimmungsergebnis des 23. Oktober 1955 aus der Enge der deutsch-französischen Beziehungen herauslösen und es auf seinen allgemeinen geistigen und politischen Inhalt untersuchen. Darüber hinaus aber müssen wir, da wir andere der Unterlassung zeihen, zunächst uns prüfen, welche Stellung wir selbst zur Saarfrage bezogen haben und welche Folgerungen wir aus dem Abstimmungsergebnis ziehen. Von beiden Fragen – irgendwie miteinander verwandt – sei hier die Rede.

DIE SAAR UND WIR

Das beliebteste und immer noch zugkräftige Werbestück aller uns nicht besonders wohlgesonnenen Menschen und Mächte ist die Beschwörung des deutschen Nationalismus, der, wenn dunkle Prognosen und Kassandrarufer allein die Fähigkeit hätten, Leben zu schaffen, wahrlich fröhliche Urständ' feiern würde. Wenn in der Saarfrage ein Phänomen zu verzeichnen war, dann ist es das, daß es hier weder eine geschlossene deutsche öffentliche Meinung noch eine im Rahmen der Bundesrepublik gesamtdeutsche nationale Haltung gegeben hat. Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit ist im tiefsten seines Herzens an der Saarfrage nicht so beteiligt gewesen, wie man es von ihm hätte erwarten können und müssen. Sicherlich, die deutschen Parteien und auch der Bundestag haben sich mit der Frage des Saarstatuts sehr ernsthaft und, zu ihrer Ehre sei es gesagt, nicht ohne Leidenschaft auseinandergesetzt. Die unterschiedliche Auffassung der beiden großen Parteien zum Saarstatut war nicht nur die zwangsläufige Folge eines in sich die Balance haltenden parlamentarischen Systems, sondern offenbarte vor allem deutlich die Problematik, die weder die Regierung noch die Opposition ohne innere Hemmungen das Ja oder Nein aussprechen ließ. Aber weder die Parteien noch der Bundestag sind der öffentlichen Meinung, von der ich hier spreche, gleichzusetzen. Sie verhalten sich zu dieser wie der in Dämmen eingebettete Fluß zu den Quellen, zu dem Grund- und Oberwasser, das diesen speist. Die Meinung der Parteien des 20. Jahrhunderts mit ihrem gut durchgebildeten Funktionsapparat ist entsprechend ihrer im Grundgesetz verankerten Aufgabe, Träger des politischen Willens zu sein, rein rational ausgerichtet auf das von ihr jeweilig aufgestellte Parteiziel. Die öffentliche Meinung ist etwas anderes, sie ist die spontane, man darf sagen ungefilterte Äußerung des einzelnen Menschen, das Gespräch in der Familie, mit Freunden oder mit Arbeitskollegen; kurzum die Summe der Elemente, die den Grundstoff für die öffentliche Willensbildung formen. Aber wo war das Gespräch um die Saar bei uns, die leidenschaftliche Diskussion um das Saarstatut? Wo haben wir an dem „Tag der Heimat“ oder bei unseren eigenen Volkstumsfesten etwas davon gehört? Das war ja nicht „unsere“ Sache, lag nicht in unserer Zuständigkeit, werden die einen sagen, und die anderen werden meinen: Roma locuta res est finita. Nachdem der Bundestag sich für die Annahme des Saarstatuts entschieden hatte, war für den so leicht in Obrigkeitsformen denkenden Bürger die Grundlage für eine Diskussion entzogen. Die notwendigen Wechselbeziehungen zwischen Volksgefühl und Staatsraison blieben unbeachtet. Unter dem außenpolitischen Aspekt konnte – nach Ansicht des Verfassers – die Bundesregierung gar nicht anders handeln, aber ängstlich mag sie im Volk nach dem Echo für das von ihr verantwortungsbewußt übernommene Opfer gehorcht haben. Was hätte, außenpolitisch gesehen, etwa die Annahme des Saarstatuts bedeutet, ohne daß die Größe des Opfers im ganzen Volk verspürt und empfunden worden wäre und ohne daß sich dieses in einer viel eindringlicheren Form als auf dem üblichen Weg offizieller Regierungserklärungen den Nachbarnationen mitgeteilt hätte?

Man wird vielleicht einwenden, daß die Akzente etwas zu scharf gesetzt sind, und hierbei insbesondere auf die Haltung des Landes Rheinland-Pfalz verweisen, dessen Regierung trotz ihrer Zugehörigkeit zu den das Saarstatut bejahenden Parteien sich wiederholt öffentlich gegen dieses ausgesprochen hat. Aber Rheinland-Pfalz ist von der Saarabstimmung auch unmittelbar berührt. Es ist nicht nur unmittelbarer Anrainer an das Saargebiet, sondern es hat auch durch Anordnungen der Besatzungsmacht Gebietsteile an das Saargebiet abgeben müssen. Das Land Rheinland-Pfalz war also betroffen und damit offensichtlich das „zuständige“ Land für die Saarfrage. Diese Zuständigkeitsregelung ist aber gerade die Wunde, auf die der Finger gelegt werden muß. Müssen wir uns nicht ernsthaft fragen, ob wir heute überhaupt noch eine Nation sind, wenn wir nicht überall gleichmäßig, ohne Rücksicht auf räumliche Entfernung, den gleichen Schmerz über den Verlust deutschen Gebietes verspüren? Wir werden Verständnis dafür haben müssen, daß die Regierungschefs der Länder aus politischen Erwägungen diesem Schmerzgefühl und politischen Dilemma nicht Ausdruck zu verleihen vermochten, Regierungschefs sind Politiker, sie müssen zum Wohl des Ganzen sich allein von Vernunftgründen leiten lassen; aber wo war die Stimme des Volkes, wo wurde es sichtbar, daß uns das Herz blutete, während wir zu der europäischen Konzeption Ja sagten? Es ist vielleicht nicht populär, aber es muß doch mit allem Nachdruck gefragt werden, ob die Ländergrenzen für die Bevölkerung nicht auch zu Grenzen ihres nationalen Denkens und ihrer nationalen Verantwortung zu werden drohen und ob nicht hierin und nicht in der Frage der wirtschaftlichen Existenz das Problem des restaurierten Föderalismus liegt. Wie oft beklagen wir uns mit Recht, daß in Mittel-, West- und Süddeutschland, ja schon jenseits des Nord-Ostsee-Kanals nicht das Verständnis für unere Grenzlandsorgen vorhanden ist. Wo soll das hinführen, wenn etwa für die Wiedervereinigung nur die Heimatvertriebenen, wenn für unsere nördlichen Grenzlandprobleme nur Schleswig-Holstein „zuständig“ sein soll, und zwar auch zuständig unter dem Gesichtspunkt des nationalen Bewußtseins. Haben wir hier zu tun etwas versäumt, so sollten wir uns wenigstens um so intensiver mit dem Faktum des Abstimmungsergebnisses beschäftigen. Es lohnt die Mühe.

DEUTUNGSVERSUCHE

a) *Die totale Demokratie*

Das Ergebnis der Saarabstimmung, bezogen auf das deutsch-französische Verhältnis, nach der positiven oder negativen Seite zu werten, ist zu früh. Zu nahe stehen wir noch den Dingen und ihrer Entwicklung. Das Gebot der Objektivität gegenüber den beiden Auffassungen, der der französischen und deutschen Regierung auf der einen und der der Bevölkerung des Saarlandes auf der anderen Seite, verlangt Zurückhaltung. Hier geht es auch nicht um die Frage nach dem „was nun“, das zu lösen wir den Staatsmännern überlassen müssen, hier geht es lediglich um den Versuch einer

Deutung der Saarabstimmung, die allerdings, abstrakt und konkret gesehen, für uns hier oben von wesentlicher Bedeutung ist. Im Leitartikel vom 25. Oktober 1955 schrieb die dänische Zeitung „Politiken“ unter der Überschrift „Sieg des Nationalismus“ am Schluß folgenden Satz: „Aber die Begebenheiten am Sonntag haben unterstrichen, daß die von der Regierung getroffene Vereinbarung durch den deutschen Nationalismus umgestürzt werden kann.“ Unter den vielen nicht immer freundlichen Äußerungen an unsere Adresse ist dieser Satz in den Reihen der anderen dänischen Pressestimmen vielleicht der bedeutsamste, weil er bewußt oder unbewußt an den Kern des Problems rührt. Wahrscheinlich hat der Kommentator hierbei die Frage der Bündnistreue Deutschlands aufwerfen wollen. Diese Frage sollte ruhig aus dem Spiel bleiben. Die Bundesregierung hat ihrerseits bis zur Selbstentäußerung an der getroffenen Vereinbarung festgehalten. Nein, das Problem liegt in der zutage getretenen Diskrepanz zwischen den *Vertragspartnern* und dem *Vertragsobjekt*. Die von „Politiken“ aufgeworfene Frage hätte nicht begrenzt werden dürfen auf das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik als internationalem Vertragspartner und seiner Bevölkerung, sondern es hätte lauten müssen: „sind im Jahre 1955, mehr als einhundertsechzig Jahren nach der französischen Revolution, verbindliche *zwischenstaatliche* Abmachungen über die Frage der nationalen Zugehörigkeit eines Volksteiles noch möglich“, wobei ich unter „möglich“ die dauernde, von allen Beteiligten freiwillig anerkannte Vertragsexistenz, nicht aber den mehr oder weniger erzwungenen Friedensvertrag kraft militärischer oder wirtschaftlicher Überlegenheit verstehe. Wie war hier die Situation?

Subjektiv gesehen brachten beide, Deutschland und Frankreich, große Opfer. Für Deutschland, dessen Bestandteil die Saar auch heute staatsrechtlich noch ist, liegt das auf der Hand. Aber auch für Frankreich galt es, das Ziel zurückzustecken, waren doch nicht ohne Grund seit 1945 von Paris aus enge kulturelle und wirtschaftliche Fäden mit der Saar gesponnen worden. Niemand wird auch bezweifeln dürfen, daß die beiden Staatsmänner und ihre Parlamente um des großen politischen Zieles willen – der guten Nachbarschaft und der Verwirklichung Europas – mit den besten Absichten für ihr Land, für die Gemeinschaft der Völker und für die Saar gehandelt haben. Aber die Saar sagte Nein, und zwar mit einer kompakten Mehrheit, die nach übereinstimmender Ansicht politischer Beobachter sogar noch größer gewesen wäre, wenn nicht der deutsche Bundeskanzler selbst, in äußerster Loyalität gegenüber seinen Vertragspartnern, sich für das Saarstatut eingesetzt hätte. Wir stehen also vor der Tatsache, daß ein noch so durchdachter und gutgemeinter Plan für die Zukunft eines Volkes oder Volksteiles nicht verwirklicht werden kann, wenn dieses sich ihm versagt. Die Gegner des Saarstatuts haben heute leicht jubeln. In seiner grundsätzlichen Bedeutung ist das Ergebnis doch ein nicht voraussehbares Novum gewesen; es ist die Verwirklichung der totalen Demokratie bis zur äußersten Konsequenz. Die Regierung kann sich zu allem verpflichten, was sie selbst

verwirklichen kann, was im Bannkreis ihrer Macht liegt. Die Entscheidung über die volkliche und nationale Zugehörigkeit eines Landes bleibt jedoch bei dem einzelnen, der dieses Recht für sich auch beansprucht. Hier endet für eine Regierung die Leistungsmöglichkeit; sie ist – das ist eine der Lehren der Saarabstimmung – im rechtlichen Sinne unmöglich, also nicht bewirkbar. Keine Regierung wird fortan ohne vorherige Zustimmung des Volkes Land und Leute abtreten oder deren, nationale und kulturelle Lebensformen bestimmen können; aber auch keine Regierung wird fortan dieses von einer anderen – aus welchem Grunde auch immer – verlangen können, wenn sie sich nicht mit den Grund- und Naturrechten in Konflikt setzen will. Der Entwicklungsgang von der absoluten Staatsauffassung, die Mensch und Land als Eigentum des Herrschers betrachtete und die Entscheidung hierüber seinem Ermessen anheimstellte, zur demokratischen Idee von der Souveränität des Volkes, die in bestimmten Grundfragen auch nicht mehr der mittelbaren demokratischen Institution – nämlich dem vom Volk in freier und geheimer Wahl gewählten Parlament – sondern dem Volk unmittelbar die Entscheidung übertragen wissen will, hat damit, seinen Abschluß gefunden. Das ist eine der Deutungen der Saarabstimmung. Aber sie ist kein theoretischer Lehrsatz, der nur für die Wissenschaft interessant wäre, sie dürfte in ihrer politischen Auswertung nicht zuletzt für Deutschland sehr wesentliche politische Bedeutung gewinnen.

b) Die stellvertretende Entscheidung

Nicht also das Abstimmungsergebnis als solches war für uns besonders überraschend, ein Volk wandelt sich nicht in fünfzig, geschweige denn in zwanzig Jahren. Aber daß die Abstimmung trotz der getroffenen deutsch-französischen Vereinbarung so ausfiel, das ist das Wesentliche und gibt uns und der Welt zu denken Anlaß.

Nun, an Gedanken hat es nicht gefehlt, wenn sie allerdings auch nicht immer sehr freundlich waren. Der Durchbruch der totalen Demokratie, der ja nichts anderes als die Verwirklichung des Rechts der Selbstbestimmung ist, mag als abstrakter Rechtssatz von der Weltmeinung noch als ein positives Ergebnis gewertet werden. Aber bei der Nutzenanwendung, bei der Nutzenanwendung auf Deutschland beginnt das Unbehagen, das sich so deutlich in den immer wiederkehrenden Worten „Nationalismus“ widerspiegelt. Das führt uns zu dem Versuch einer Deutung der Saarabstimmung nach der konkreten Seite hin, und hiermit kommen wir auch an einen neuralgischen Punkt unseres nachbarlichen Verhältnisses zu Dänemark, bei dem es unsere Pflicht ist, dessen Ursachen mit Verständnis zu erforschen. Die Frage, die auf den Wahlzetteln am 23. Oktober 1955 an der Saar gestellt war, hieß „Ja“ oder „Nein“ zum Saarstatut; die Antwort aber, die hierauf die Saarländer tatsächlich gaben, betraf allein ihre nationale und kulturelle Zugehörigkeit. Frage und Antwort differieren also; ein interessanter Fall, wo sich der Volkswille allen gesetzlichen Dämmen zum Trotz

ein eigenes Bett geschaffen hat. Mag man es gutheißen oder nicht, es ist die Wirklichkeit. Das Volk fühlte instinktiv, daß es primär um seine nationale Existenz ging, und stimmte nicht für oder gegen das Saarstatut, sondern es stimmte deutsch, ganz unabhängig davon, wie sich die staatsrechtlichen Verhältnisse zum Mutterland einmal endgültig regeln werden, und es bekannte sich hierzu in einer imponierenden Mehrheit, obwohl es auch dort vor nicht allzu langer Zeit manche Schwankenden gegeben hat. Es ist das erste Mal, daß das deutsche Volk seit dem Zusammenbruch die Gelegenheit hatte, sich zu seinem Schicksal – wahrlich einem ernsten und ungewissen! – zu bekennen. Und dieses Bekenntnis ist stellvertretend für das gesamte Deutschland, auch für unser nördliches Grenzland; denn, mit allem Ernst die Schicksalsfrage an unsere Bevölkerung gestellt, wird diese über alle Zweifel hinweg das gleiche, wenn nicht noch eindrucksvollere Zeugnis ablegen. Wir wissen, daß es auch dänische Gedanken und Hoffnungen um eine Art Saarstatut für Schleswig, genauer gesagt für den Landesteil Schleswig innerhalb der Bundesrepublik Deutschland, gegeben hat. Der jetzt, im November 1955, datierte Aufruf von „Atterdagbevægelsen i Danmark am ostpreußische Flüchtlinge in Südschleswig“ bestätigt uns sogar, daß es auch heute noch Kräfte gibt, die hieran glauben. Wir sollten diese Äußerungen nicht zu gewichtig und tragisch nehmen, es sei denn, daß wir es aufrichtig bedauern, daß neues Öl in das verglimmende Feuer der Grenzauseinandersetzung gegossen wurde. Sind wir doch überzeugt, daß die überwiegende Mehrzahl in Dänemark sich an die in freier Abstimmung 1920 gesetzte Grenze gebunden fühlt und eine Grenzveränderung ablehnt, und zwar aus Vernunft. Der Aufruf der Herrschaft der Wiedertagbewegung ist aber doch insoweit interessant, als er uns Hinweise für das emotionale Element im dänischen Volk gibt, das in dem Wirken der Heimvolkshochschulen seine tiefen geistigen Wurzeln hat.

Mit dem 23. Oktober 1955 ist der Traum der Autonomie zerstoßen. Denn nach dem Gesetz der Unteilbarkeit der geistigen Substanz eines Volkes, nämlich, daß politische Erscheinungen niemals isoliert, sondern immer nur als Symptom einer Gesamthaltung sichtbar werden, eine Erfahrung, die wir bei den Wahlen immer wieder beobachten können und die uns auch an das Zentrifugale in unserem Volk nach der Katastrophe von 1945 erinnert, nach diesem Gesetz also bilden die Stammesglieder in der Kette eines Volkes im Verhältnis zueinander stets eine geistige Einheit. Ob die Verfasser jenes Aufrufs sich dieser unlöslichen Wechselwirkung bewußt waren, als sie schrieben: „In Südschleswig wie im Saargebiet: Das nationale Selbstbestimmungsrecht!“ ? Wir wissen es nicht, aber wir dürfen mit Sicherheit annehmen, daß die Kommentatoren der dänischen Presse dieses erkannt hatten, und wir dürfen darin wohl auch die Wurzel für das Unbehagen unseres dänischen Nachbarn sehen und müssen das irgendwie verstehen. Vernunft und Gefühl harmonieren nicht immer. Auch nicht bei uns. Empfinden wir nicht auch immer wieder eine gewisse Wehmut, wenn man von „Alsace-Lorraine“ und „Strassbourg“ spricht,

obwohl doch keiner von uns ernsthaft an eine Revision denkt. Erinnerungen an die Geschichte alter Zeiten, die bekanntlich die Eigenschaft hat, immer eine glorreiche zu sein, ebenso wie Träume am politischen Kamin führen eben ein langes Leben.

c) Die Ordnung im Hause

Das Ergebnis der Saarabstimmung mag vielleicht im Augenblick das deutsch-dänische Klima verdunkelt haben, aber auf eine weite Sicht gesehen wird sie das Gegenteil bewirken, weil sie zu einer realistischen Beurteilung der Lage zwingt, und das ist immer der beste Ansatzpunkt für eine Verständigung. Einmal mußte diese in der Luft liegende Frage irgendwie entschieden werden. Insofern ist das Ergebnis der Saarabstimmung zweifellos ein Positivum, und wir wollen froh sein, daß diese uns alle angehende Entscheidung nicht hier gefallen ist, wo sie viele neue Bitterkeiten und Ressentiments zwischen hüben und drüben geschaffen hätte.

Gerade wir als Grenzland, als das natürliche geographische Bindeglied zum Nachbarland Dänemark, müssen und wollen verstehen lernen, aber wir bitten auch unsererseits um Verständnis!. Für die Verwirklichung dieses gegenseitigen Verstehens eine kleine Anregung: Lassen wir beide künftig in unserem Zwiegespräch die Vokabel „Europa“ aus dem Spiel. Europa ist heute noch ein vorwiegend geographischer Begriff, dem noch keine reale staatsrechtliche, noch nicht einmal eine geschlossene geistig-politische Substanz entspricht. Wir befinden uns ganz am Anfang des *status nascendi*, dessen glückliche Vollendung nur durch Schmerz und Opfer bewirkt werden kann. Wir sollten uns daher hüten, die Schuldfrage gegenseitig aufzuwerfen oder aber das Wort „Europa“ dadurch in Mißkredit zu bringen, daß wir es als eine Art Moralschreck für unartige Nationen verwenden. Wie wollten wir ein Haus bauen, wenn die Handwerker, anstatt zu arbeiten, sich Tag für Tag der mangelhaften Leistung bezichtigen? Darüber mag später einmal die Geschichte urteilen.

Was nun die Saarabstimmung anbelangt, so ist es im übrigen auch nicht richtig, wenn sie bisweilen als eine anti-europäische Demonstration gewertet wird. Die Saarbevölkerung hat weder für noch gegen Europa gestimmt. Sie hat diese Frage draußen gelassen, weil sie offensichtlich der Meinung war, daß sie zunächst einmal Ordnung in ihr eigenes Haus bringen mußte. Wir können an der Tatsache nicht vorbeigehen, daß das Erbe unserer langen europäischen Geschichtsentwicklung zu schwer und kompliziert ist, als daß wir uns gleich und bedingungslos aus den früheren Vorstellungen zu lösen vermöchten. Das sollten wir beiderseits der Grenze am besten verstehen, die wir tagtäglich um das rechte Verhältnis zur Grenze mit uns selbst und miteinander ringen. Es hat keinen Zweck, in verschwommenen Vorstellungen zu denken. Politik ist eine höchst reale Angelegenheit. Tun wir den ersten Schritt. Trachten wir, uns zu verstehen und zu achten und aufrichtigen Herzens von Staats wegen uns auf das zu beschränken, was unser ist. Schaffen wir erst einmal diese

geistige Atmosphäre, dann gewinnen wir den Ausgangspunkt für den zweiten Schritt, der allerdings nur gemeinsam gegangen werden kann, wo Geben und Nehmen sich die Waage halten.

Wenn in der Wirtschaft mehrere selbständige Unternehmern, die sich bisher wegen ihrer Marktabgrenzung befehdeten, beschließen, den Streit zu begraben und eine gemeinsame Firma zu bilden, ist es da nicht selbstverständlich, daß zunächst erst einmal die einzelnen Rechtspositionen der künftigen Gesellschafter klar abgegrenzt werden, damit bei Gründung der neuen Firma hierüber kein Streit mehr entstehen kann? Mit der Saarabstimmung sind die Rechtspositionen zwischen Frankreich und Deutschland, was die nationale Frage anbelangt, klar abgegrenzt worden, so daß als echte Differenz nur noch das seiner Natur nach immer durch Regierungsvereinbarung lösbare Wirtschaftliche übrigbleibt. Sollte man nicht einmal die Saarabstimmung auch unter diesem Aspekt, der nichts mit Nationalismus zu tun hat, sondern Realismus bedeutet, werten und darin auch einen positiven Beitrag sehen? Schließlich aber, wer wollte auf uns oder die Saarländer den ersten Stein werfen? Doch nur derjenige, der selbst freiwillig bereit ist, strittiges Grenzgebiet – und davon gibt es in Europa einiges! – zur Europäisierung anzubieten.

Wie immer, wenn wir ein Stück europäischer Geschichte betrachten, spannt sich für uns ein weit über den unmittelbaren Schauplatz hinausgehender geistiger Bogen, unter dessen Ausstrahlung sich unser Leben vollzieht. Flensburg und Saarbrücken, Atlantik und Belt schrumpfen in dieser Einheit zusammen. Versuchte ich, darzulegen, daß ein Volk als eine geistige Einheit nicht in der gleichen Frage unterschiedliche Antworten geben kann, so müssen wir der Objektivität halber auch festhalten, daß die nördlichen und westlichen Kräfte für die staatsrechtliche Autonomie unseres Grenzlandes die gleiche geistige Wurzel hatten und daß wir daher auch, bei aller Loyalität gegenüber dem Saarstatut, diese Bestrebungen in Nord und West weder moralisch noch politisch unterschiedlich werten dürfen. Sie waren nichts anderes als der gleiche, von nationalen Gefühlen begünstigte Reflex auf die auseinanderstrebende Haltung eines Volkes, das sich heute wieder gesammelt hat.

Falsch wäre es aber, von Sieg zu sprechen. Der 23. Oktober 1955 ist lediglich die natürliche, fehlerfreie Registrierung des sich aus der politischen und kulturellen Entwicklung ergebenden Zustandes. Im Blickpunkt der Geschichte gesehen, handelt es sich aber nur um eine Zwischenbilanz. Der Satz von der totalen Demokratie gilt ebenso für wie wider uns. Staaten als solche können auf Gebietsansprüche gegeneinander verzichten; das volkliche Element jedoch ist dynamisch und den Gesetzen der Entwicklung und Wandlung unterworfen, wenn auch nicht von heute auf morgen. Die Geschichte rechnet in anderen Zeitbegriffen. Kein Vertrag, kein Gesetz, keine Macht kann das freie Spiel der Kräfte der Volkskulturen einschränken. Es ist ein wesentlicher, schicksalseigener Bestandteil eines Grenzlandes. Von Generation zu

Generation werden wir erwerben müssen, was wir besitzen. Diese uns zugewiesene Aufgabe werden wir aber nur dann erfüllen, wenn wir auf der einen Seite – und hier schließt sich der Ring – uns stets als Glied eines Ganzen empfinden und erkennen, daß wir um so fester im Boden stehen, je größer das spezifische Gewicht des gesamten Vaterlandes ist, und wenn wir auf der anderen Seite in den Mittelpunkt unserer Bemühungen den Menschen mit seinen geistig-kulturellen Anliegen stellen. Denn weder die Wirtschaftskraft noch die soziale Leistung, der Mensch allein wird das Schicksal seines Landes prägen und bestimmen.

Profil eines Jahrzehnts

Grundzüge der politischen Entwicklung im Grenzland Schleswig 1945-1955

Ein Berg von Akten, eine Flut von Publikationen, ein Dschungel von Meinungen, Auslegungen und Perspektiven: Das ist der Eindruck, den derjenige gewinnt, der von außen her versucht, in das letzte Jahrzehnt der Entwicklung in unserem Grenzland einzudringen. Der Abstand fehlt, und was wir, die „mit dabei waren“, tun können, beschränkt sich auf eine Dienstleistung gegenüber der zukünftigen Forschung. Wie war das Profil dieses Jahrzehnts? Denn es hatte ein Profil. Das Profil, vom deutschen Standpunkt aus gesehen, bestand darin, daß die Tendenz, auf politischer Grundlage zu einer Änderung der bestehenden Verhältnisse zu gelangen, schachmatt gesetzt wurde, ohne daß es bisher gelang, auch volklich den status quo *ante* zu erreichen.

Im Zeichen der Kapitulation

Die Situation, die bei der „bedingungslosen Kapitulation“ vorlag, braucht hier nicht geschildert zu werden. Es genügt, daran zu erinnern, daß die Katastrophe, der das deutsche Volk verfiel, tief in die seelischen Bereiche hineindrang und deshalb im eigentlichen Sinne ein Zusammenbruch war. Versuche, die Ereignisse südlich der deutsch-dänischen Grenze ausschließlich vom Materiellen her zu sehen, waren daher eine gefährliche Selbsttäuschung. Wiederum: Auch wer das Materielle aus dem Spiel ließ und quasi die Maßstäbe der Psychoanalyse anlegte, griff vorbei, ja, geriet in das Risiko, ungewollt neue Mauern einzureißen. Man wird nur mit größter Vorsicht über das Trümmerfeld gehen können, das der Landesteil Schleswig nach der Kapitulation *volklich* darbot.

Die äußeren, politischen Zeichen kennen wir: Eine Adressen- und Petitionsbewegung zugunsten einer Loslösung des Landesteils im Sommer 1945, ein sprunghaftes Ansteigen der Stimmen jener dänisch orientierten Heimatbewegung auf das vierundsechzigfache früherer Stimmresultate der dänischen Minderheit bis 1947/48, schließlich eine Stabilisierung auf – gegenüber der Vorkriegszeit – stark erhöhtem Niveau zumindest bis heute. Dieser Erdbeben war so ungewöhnlich, daß er der Parallelen in der Geschichte unseres Grenzlandes entbehrt. Die deutsche Gegenwirkung konnte in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnt nur aus einem System von Aushilfen bestehen, und dieses System mußte von Tag zu Tag improvisiert werden. Erst in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts gewann man wieder festen Boden.

Daß die deutsche Minderheit hier wichtige Hilfe leisten konnte – allein schon durch ihre Anwesenheit – ist bekannt. Auch sie wurde keineswegs von den

Folgeerscheinungen des verlorengegangenen Krieges verschont, ganz im Gegenteil. Aber in den seelischen Bereichen war ihr Kern unerschütterter. Sie hatte sich, am Rande des Strudels lebend, den „reinen Glauben“ an den Wert des Deutschseins bewahrt. Ja, der Gedanke, daß man als „Insel der Treue“ ein ruhender Pol in der Erscheinungen Flucht sein und damit dem Muttervolk einen Dienst in schwerer Zeit leisten könne, enthielt geradezu eine neue Sinngebung zu einem Zeitpunkt, wo ungezählte Menschen südlich der Grenze nur noch Sinnlosigkeit zu erkennen vermochten.

Rein politisch wird niemand bestreiten wollen, daß die ausdrückliche Anerkennung der bestehenden Grenze durch die deutsche Minderheit am 22. November 1945 – ob das nun erkannt worden war oder nicht – der erste und dabei sehr bedeutsame Ansatzpunkt einer deutschen Verteidigung gegen eiderdänische Ansprüche war. Es ist leicht, heute zu sagen, daß diese eiderdänischen Ansprüche nie Aussicht auf Erfolg gehabt hätten, weder vor dem Hintergrund der offiziellen dänischen noch der offiziellen britischen Politik. Erstens konnte man das Schicksal eines deutschen Landesteils wohl kaum einer solchen Eventualität – daß nichts geschehen würde – überlassen, und zweitens blieb die Lage in Dänemark bezüglich Südschleswigs jahrelang *äußerst labil* und hätte schnell umschlagen können.

Je mehr wir uns die graue Skala der Verzweiflung, Resignation, Hoffnungslosigkeit und Undurchsichtigkeit dieser Nachkriegsjahre klarmachen, um so mehr werden wir die Initiative derjenigen deutschen Persönlichkeiten zu würdigen wissen, die, lediglich mit innerem Mandat ausgestattet, versuchten, dem Erdbeben zu wehren. Generationen-, Partei- und Standesfragen kamen bei diesen Bemühungen unter einen Generalnenner, was nördlich der Grenze, in der deutschen Minderheit, ohnehin selbstverständlich war. Diese Initiative war um so notwendiger, als viele, die sie hätten ergreifen können, in der Kriegsgefangenschaft oder Internierung zurückgehalten wurden.

Dem Erdbeben zu wehren, diesen Hauptgesichtspunkt auch auf Landesebene von allen berechtigten oder unberechtigten Zweifeln zu befreien, war auch das historische Verdienst des ab 1947 amtierenden Kabinetts *Hermann Lüdemann*. Man darf die Grenzpolitik dieses Kabinetts keineswegs mit dem Maßstab dessen messen, was später richtig und notwendig war. Das Kabinett ließ nicht nur mit wünschenswerter Deutlichkeit verstehen, daß das Gebiet zwischen Scheidebach und Eider deutsches Land sei und bleiben müsse, sondern tat auch viel zur Bereinigung der dort inzwischen erfolgten Infiltration, förderte die Kräfte der Selbstbehauptung auf überparteilicher Grundlage und stellte den direkten Kontakt mit der deutschen Minderheit in Nordschleswig her in der richtigen Erkenntnis, daß die Verteidigung des Deutschtums im Gesamtgebiet des ehem. Herzogtums Schleswig eine *zusammenhängende* Aufgabe sei.

Kieler Erklärung und Kopenhagener Protokoll

Die Entwicklung, die den Boden für die „neue Politik“ *Andreas Gayks* erbrachte und zur Kieler Erklärung führte, begann mit der „Grabrede“ *Lord Hendersons* im Herbst 1948 vor einer dänischen Parlamentsdelegation in London. „Grabrede“, weil er den eiderdänischen Ansprüchen ein Staatsbegräbnis erster Klasse bereitete und die Konsequenz aus der merkwürdigen Zwielfichtigkeit der offiziellen dänischen Südschleswig-Politik zog, „daß der wirkliche Wunsch des dänischen Volkes eine freundschaftliche Verständigung mit den deutschen Landesbehörden und später mit der westdeutschen Regierung über die Rechte ist, die zu genießen der Minderheit erlaubt sein wird“. Es war der berühmte *Hendersonsche Wink*: Nach Kiel.

Der Beginn der Verhandlungen über die Kieler Erklärung am 29. März 1949 unter britischem Vorsitz ist in der Tat in dreifacher Hinsicht ein Wendepunkt. Einmal wurden die Verhandlungen auf der Grundlage der *bestehenden* Grenze geführt, wenn diese von dänischer Seite auch nicht ausdrücklich anerkannt wurde. Zum anderen mußte sich die dänische Bewegung mit der Rolle einer nationalen Minderheit abfinden, wenn sie es auch nur zähneknirschend tat. Und zum dritten sicherten die bei den Verhandlungen entwickelten Prinzipien *uns selbst* vor der Gefahr einer repressiven Grenzpolitik, die als Folge des eiderdänischen Va-banque- Spiels psychologisch leicht denkbar gewesen wäre. Mit dieser Feststellung verleugnet man nicht die schweren Hypothesen, mit denen die Kieler Erklärung belastet war, und auf die zu verzichten der dänische Weitblick damals nicht ausreichte.

Die mit der Entstehungsgeschichte der Erklärung zusammenhängende „neue Politik“ *Gayks*, die ein Schisma in der Leitung der Sozialdemokratie zur Folge hatte, bediente sich, wie es im „Kurier der Heimat“ ausgedrückt worden ist, „einer Schocktherapie, mit der das schleswigsche Fieber niedergeschlagen werden sollte“, indem der Grenzkampf sozusagen von heute auf morgen abgeblasen wurde. Denn *Gayk* sah hier einen Ansatzpunkt, um, „wenn nicht pro forma, so doch de facto durch die Herstellung des status quo ante das *Stauning-Wels-Abkommen* wieder zur Geltung bringen und zugleich die Dissidenten in Flensburg zur Partei zurückholen“ zu können. Dagegen wollte *Gayk* nicht den Stab brechen über jene Grenzpolitik, „die aus dem Bewußtsein einer tödlichen Bedrohung des Landesteils Schleswig entwickelt worden war“. Er setzte mit der ihm eigenen Entschiedenheit neuen Kurs und betrieb ohne größere Sentimentalität eine Wachablösung. Das Ergebnis war die Ausklammerung *Hermann Lüdemanns* und der Abschied von *Dr. Schenck*.

Die Kieler Erklärung, die am 26. September 1949 vom schleswig-holsteinischen Landtag bei nur zwei Stimmenthaltungen einstimmig angenommen wurde, braucht hier nicht noch einmal beschrieben und auf die Goldwaage gelegt zu werden. Ebenso wenig das „Kopenhagener Protokoll“ vom 27. Oktober 1949, das als Folge eines politischen Gegenzuges der deutschen Minderheit in Nordschleswig zustande kam.

Die beiden Erklärungen haben ihre historische Rolle gespielt, bis sie durch die Bonner Erklärungen vom 29. März 1955 abgelöst werden konnten, zu einem Zeitpunkt also, als das wiedererrungene Gleichgewicht ganz andere Voraussetzungen für eine gleichartige und gleichwertige Fixierung der Minderheitenrechte geschaffen hatte. Das erste sozialdemokratische Kabinett Hermann Lüdemann war am 29. August 1949 zurückgetreten. Das zweite unter Leitung *Bruno Diekmanns* konnte sich grenzpolitisch auf die „neue Politik“ stützen, die auf der Kieler Erklärung basierte und in deren Folge auch das Kopenhagener Protokoll entstanden war. Der von Bruno Diekmann immer wieder gezeigte Wille zur Befriedung der Verhältnisse – bei unveränderter Unterstützung der deutschen Kräfte im Grenzland – hinderte nicht, daß auch in dieser Periode die Wogen südlich der Grenze hoch gingen. Teils steckte die dänische Minderheit keineswegs ihre Pflöcke zurück, und teils mußte die deutsche Seite sich weiterhin in der Rolle der aktiven Verteidigung fühlen. Selbst der „Eseltritt“ von dänischer Seite blieb diesem Mann des Friedens nicht erspart.

Im Widerstreit der Meinungen

Dennoch war das alles nur Vorgeplänkel im Vergleich zu den turbulenten Ereignissen nach der Nominierung *Dr. Walter Bartrams* als erstem bürgerlichen Ministerpräsidenten des Landes am 26. August 1950. Die grenzpolitische Entwicklung ist in der Zwischenperiode bis zur Wahl Friedrich Wilhelm Lübkes von den *landespolitischen* Vorgängen überblendet. Die Doppelschichtigkeit der Bevölkerungsstruktur – Einheimische und Heimatvertriebene – brach jetzt mit voller Wucht in das politische Leben des Landes ein. Am 8. Januar 1950 hatte *Waldemar Kraft* im Wahlkreis Herzogtum Lauenburg den BHE gegründet, am 9. Juli 1950 erreichte diese neue Partei 23,4 Prozent aller in Schleswig-Holstein bei der Landtagswahl abgegebenen Stimmen, und mit einem Schläge übernahm die politische Organisation der Heimatvertriebenen so eine Schlüsselposition. Damit parallel lief eine starke Reaktion in einheimischen Kreisen, die in die Bildung der „Schleswig-Holsteinischen Gemeinschaft“ einmündete.

Wir sehen von der späteren Entwicklung des BHE einerseits und der SHG andererseits hier ab: Als sie *entstanden*, waren sie ein doppelter äußerer Ausdruck des Bevölkerungsüberdrucks in Schleswig-Holstein, dem keine ausreichenden wirtschaftlichen und finanziellen Möglichkeiten des Landes gegenüberstanden, und der bis dahin weder durch den Stand der Umsiedlung noch durch die anlaufende Konjunktur hatte ausbalanciert werden können. Die krisenhaften Erscheinungen reichten ja in dieser Zwischenperiode tief in die CDU hinein, so daß die sozialdemokratische Opposition von einem „Zerfall der bürgerlichen Mitte“ sprechen konnte, ein Status, der sich ab Ende 1951 in sein genaues Gegenteil verkehrte.

Dr. Walter Bartram ist zweifellos *die* politische Persönlichkeit des Landes, die in der

Nachkriegszeit den schlimmsten Uriasposten beziehen mußte. In seiner knapp einjährigen Regierungszeit kochte der schleswig-holsteinische Kessel, so möchte man sagen, über. Vor dem Hintergrund einer allgemeinen Nervosität und Unzufriedenheit verdichteten sich hier alle möglichen Spannungen, nicht nur zwischen Einheimischen und Heimatvertriebenen, sondern auch zwischen Regierungsparteien und Opposition, zwischen den Kräftegruppen in den Regierungsparteien selbst und natürlich auch zwischen Deutschen und Dänen, insofern schon, als die Lage im Grenzland immer mit der Gesamtlage in korrespondierendem Zusammenhang steht.

Letztere Spannungen wurden nicht besser durch gewisse grenzpolitische Fehlleistungen vor dem Amtsantritt des neuen Chefs der Landeiskanzlei, *Dr. Kracht*. Es darf aber nicht übersehen werden, daß die „Kulturoffensive mit dem Zweck, volkliche Eroberungen zu machen“ – wie der dänische Minister *Frede Nielsen* es unvorsichtigerweise fixiert hatte – 1950/51 den Kulminationspunkt erreichte. Trotz aller äußeren und inneren Wirren brachte das Zusammenspiel Dr. Bartram – Dr. Kracht in der Landtagssitzung vom 20. Dezember 1950 vor *diesem Hintergrund*, ohne die Prinzipien der Kieler Erklärung aufzugeben, eine einmütige deutsche Front zustande, die quer durch die Parteien ging.

Von Lübke bis v. Hassel

Mit *Friedrich Wilhelm Lübke*, der am 25. Juni 1951 als Ministerpräsident nominiert wurde, erschien ein „starker Mann“ auf der politischen Bühne, wie der Volksmund sagt. Auf durchaus schwankendem parlamentarischem Boden beginnend, brachte Lübke den bürgerlichen Deutschen Wahlblock „auf Vordermann“ und wußte auch mit seinem Koalitionspartner, dem BHE, umzugehen. Auf den „Zerfall“ folgte unter seiner taktisch geschickten, aber von übermäßiger Feinfühligkeit nicht angekränkelten Leitung die Stabilisierung der bürgerlichen Mitte in Schleswig-Holstein und damit der Anschluß an die große bürgerliche Renaissance in der ganzen Bundesrepublik.

Der Ausgangspunkt Lübkes war ja die Grenzpolitik gewesen. Zu seinen Verdiensten, die in die Geschichte unseres Grenzlandes eingegangen sind, gehört an erster Stelle – auch von der Opposition unbestritten – die Verwirklichung des „Programm Nord“. Nach den vielfältigen Förderungsbestrebungen, die auch die vorhergegangenen Ministerpräsidenten im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten veranlaßt hatten, wurde hier ein großer Gesamtplan angepackt, für den gewisse theoretische Grundlagen bereits erarbeitet waren, für den Lübke aber die Mittel flüssig machte. Das „Programm Nord“ drückt ja genau aus, was im Landesteil Schleswig notwendig ist: Allgemeine Hebung des Niveaus auf wirtschaftlichem, sozialem, schulischem und verkehrsmäßigem Gebiet zur Beseitigung des „Gefälles“ im Vergleich zu Nordschleswig. Das Programm wird sich allmählich auf weitere Gebiete des Landesteils Schleswig ausdehnen können.

Lübke gehörte zu den zwei Abgeordneten, die sich bei der Annahme der Kieler Erklärung der Stimme enthalten hatten. Die Annahme, er werde nach seiner Nominierung nichts Eiligeres zu tun haben, als ihre Aufhebung zu betreiben, erwies sich als ebenso irrig wie die meisten Annahmen über Lübke. Die Kieler Erklärung war für ihn ein *fait accompli*. Selbst der Streit darüber im deutschen Lager hörte fast völlig auf. Im „Kurier“ wird darüber gesagt: „Weil die Gegner der Kieler Erklärung keinen Grund mehr sehen konnten, die Debatte weiterzuführen, da Lübke nicht impliziert war, und weil die Anhänger der Kieler Erklärung sich davon beruhigt fühlten, daß Lübke sie ‚pazifizierte‘. Ein erstaunlicher Vorgang in seinem scheinbaren Widerspruch.“

Aber was schon Bruno Diekmann zum Ausdruck gebracht, Dr. Bartram – Dr. Kracht noch mehr in den Vordergrund gestellt und parallel damit auch ständig die Sprecher der deutschen Minderheit empfohlen hatten, war nicht weniger das Ziel Lübkes: Eine *vertragliche* Regelung der Minderheitenfragen zwischen der Bundesrepublik und dem Königreich Dänemark auf der Grundlage der Gegenseitigkeit. „Für eine derartige vertragliche Regelung ist der Bund zuständig im Verein mit dem Land. Insofern liegen die Verhältnisse gegenüber dem Zeitpunkt der Abgabe der Kieler Erklärung heute völlig anders.“ So sagte Lübke am 14. August 1951 im Landtag. Es besteht kein Zweifel, daß er auf dieses Ziel hinarbeitete, notfalls aber – in Anbetracht der prinzipiellen dänischen Ablehnung – auf eine *vergleichbare* Lösung.

Wenn man sich daher der „Klauselfrage“ erinnert – die Frage der Anwendung oder Nichtanwendung der 5-Prozent-Sperrklausel des schleswig-holsteinischen Wahlgesetzes auf die dänische Minderheit so wird man sich klarmachen müssen, daß Lübke kein Mann der theoretischen Erörterungen oder gar Prinzipienreiterei war, die er im Gegenteil daneben schätzte. Er war ein Mann der realpolitischen Praxis. Die dänische Minderheit hätte sicherlich mit ihm bei geschickter Handhabung der Spielregeln – statt nach Karlsruhe zu gehen – eine Regelung erreichen können. Stattdessen machte sie aus der „Klauselfrage“ den Hebel, mit dem die Maschinerie der zwischenstaatlichen Verhandlungen in Gang gesetzt werden konnte.

Damit soll keineswegs gesagt sein, daß es sich in der Auseinandersetzung über die „Klauselfrage“ – auch auf deutscher Seite – etwa nur um Prinzipienreiterei gehandelt hätte. Ganz im Gegenteil konnten für beide Standpunkte ernsthafte grundsätzliche Gesichtspunkte geltend gemacht werden, und sie *wurden* ja auch geltend gemacht. Wer aber mit Lübke darüber gesprochen hat, dazu noch kurze Zeit vor seinem Tode am 16. Oktober 1954, der weiß, daß er an sich nichts dagegen hatte, die Anwendung der 5-Prozent-Klausel auf die dänische Minderheit aufzuheben, vorausgesetzt, daß es im Zuge deutsch-dänischer Verhandlungen geschehen konnte. Die Bedienung jenes Hebels war es, die ihn vorwiegend interessierte.

Das Erbe, das der neue Ministerpräsident Kai-Uwe v. Hassel in diesem Punkt von Lübke übernahm, war eben nicht nur das *Irritationsmoment* der „Klauselfrage“, die er gar nicht von heute auf morgen *entgegen* den Lübkeschen Intentionen hätte lösen

können. Das Irritationsmoment war zugleich auch der *Ansatzpunkt* für die Verlagerung der Auseinandersetzung auf die zwischenstaatliche Ebene. Und drei Tage nach dem Tode Lübkes unternahm das dänische Folketing den Schritt, der dies geradezu zu einer logischen Konsequenz machte: Am 19. Oktober 1954 nahm das dänische Folketing den Tagesordnungsbeschluß an, durch den der dänische Außenminister verpflichtet wurde, „die dänischen Gesichtspunkte über die Interessen der dänisch-gesinnten Südschleswiger“ vor den Ministerrat der NATO in Paris zu bringen.

Die neue Lage

Man wird hier etwas zurückgreifen müssen, um das Verhältnis zwischen Bundesrepublik und Königreich Dänemark in dieser Frage etwas zu beleuchten. Der Besuch des damaligen konservativen dänischen Außenministers *Ole Bjørn Kraft* Ende März 1951 in Bonn – etwa zwei Jahre nach der Konstituierung der Bundesrepublik – war ein erfreuliches neues Zeichen gewesen. Aber die Annahme, daß damit die Praxis beendet sei, die man von deutscher Seite als Interventionspolitik – via Besatzungsmacht – empfinden mußte, wäre irrig, obgleich es seit Beginn des Jahres 1951 wieder ein deutsches Generalkonsulat in Kopenhagen gab, das dann im Frühjahr in eine deutsche Botschaft umgewandelt werden konnte. Erst das im Herbst 1953 gebildete sozialdemokratische Kabinett *Hans Hedtoft* lehnte im Prinzip die Interventionspolitik ab.

Der Tagesordnungsbeschluß des Folketing vom 19. Oktober 1954, der den Außenminister des Kabinetts, *H. C. Hansen*, verpflichtete, stellte einen interimistischen Bruch mit dieser Linie dar. Das ist jedoch zu verstehen aus den heftigen psychologischen Schwierigkeiten, denen die dänische Politik sich in der Frage der Zustimmung Dänemarks zur Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO und damit ihrer Wiederbewaffnung gegenüber sah, Schwierigkeiten, die auch an vielen Abgeordneten zerrten. Es mußte von diesem dänischen Gesichtspunkt aus eine Bereinigung des Konfliktstoffes um Südschleswig stattfinden, bevor die entscheidende Debatte und Abstimmung über die Ratifikation über die parlamentarische Bühne gehen konnte.

Eine solche Intervention im Ministerrat der NATO – ausgerechnet übrigens in der ersten Sitzung, an der Bundeskanzler *Dr. Adenauer* als Beobachter teilnahm – hätte leicht zu einer Trübung der gegenseitigen Beziehungen führen können. Es ist ein Verdienst des dänischen Außenministers *H. C. Hansen*, daß er es dazu keineswegs kommen ließ. Im Gegenteil konnte *Dr. Adenauer* später unter Bezugnahme auf diese Sitzung von 22. Oktober 1954 sagen: „Ich bin glücklich, daß wir jetzt ein Werk vollenden können, das wir im vorigen Herbst in Paris begonnen haben, und ich bin glücklich, daß die alten guten Beziehungen, die früher zwischen Deutschland und Dänemark bestanden, wiederhergestellt sind.“ Mag dann auch sein, was *Morten*

Kamphøener gutmütig-ironisch schrieb: Daß diese alten guten Beziehungen zuletzt bestanden hätten, als Svend Grate dem Kaiser Barbarossa das Schwert vorangetragen habe.

Es wäre verfrüht – und müßte hier zu weit führen –, darlegen zu wollen, was sich in der Zeit vom 22. Oktober 1954 bis zum Beginn der deutsch-dänischen Minderheitenverhandlungen abspielte. Insbesondere entzieht sich die Tätigkeit der Diplomatie bis auf weiteres der Darstellung, obgleich sie einen sehr wesentlichen Anteil an der Entwicklung hatte. Bei den dänischen Politikern, die fortlaufend unter dem Eindruck der bevorstehenden Bundesrepublik-NATO-Debatte standen, ergab sich einfach die innere Konsequenz, nach dem A, das man mit dem Folketingsbeschluß vom 19. Oktober 1954 gesagt hatte, auch B zu sagen. Und B sagen hieß: Mit der Bundesrepublik direkt zu verhandeln.

Die Minderheitenverhandlungen

Man darf freilich nicht vergessen, daß Dänemark bei der Einladung zu den Minderheitenverhandlungen zwei Möglichkeiten vorsorglich *ausklammerte* – „prinzipielle Gesichtspunkte“, die auch der Bundesregierung „wohlbekannt“ seien –: Einmal eine ausdrückliche Anerkennung der bestehenden deutsch-dänischen Grenze durch Dänemark, zum anderen einen deutsch-dänischen Minderheitenvertrag. Schon dadurch war die deutsche Delegation in eine keineswegs beneidenswerte Lage gebracht: Es war von vornherein sehr begrenzt, was sie würde mit nach Hause bringen können. Deutscher Delegationsleiter war der Botschafter a. D. *Dr. Wilhelm Nöldeke* und Delegierter des Landes Schleswig-Holstein der Chef der Landeskanzlei, Ministerialdirektor *Dr. Kracht*.

Die Minderheitenverhandlungen, die sich in ihrer ersten, entscheidenden Runde über die Woche von 28. Februar bis 5. März 1955 hinstreckten, stellten nicht am wenigsten Dr. Kracht vor erhebliche Schwierigkeiten. Die dänische Ausgangsstellung scheint es gewesen zu sein, die Lösung gewisser konkreter Fragen auszuhandeln, ohne auf eine Grundsatzregelung einzugehen. Aber was hätte ein Ergebnis genützt, das anschließend zumindest in Schleswig-Holstein auf steifen politischen Gegenwind gestoßen wäre? Wäre etwa der Zweck dieser Begegnung erreicht gewesen, wenn statt der erstrebten Befriedung des Grenzlandes sich neue Spannungen und neue Unruhe ergeben hätten?

Es war der deutsche Vorschlag „paralleler Grundsatzserklärungen“, mit dem man sich an den drei ersten Tagen der Minderheitenverhandlungen von dänischer Seite keineswegs befreunden konnte. Das aber mußte für Schleswig-Holstein eine *conditione sine qua non* sein. Dann konnte man – aber nur dann – über alle konkreten Fragen in der liberalsten Weise reden. Daß Dänemark – die dänischen Politiker – schließlich dem Vorschlag zustimmten, ist hoch einzuschätzen. So konnte auch der

Knoten der 5-Prozent-Klausel einerseits und der Examensklausel andererseits gelöst werden.

Das Kommuniqué vom 5. März 1955 charakterisiert die Atmosphäre dieser Begegnung mit den Worten, sie sei „von gegenseitigem Verständnis und gutem Willen geprägt“ gewesen. „Die Erörterungen“, so hieß es weiter, „haben dazu geführt, daß jede der beiden Delegationen Vorschläge über die Minderheit in ihrem eigenen Land ausgearbeitet hat, die sie ihrer Regierung zu empfehlen gedenkt. Die Hauptlinie im Vorschlag beider Delegationen ist die Klarstellung der staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten, die für Mitglieder der Minderheit in ihrer Eigenschaft als Staatsbürger des Landes Gültigkeit haben.“

So flatterte der Danebrog denn lustig neben der Bundesflagge über dem Flugplatz Wahn, als das Sonderflugzeug des dänischen Regierungschefs und Außenministers *H. C. Hansen* am 28. März 1955, 16 Uhr, zur Landung ansetzte. Auf dem Flugplatz warteten Bundeskanzler *Dr. Adenauer* mit den Staatssekretären *Dr. Globke* und *Dr. Hallstein* sowie dem deutschen Botschafter in Kopenhagen, *Georg Ferdinand Duckwitz*. Am nächsten Tage, dem 29. März 1955, wurden im Palais Schaumburg die beiden voneinander unabhängigen, aber sich inhaltlich völlig entsprechenden „parallelen Grundsatzserklärungen“ bekannt gegeben. Am Ende dieses für unser Grenzland so turbulenten Jahrzehnts 1945-1955 standen so die „Bonner Erklärungen“.

Eine Schlußbemerkung

Werden wir auch volklich den status quo *ante* erreichen? Das ist eine Doppelfrage: Werden wir es nördlich der Grenze und werden wir es südlich der Grenze tun? Die Antwort auf diese Doppelfrage ist, auf lange Sicht gesehen, entscheidend. Man kann, um sich das drastisch klarzumachen, das Gedankenspiel unternehmen, ob die politische Schachpartie dieses Jahrzehnts möglich gewesen wäre, wenn der dänische Ausgangspunkt von 1945 dem volklichen Status von *heute* entsprochen hätte. Zwar spricht alles dagegen, daß sich diese Situation je wiederholt. Aber alles spricht zugleich dafür, diese Möglichkeit nicht außer acht zu lassen. Die positiven deutschen Bestrebungen zu beiden Seiten der Grenze dürfen nicht erlahmen. Denn nirgendwo gilt mehr als in unserem Grenzland, daß „die Zukunft bereits begonnen“ hat.

DÄNISCHE UND DEUTSCHE GRENZLANDORGANISATIONEN

Im folgenden geben wir eine Übersicht über den augenblicklichen Stand der Organisationen, die von den beiden im schleswigschen Raum sich begegnenden Völkern zur Wahrung bzw. zur Verbreitung ihres Volkstums im Laufe der Zeit geschaffen worden sind. Es ist bemerkenswert, daß der Beginn der Organisierung auf das Ende der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zurückgeht und auf dänischer Seite früher einsetzt als auf deutscher. Die dänischen Organisationen haben sich in Angleichung an die jeweiligen Verhältnisse und Gegebenheiten bis heute hin stetig, wenn auch in jüngster Zeit sprunghaft, entwickeln können, während die deutschen stürmisches Auf und Nieder erfahren mußten: ermunternde Belebung nach 1920, Störung und Überfremdung nach 1933 und Vernichtung 1945. Heute scheinen sie allmählich ihre neue Form gefunden zu haben. Die Darstellung der dänischen Organisationen verdanken wir der freundlichen Mitarbeit von Lektor Hoffmeyer, Holte. Die Daten über die Organisation des südschleswigschen Dänentums entnahmen wir im wesentlichen dem in diesem Heft an anderer Stelle besprochenen Handbuch von Lektor Brönsted. Die Berichte über die deutschen Organisationen stellten uns die Geschäftsführer der verschiedenen Verbände zur Verfügung: Für den Bund deutscher Nordschleswiger Rudolf Stehr, Apenrade, für den Schleswig-Holsteinischen Heimatbund Nikolaus Hansen, Flensburg, für die Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig und für den Grenzpolitischen Rat Owe Vaagt, Flensburg, für den Grenzverein für deutsche Kultur und für den Grenzausschuß Helmut Zimmerschmied, Flensburg.

Die Übersicht wird als Sonderdruck erscheinen und kann von uns für 0,20 DM das Stück bezogen werden. Bei Bestellungen kleineren Umfangs bitten wir den Betrag in Marken beizufügen.

D. H.

DÄNISCHE GRENZLANDORGANISATIONEN IN DÄNEMARK

Etwa ein Dutzend Landesorganisationen beschäftigen sich in Dänemark mit Südschleswigproblemen.

Die älteste ist der *Sprachverein* (1888) (Sprogforeningen), der sich den Schutz der dänischen Sprache in Süderjütland (Schleswig) zur Aufgabe gesetzt hat: 1. durch

Verbreitung guten dänischen Lesestoffs, 2. durch Unterstützung anderer kultureller Angelegenheiten, die für das Dänentum von Bedeutung sind.

Der Sprachverein hat seinen Sitz in Apenrade und hat einen Ursprung in dem nordschleswigschen Kulturkampf vor 1920 und nannte sich zuerst Verein zur Erhaltung der dänischen Sprache in Nordschleswig (Foreningen til det danske Sprogs Bevarelse i Nordslesvig). Jetzt unterstützt er das dänische Buch nördlich und südlich der Grenze und setzt sich ein für Jugendarbeit und für Versammlungshäuser. U. a. war der Sprachverein auch beteiligt an der Errichtung des Versammlungshauses in Medelby.

Der Sprachverein, der ein das ganze Land umfassendes Vertrauensmännersystem organisiert hat, wird geleitet von einem Aufsichtsrat und von einem Vorstand aus fünf Mitgliedern. Von 1936 bis 1952 war Bibliothekar Jakob Petersen Vorsitzender, nach ihm der frühere Leiter der Volkshochschule Askov, I. Th. Arnfred.

Der Verein gibt jedes Jahr einen Kalender und einen Jahresbericht heraus, der aktuelle kulturelle und nationalpolitische Abhandlungen bringt. Die Mitgliederzahl beträgt etwa 16 000.

Die zweite, ursprünglich nur für Nordschleswig gedachte Organisation war der *Wählerverein* (Vælgerforeningen), dessen Aufgabe jedoch mit 1920 als gelöst angesehen werden konnte. Inzwischen ist seine Arbeit aber auf Südschleswig übergegangen und dem SSW übertragen worden.

Die dritte der großen alten Organisationen ist der *Nordschleswigsche Schulverein* (Sønderjysk Skoleforening) (1892), der ursprünglich die Aufgabe hatte, in der Zeit, da dänische Schulen im schleswigschen Raum verboten waren, jungen Leuten den Aufenthalt auf Schulen nördlich der Königsau zu ermöglichen. Nach 1920 wurde der Aufgabenparagraf geändert. Er will jetzt 1. das dänische Schulwesen und die dänische Volksbildung (Folkeoplysning) südlich der jetzigen Grenze unterstützen, ferner jungen Menschen von dort Beihilfen geben für einen Aufenthalt auf Schulen oder für eine Ausbildung anderer Art nördlich der Grenze, 2. Unterricht und Ausbildung der Jugend nördlich der jetzigen Grenze und allgemeine dänisch-nationale Interessen besonders in den national gemischten Gebieten fördern.

Der Verein, dessen Vorsitzender der frühere Landstingsmand Hans Jepsen-Christensen ist, hat die staatlichen Beihilfen vermittelt, die durch den „Ausschuß zur Unterstützung dänischer Sprache und Kultur im Auslande“, dessen Vorsitzender ebenfalls Jepsen-Christensen ist, den dänischen Volksschulen in den Landdistrikten der Kreise Flensburg-Land und Südtondern für die Lehrerbesoldung, für die Errichtung und Unterhaltung der Schulbauten, ferner für den Aufenthalt dänischer Jugend auf Nach-, Fach- und Hochschulen jeder Art und für die Lehrerbildung zur Verfügung stellt. Die eigenen Mittel des Vereins werden teils für die Nachschulausbildung junger

Nordschleswiger verwandt, teils zum Bau von Versammlungshäusern unmittelbar nördlich der Grenze von 1920.

An der Spitze des Vereins stehen ein Aufsichtsrat mit fünfzehn und ein Vorstand mit drei Mitgliedern. Die Mitgliederzahl beträgt etwa 30 000.

Die größte aller dieser Organisationen und die größte aller kulturellen Organisationen Dänemarks überhaupt ist der *Grenzverein* (Grænseforeningen, Sønderjyske Foreningernes Fællesraad) (1920). Er hat eine Mitgliederzahl von etwa 170 000, die sich auf 460 Einzelvereine über ganz Dänemark verteilt. Er hat sich zur Aufgabe gesetzt, mit „allen gesetzlich erlaubten Mitteln sowohl geistig wie materiell das Dänentum zu stützen und zu entwickeln, besonders südlich der Grenze“.

Mit bedeutenden Staatsmitteln – der Haushaltsplan balanziert mit etwa 8 Mill. Kronen – finanziert der Verein besonders das Schulwesen in den Kreisen Schleswig, Husum und Eiderstedt, unterstützt das Büchereiwesen, die Presse, Vereine u. a. in ganz Südschleswig, zeichnet für „Flensborghus“ und Hotel „Scandia“ in Schleswig und löst kleinere Aufgaben in Nordschleswig durch Unterstützung von Büchereien u. ä. in den Kirchspielen unmittelbar nördlich der Grenze.

Der Grenzverein veranstaltet die größte nationale Spendensammlung Dänemarks, den „Düppeltag“, der eine jährliche Einnahme von etwa 500 000 bis 600 000 Kronen bringt.

An der Spitze des Vereins steht ein Hauptvorstand, der neben verschiedenen anderen Ausschüssen einen Geschäftsausschuß einsetzt, der die oberste Leitung in Händen hat, und dessen Vorsitzender, der frühere Präsident Holger Andersen, gleichzeitig Vorsitzender des Vereins ist.

Während der Grenzverein ausgesprochen kulturelle Aufgaben verfolgt, ist der *Südschleswig-Ausschuß vom 5. Mai 1945* (Sydslesvigs Udvalg af 5. Maj 1945) mehr eine politische Organisation. Der Ausschuß hat zwei Unterschriftensammlungen durchgeführt und der Regierung und dem Reichstag zugeleitet: 1946 handelte es sich um die Herauslösung Südschleswigs aus der deutschen Oberhoheit, für die etwa 500 000 Unterschriften aufgebracht wurden, und 1950 um die Sicherung des Selbstbestimmungsrechts für Südschleswig mit rund 800 000 Unterschriften.

Der Südschleswig-Ausschuß, der als Monatsblatt „Det brændende Spørgsmål“ (Die brennende Frage) herausgibt, hat außerdem eine lange Reihe von Veröffentlichungen über südschleswigsche Verhältnisse sowohl in Dänemark wie im Auslande verbreitet. Der Vorsitzende ist Professor Hansen-Larsen, der auch die „Eidersammlung“ des Ausschusses leitet, deren Aufkommen für Bau und Betrieb der dänischen Schulen in Rendsburg, Drage und Westermühlen Verwendung findet. Der Ausschuß, dessen Tätigkeit weniger auf Vereinsbasis beruht, hat ein das ganze Land umfassendes Vertrauensmännersystem aufgebaut.

Die dänischen Schulen in Eckernförde und Rieseby werden von der Landesorganisation der *Schleswig-Liga* (Slesvig-Liga) (1920) unterstützt, die auch Versammlungsräume in Pries und Holtenau eingerichtet hat.

Der Verein, dessen Mitgliederzahl sich auf etwa 7000 beläuft, hat als Vorsitzenden den Lehrer Kragelund. Er hat sich zur Aufgabe gestellt, „für die Wiedervereinigung Südschleswigs mit Dänemark zu arbeiten und die kulturelle dänische Arbeit zu unterstützen“. Besonderen Einsatz hat dieser Verein geleistet bei der Errichtung des Südschleswigfonds zur Unterstützung dänisch-gesinnter Leute, die im Erwerbsleben stehen. Er gibt eine Monatsschrift „Thyras Vold“ (Thyras Wall) in einer Auflage von 7500 Stück heraus.

Die *Dänische Kirche im Ausland* (DKU - Dansk Kirke i Udlandet) hat ursprünglich nur dänische Pastoren für dänische Gemeinden in europäischen und überseeischen Großstädten zur Verfügung gestellt. Nach 1920 nahm sie sich auch der dänischen Bevölkerung Flensburgs an und half bei der Organisierung eines dänischen Gemeindelebens dort. Nach 1945 aber wurde Südschleswig zum größten Arbeitsfeld der DKU. Sie wird vom Staat unterstützt, und der Jahresetat beläuft sich auf 1 360 000 Kronen, wovon 601 000 Kronen aus privaten Sammlungen kommen.

DKU wirkt u. a. mit bei dem Bau von Pastoraten und Freizeitheimen, bei Beschaffung von Kirchensälen, besonders in den dänischen Schulen, besodet außerdem 25 Pastoren und gibt einen Zuschuß zur Entlohnung eines Hilfsgeistlichen (Indremissionar) und zu den Ausgaben für 9 Jugendsekretäre. DKU ist in eigenen Kreisen über ganz Dänemark organisiert und gibt ein Monatsblatt in einer Auflage von 36 000 Stück heraus.

Bischof Noack ist der Vorsitzende der Organisation, während Pastor Sven Nielsen den Vorsitz in der Verwaltung führt.

Zwei Jugendorganisationen bemühen sich besonders darum, die dänische Jugend zu beiden Seiten der Grenze miteinander in Verbindung zu bringen.

Die erste, die *Jugend des Grenzvereins* (Grænseforeningens Ungdom), hat außerdem von einem neunordischen und europäischen Gesichtspunkt aus die Initiative ergriffen zu einer Reihe deutsch-dänischer Begegnungen in Kollund, und in Zusammenarbeit mit dem Verein Südschleswigscher Studenten und dem Grenzfriedensbund zu einer erweiterten deutsch-dänischen Tagung auf der Volkshochschule Magleaaas bei Birkerød 1955.

Außer dem Vierteljahrsblatt „Grænseforeningens Ungdom“ hat der Verein zwei aktuelle Schriften herausgegeben: „Sydslesvig paa en ny Maade“ (Südschleswig anders) (1954) und „Grænsespørgsmaalet i en ny Fase“ (Die Grenzfrage in einer

neuen Phase) (1955). Vorsitzender des Vereins ist der Landgerichtsanwalt A. Richard Möller.

Die *Junge Grenzwehr* (DN. unge Grænseværn – Dansk Nordisk Ungdomsforbund) (1933) wurde von Lehrer Peter Markussen gegründet. Sie hat sich als Hauptaufgabe vorgenommen, die dänische Jugendarbeit in Südschleswig zu unterstützen und hat in der Stadt Schleswig ein Jugendheim gebaut. Nördlich der Grenze gehören ihr „Grænsehjemmet“ in Kollund und „Jynde vadhus“ in Jündewatt. Beide wurden nach der Machtübernahme durch Hitler 1933 zur Unterstützung des Dänentums in den südlichen Gegenden Nordschleswigs errichtet.

Unter den kleineren Organisationen ist zunächst die *Südschleswigsche Kulturvereinigung* (Sydslesvigs Kultursamfund) zu nennen (1950). Sie stellt jungen dänischen Südschleswigern Beihilfen zur Verfügung für das Studium an dänischen und deutschen Universitäten.

Diese Organisation unterstützt u. a. auch das Blatt der südschleswigschen Studenten, „Front og Bro“ (Front und Brücke). Der Vorsitzende ist Professor Franz Blatt.

Die *Vereinigung Flensburg* (Flensburg-Samfundet) (1920) ist Eigentümerin von „Hjemmet“, Flensburg, Marienstraße 20, der früheren Wohnung des Chefredakteurs von „Flensburg Avis“ Jens Jessen. Der Verein hat das Heim der dänischen Jugendarbeit zur Verfügung gestellt, gibt auch Beihilfen für Reisen nach Dänemark. „Flensburg Samfundet“ widmet sich weiter der sozialen Hilfsarbeit und steht Alten, Kranken und Kindern bei, u. a. durch Essenausgabe in den dänischen Kindergärten. Der Verein hat außerdem mitgewirkt bei der Errichtung des „Jens-Jessen-Kindergartens“ in Flensburg und bei der Gründung des nun zurückgezogenen „Dänischen Gesundheitsdienstes“ (Dansk Sundhedstjeneste). Landgerichtsanwalt Sv. Ramsing ist Vorsitzender.

Die „*Dänisch-friesische Gesellschaft*“ (1948) arbeitet an der Erhaltung der nordfriesischen Kultur und an der Anknüpfung von Verbindungen mit Dänemark und dem Norden. Die Gesellschaft, die mit der „Foriining for nationale Frasje“, deren Vorsitzender der frühere Landrat Johs. Oldsen ist, zusammenarbeitet, hält alljährlich eine nordfriesische Tagung ab und gibt Schriften über friesische Verhältnisse heraus. Lektor Jörgen Hatting ist der Vorsitzende.

Der *Dänisch-Schleswigsche Frauenverein* (Danske Kvinders Slesvigske Forening) (1921) widmet sich humanitären Aufgaben, unterstützt dänischgesinnte Alte und Kranke in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen ähnlicher Art in Südschleswig. Er hat ein dänisches Altersheim in Flensburg gebaut und gibt Beihilfen zur Durchführung des Betriebes. Frau Stiftsamtmann Berner ist die Vorsitzende des

Vereins, der ein Vertrauensmännersystem im ganzen Lande aufgezogen hat.

Der *Südschleswigsche Studien- und Hilfsfonds* (Sydslesvigsk Studie- og Hjælpefond) wurde im Jahre 1947 errichtet, um jungen Südschleswigern zu helfen, sich in Dänemark auszubilden. Der Hilfsfonds hat „Erbprinz Knuds Kollegium“ als Wohnung für eine kleinere Anzahl von Stipendiaten eingerichtet und als Versammlungsstätte für junge Südschleswiger überhaupt. Das Erbprinzenpaar hat das Protektorat übernommen, und Bürovorsteher (Fuldmægtig) William S. Rasmussen ist Vorsitzender.

Der *Hörerverein Südschleswig* (Lytterforeningen Sydslesvig) (1947) wurde gegründet, um den Rundfunk zu veranlassen, eine größere Anzahl südschleswigscher Sendungen aufs Programm zu setzen, besonders solche, die sich mit aktuellen Verhältnissen und Problemen befassen und die sich den Wünschen der südschleswigschen Hörer anpassen. Vorsitzender des Vereins ist Küster A. Ottosen. Die Mitgliederzahl beläuft sich auf 10 000.

Viele südschleswigsche Gemeinden und Stadtbezirke mit dänischem Kulturleben und verschiedene Vereine haben *Patenschaftsverbindungen* in Dänemark. Durch gegenseitige Besuche und durch Unterstützungen verschiedenster Art werden sie belebt. Das Patenschaftswesen wird durch den *Patenschaftsrat* geregelt. Der Vorsitzende dieses Rats ist Tierarzt Harald Olsen.

Johs. Hoffmeyer

DÄNISCHE GRENZLANDORGANISATIONEN IN SÜDSCHLESWIG

Nach der Abstimmung 1920 wurde für den bei Deutschland verbliebenen Teil Schleswigs „Der Schleswigsche Verein“ gegründet. Er soll 1923 annähernd 9 000 Mitglieder gehabt haben. 1945 waren es noch 3 000. Daneben bestanden dänische Jugendvereine, ein dänischer Schulverein und „Die dänische Gemeinde“. Zur Zeit der Hitlerregierung hatten sie in einem dänischen „Volksrat“ eine Dachorganisation. In den Katastrophenjahren nach 1945 meldeten sich dann Tausende und aber Tausende in den „Schleswigschen Verein“. Die Bewegung wurde von der Militärregierung scharf beobachtet. Am 31. Januar 1946 gab sie die Erlaubnis zur Bildung eines „*Südschleswigschen Vereins*“, aber es durften nach dem 1. Januar keine

neuen Mitglieder aufgenommen werden, auch sollte die Mitgliederzahl 10 000 nicht übersteigen. Durch Einschaltung der dänischen Regierung ist es dem Verein jedoch bald gelungen, die einengenden Bestimmungen zu beseitigen. Auch das inzwischen von der Militärregierung erlassene Verbot der politischen Betätigung wurde aufgehoben, nachdem für diese Arbeit der „Südschleswigsche Wählerverein“ gegründet worden war. Seit der Kieler Erklärung vom 26. September 1948 genießt die dänische Minderheit uneingeschränkte Vereinsfreiheit.

„Der Südschleswigsche Verein“ ist heute die Dachorganisation aller dänischen Arbeit in Südschleswig. Einzelmitglieder können sich zur Wahrnehmung besonderer Aufgaben innerhalb des Vereins zu besonderen Organisationen zusammenschließen. Nach außen hin werden sie aber durch den „Südschleswigschen Verein“ vertreten.

Laut Satzungen stellt der Südschleswigsche Verein sich die Aufgabe,

1. den Zusammenhalt seiner Mitglieder zu stärken;
2. dänisches und friesisches Volksleben und dänische und friesische Bildung durch Vermittlung nordischer, namentlich dänischer und friesischer Dichtung, Kunst und Musik zu fördern;
3. das Verständnis für die schleswigsche Heimat und ihre Eigenart zu wecken;
4. eine lebendige Verbindung mit Dänemark und dem Norden und mit dänischen Schleswigern außerhalb Südschleswigs zu unterhalten.

Nach §4 der Satzungen kann in den Verein jeder aufgenommen werden, der 1. in Südschleswig wohnt; 2. über 18 Jahre alt ist; 3. durch Abstammung, Ehe oder Wohnsitz seit dem 29. Januar 1933 nördlich der Eider ein Recht auf Heimat hat; 4. schriftlich den Aufgabenparagrafen des Vereins anerkennt.

Nur der Hauptvorstand kann Ausnahmen zulassen.

Vorsitzender des Vereins ist zur Zeit Bögh-Andersen, Leiter der dänischen Volkshochschule in Jarplund. Ihm zur Seite stehen ein Hauptvorstand und ein Verwaltungsausschuß. Die Geschäftsleitung hat ein Generalsekretär.

Der Verein ist nach unten hin aufgeteilt in Kreis- und Distriksvereine, die in den einzelnen Orten ihre Vertrauensmänner haben.

Folgende Organisationen sind angeschlossen:

1. Der Schülerverein der Ansgar-Schule in Schleswig
2. Der Bürgerverein in Flensburg
3. Der dänische Büchereiverein
4. Der dänische Lehrerverein (473 Lehrer)
5. Der dänische Musikklub
6. Der Verein dänischgesinnter südschleswigscher Kriegsteilnehmer von 1914 bis 1945
7. Der dänische Schulverein (89 Schulen, 30 Kindergärten)
8. De Gamles Värn (Verein zur Versorgung der Alten)

9. Die zentrale Sterbehilfskasse
10. Die dänische Kirche in Südschleswig (23 Pastoren)
11. Der schleswigsche Frauenverein
12. Die südschleswigschen Hausmüttervereine
13. Der südschleswigsche Gesundheitsrat
14. Die Duborggemeinschaft (Duborgschule in Flensburg)
15. Der Schülerverein für Südschleswig
16. Der Flensburger Handelsverein
17. Der Flensburger Schachklub
18. Der Flensburger Krankenpflegeverein
19. Der Flensburger Yachtklub
20. Der Verein südschleswigscher Studenten
21. Der Freiwillige Knabenverband Südschleswig
22. Der Landwirtschaftliche Hauptverein für Südschleswig
(Für ihn arbeiten fünf landwirtschaftliche Berufsberater)
23. Die Guttemplerloge „Skjold“
24. Die Hauptvertretung des Handwerks
25. KFUK (Kirchliche Vereinigung junger Frauen)
26. KFUM (Kirchliche Vereinigung junger Männer)
27. „Odin“ (Verein dänischer Staatsbürger in Südschleswig)
28. Die Sankt Knuds Gilde
29. Der Schleswigsche Automobilklub
30. Der Schleswigsche Kreditverein
31. Die südschleswigschen dänischen Jugendvereine
32. Der Südschleswigsche Volkschor
33. Der Südschleswigsche Wirtschaftsfonds
34. Der Südschleswigsche Handels- und Handlungsgehilfenverband
35. Der Südschleswigsche Hausfleiß(verband)
36. „Ydun“ (Gesellschaftlicher Verein)
37. Der Südschleswigsche Kunstverein.
38. Das Südschleswigorchester „Harmonie“

Verschiedene dieser Organisationen erstatten bei gegebener Gelegenheit über ihre Arbeit Bericht. Von den meisten erfährt man in dieser Beziehung aber nichts.

In politischer Beziehung ist die dänische Minderheit organisiert im „*Südschleswigschen Wählerverein*“. Sie hatte im ersten Schleswig-Holsteinischen Landtag sechs Vertretern, im zweiten vier und in dem jetzigen unter Einfluß der bei der letzten Wahl noch für die Minderheit gültigen Fünf-Prozent-Klausel keinen. Es ist zu erwarten, daß sie bei der nächsten Wahl, wo sie der Einengung durch diese Klausel nicht unterliegt, wieder im Landtag vertreten sein wird.

In die Kreistage entsendet sie insgesamt 43 Abgeordnete. In Eiderstedt hat sie 5 von 37 Mandaten; in Flensburg-Stadt 14 von 35; in Flensburg-Land 5 von 41; in Husum 4 von 39; in Eckernförde 3 von 40; in Schleswig 6 von 49; in Südtondern 6 von 40.

Der Minderheit stehen zwei Tageszeitungen zur Verfügung: „Flensburg Avis“, der dänisch geschrieben und auch in Dänemark verbreitet ist, und die „Südschleswigsche Heimat-Zeitung“, die sich der deutschen Sprache bedient und nach eigenen Angaben in einer Auflage von 10 500 herauskommt.

VOLKSDEUTSCHE ORGANISATIONEN IN NORDSCHLESWIG

Der *Bund deutscher Nordschleswiger* ist die Zentralorganisation der deutschen Minderheit in Nordschleswig. Er wurde am 22. November 1945 gegründet und ist aufgegliedert in fünf Kreisvereine und in Ortsvereine.

In der Gründungserklärung wird die Loyalität gegenüber dem König, dem dänischen Staat und der Grenze von 1920 unterstrichen. Die Zielsetzung der Volksgruppe, für welche der Bund verantwortlich zeichnet, kann in drei Punkten zusammengefaßt werden:

1. Die Volksgruppe erstrebt ein inneres Wachstum in ihrem geistigen, kulturellen und sozialen Leben als deutsche Gemeinschaft innerhalb des dänischen Staatsverbandes und eine Förderung der Existenzmöglichkeiten ihrer Mitglieder.
2. Die Volksgruppe erstrebt eine Befriedung und Stabilisierung der gesamten Verhältnisse im schleswigschen Grenzland.
3. Die Volksgruppe wünscht die Zugehörigkeit zum deutschen Volk zu verbinden mit einem positiven Verhältnis gegenüber der gesamten Bevölkerung des Grenzlandes, gegenüber dem dänischen Volk und gegenüber dem dänischen Staat.

Erster Vorsitzender des Bundes war Dr. med. Niels Wernich, der 1951 von dem Bauern Hans Schmidt-Oxbüll abgelöst wurde. Die Geschäftsführung für den Bund deutscher Nordschleswiger liegt bei dem Deutschen Sekretariat in Apenrade.

Seit 1953 ist die Minderheit durch ihren Vorsitzenden im dänischen Reichstag vertreten. Er erhielt damals 9 743 Stimmen. Im Kreistag des Kreises Tondern ist die Minderheit durch zwei, und im Kreistag des Kreises Apenrade durch ein Mitglied vertreten.

Der *Deutsche Schul- und Sprachverein für Nordschleswig* betreut das gesamte

Schulwesen der Volksgruppe. Am 5. Mai 1945 waren 89 Schulen mit rund 4 000 Kindern vorhanden, dabei handelte es sich um ein vollausgebautes Schulwesen, einschließlich eines deutschen Gymnasiums in Apenrade. Nach dem Zusammenbruch sind bisher 29 Schulen mit 962 Schülern wiedererstanden. Auf Grund des Ergebnisses der deutsch-dänischen Minderheitenverhandlungen im März 1955 ist jetzt auch der Aufbau von Examensschulen eingeleitet. Träger der örtlichen Schularbeit sind die Orts- schulvereine, die im Deutschen Schul- und Sprachverein zusammengefaßt sind. Neben den Schulen befaßt er sich auch mit der Errichtung von Kindergärten. Darüber hinaus hat er sich zur Aufgabe gestellt, ganz allgemein die deutsche Sprache zu fördern. Vorsitzender ist der Bauer Detlef Lassen aus Halstrup, die Geschäftsstelle befindet sich in Apenrade. – Die Lehrer sind in dem *Deutschen Lehrerverein für Nordschleswig* unter dem Vorsitz von Rektor P. Klindt, Apenrade, organisiert.

Der *Deutsche Jugendverband für Nordschleswig* faßt die gesamte außerschulische Arbeit für die Jugend zusammen. Zum Jugendverband gehören die Jugendbünde, die Turn- und Sportvereine sowie die im Deutschen Ruderverband für Nordschleswig zusammengefaßten Rudervereine, ferner besondere Einsatzgruppen, wie die Nordschleswigsche Heimatbühne und die Blaskapelle. Der Deutsche Jugendverband für Nordschleswig führt nach 1945 auch die Knivsbergfeste durch. Vorsitzender ist Chefredakteur Jes Schmidt, Apenrade. Der Jugendverband unterhält eine Geschäftsstelle in Apenrade. Für die Betreuung der Jugendgruppen sind einige hauptamtliche Jugendpfleger bzw. Sportlehrer eingesetzt.

Die *Knivsberggesellschaft* unter dem Vorsitz von Rechtsanwalt Erichsen, Hadersleben, ist Träger des Knivsberggeländes, auf dem die jährlichen Treffen stattfinden.

Die *kirchliche Betreuung der Deutschen in den vier Städten* erfolgt durch die deutschen Pastoren für den „deutschsprechenden Teil der Gemeinde“ innerhalb der dänischen Volkskirche.

Außer diesen vier Pastoren der dänischen Volkskirche sind auf dem Lande Pastoren der Schleswig-Holsteinischen Landeskirche tätig. Die *Nordschleswigsche Gemeinde* der Schleswig-Holsteinischen Landeskirche wird zur Zeit von fünf Pastoren betreut. Vorsitzender ist der Altbauer Christian Petersen, Bau bei Bülderupbau. Die Geschäftsstelle befindet sich in Tingleff.

Nachdem 1945 der technische Betrieb der Tageszeitung der Volksgruppe vernichtet worden war, mußte man sich zunächst mit einer Wochenzeitung behelfen. Seit dem 1. Dezember 1951 erscheint unter dem Namen „Der Nordschleswiger“ wieder eine

deutsche Tageszeitung als Organ der Volksgruppe. Als Herausgeber zeichnet der Bund deutscher Nordschleswiger. Träger des wirtschaftlichen Betriebes der Zeitung ist der *Deutsche Presseverein* unter dem Vorsitz von Fabrikant Matthias Hansen in Hadersleben. Chefredakteur der Zeitung ist Jes Schmidt, Apenrade.

Der *Verband deutscher Büchereien* unterhält neben der Zentrale in Apenrade 6 Stadtbüchereien und 21 Dorfbüchereien, sowie eine Reihe von sogenannten Heimbüchereien. Vorsitzender des Verbandes deutscher Büchereien ist der Geschäftsführer des deutschen Schul- und Sprachvereins, Fr. Christensen, Leiter des Büchereiwesens ist Peter Callesen, Apenrade.

Callesen verwaltet gleichzeitig die *Filmstelle* des Bundes deutscher Nordschleswiger.

Der *Volkshochschulverein für Nordschleswig* ist Träger der Deutschen Nachschule in Tingleff. Sie setzt die Traditionen der alten Volkshochschule Tingleff fort, nimmt aber auch junge Männer auf.

Die Nachschule bemüht sich insbesondere darum, die Lücke mit auszufüllen, die durch die Zerschlagung des deutschen Schulwesens 1945 entstanden ist. Die Pflege der deutschen Sprache steht demgemäß im Mittelpunkt des Unterrichts.

Seit November 1955 ist der Nachschule ein Volkshochschullehrgang angegliedert mit landwirtschaftlichem Fachunterricht für die Männer und hauswirtschaftlichem Unterricht für die Mädchen. Leiter des Volkshochschulvereins ist Jes Schmidt, Apenrade, Leiter der Schule Dr. Paul Koopmann.

Der *Landwirtschaftliche Hauptverein für Nordschleswig*, der sich aus sechs Kreisvereinen zusammensetzt, ist die Fachorganisation der deutschen Bauern. Seine Tätigkeit dient der allgemein-fachlichen und betriebswirtschaftlichen Förderung seiner Mitglieder. Dem Verein ist eine Buchführungsabteilung angeschlossen. Vorsitzender ist C. Diederichsen-Bortschau, Hauptgeschäftsführer P. Rasmussen, Apenrade. Besonderes Gewicht wird im Hauptverein auch auf den fachlichen Erfahrungsaustausch über die Grenze gelegt.

Ein entsprechender Hauptverein für Handel, Handwerk und Gewerbe ist nicht vorhanden, es bestehen aber örtliche Handwerkerzusammenschlüsse mit stärkerem geselligem Einschlag. Außerdem ist im Rahmen der Volksgruppe in Verbindung mit dem Deutschen Schul- und Sprachverein und dem Deutschen Sekretariat Lehrer Kolberg, Renz, in Handwerkerfragen und in Angelegenheiten der Berufsausbildung tätig.

Auf dem sozialen Sektor arbeiten der Soziale Frauendienst, die Krankenpflegevereine, die Kameradschaftshilfe und die Deutsche Selbsthilfe Nordschleswig.

Der *Soziale Frauendienst* hat seine Zentrale in Tingleff. Er betreut gegenwärtig acht Schwesternstationen auf dem Lande. Das Schwergewicht seiner Tätigkeit liegt in der Fürsorge für die Kranken. Im Sommer vermittelt er Ferientaufenthalte in Nordschleswig für sudetendeutsche Kinder und Kinder aus dem Ruhrgebiet. Vorsitzende des Sozialen Frauendienstes ist Fräulein Rasch, Jeising, Leiterin Schwester Käthe Kragh in Tingleff.

In den Städten bestehen selbständige *Krankenpflege- bzw. Frauenvereine*. Im Rahmen dieser Krankenpflegevereine sind in den Städten Tondern, Apenrade und Hadersleben Diakonissen ans Flensburg tätig.

Nach 1945 ist aus dem Kreise der Frontsoldaten die *Kameradschaftshilfe für Nordschleswig* entstanden, mit dem Ziele, sich für die Kriegsoffer des zweiten Weltkrieges einzusetzen. Sie hat zunächst auf fürsorgerischer Grundlage gearbeitet, sich daneben aber gleichzeitig für die rechtliche Gleichstellung der Kriegsoffer in Nordschleswig mit denen aus der Bundesrepublik verwandt.

Die *deutsche Selbsthilfe Nordschleswig* ist ein Verein, der das Ziel verfolgt, in Not geratene Mitglieder zu unterstützen. Seine Tätigkeit hat nach 1945 zunächst geruht, da das Vermögen im Rahmen eines Rechtsverfahrens beschlagnahmt wurde. Zur Zeit wird noch wegen der Freigabe des Restvermögens verhandelt. Vorsitzender des Vorstandes ist Hans Schmidt-Oxbüll.

In *Kameradenvereinen* sind ehemalige Soldaten, insbesondere Kriegsteilnehmer des ersten und zweiten Weltkrieges zusammengeschlossen, um den Zusammenhalt und die Kameradschaft zu pflegen. Die Vereine bilden einen Verband, Vorsitzender des Verbandes ist der Rentner Buchholz, Haderleben.

Die Aufgaben des Bundes deutscher Kriegsgräberfürsorge werden in Nordschleswig von Lehrer Ravn, Hadersleben, wahr genommen.

In den vier nordschleswigschen Städten bestehen Deutsche Häuser. Träger dieser Häuser sind Vereine mit der Bezeichnung „*Verein Deutsches Haus*“ oder „*Bürgerverein*“.

Des weiteren gibt es in den Städten *Vereinsbünde*, in denen die einzelnen Vereine der Minderheit in der Stadt zusammengeschlossen sind.

Die nordschleswigschen Chöre sind in der *Nordschleswigschen Musikvereinigung* zusammengeschlossen. Die Arbeit innerhalb der Chöre wird von dem Musikreferenten des Deutschen Schul- und Sprachvereins, Hans Karl Michalik, geleitet. Daneben bestehen an verschiedenen Orten Gesangvereine.

Hingewiesen wird weiter auf Reitervereine, Schützenvereine, eine Schülervereinigung

des ehemaligen Deutschen Gymnasiums, eine Alt-Pfadfindervereinigung in Apenrade und auf den plattdeutschen Verein „Eekboom“ in Haderleben.

Laienspielgruppen arbeiten im Rahmen der Gruppen des Jugendverbandes, sind zum Teil aber auch selbständig, wie zum Beispiel der Theaterverein „Excelsior“ in Sonderburg.

In Kopenhagen besteht eine *Verbindung Schleswigscher Studenten* als Zusammenschluß von Mitgliedern der Volksgruppe, die in Kopenhagen studieren. Das Ziel ist die Förderung der Mitglieder und des kameradschaftlichen Zusammenhalts sowie die Aufrechterhaltung der Verbindung mit Nordschleswig. Des weiteren gibt es als Zusammenschluß der Deutschen in Kopenhagen den „*Deutschen Bund*“ unter der Leitung von Ernst Siegfried Hansen.

Rudolf Stehr

DEUTSCHE GRENZLANDORGANISATIONEN IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Der Schleswig-Holsteinische Heimatbund

Der Schleswig-Holsteinische Heimatbund wurde im Februar 1947 gegründet. Eine Anlehnung an die Satzung des aufgelösten Schleswig-Holsteiner-Bundes war wegen der bekannten grenzrevisionistischen Zielsetzung desselben nicht möglich. Darum wurde der Schleswig-Holsteinische Heimatbund Rechtsnachfolger des Landesvereins für Heimat- und Denkmalspflege, womit für ihn die Aufgaben zum Schutz der Landschaft und der Pflege der Heimat offenlagen. Die Situation, insbesondere an der Nordgrenze des Landes, aber brachte es mit sich, daß sich im Schleswig-Holsteinischen Heimatbund Männer und Frauen fanden, die aus der Sorge um den Bestand des deutschen Volkstums an der Grenze verstärkte Volkstumsarbeit forderten. So konnte es nicht ausbleiben, daß der Schleswig-Holsteinsche Heimatbund nach 1945 mehr und mehr als Grenzverband in Erscheinung trat.

Daneben entstanden dann die anderen Grenzverbände, so daß um die Jahreswende 1949/50 eine klare Aufgabentrennung erforderlich wurde.

Die Aufgaben des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes sind im § 2 seiner Satzung festgelegt. Sie bestehen in der Pflege des deutschen Volkstums und Geisteslebens schleswig-holsteinischer Prägung und dem Schutz der Heimat. Die Tätigkeit des Bundes richtet sich auf die geistige und sittliche Wohlfahrt aller Bewohner des Landes, auf die Förderung und Erziehung der Jugend, die Pflege des heimischen Sprachguts und Brauchtums und auf den Schutz der heimatlichen Natur und Landschaft. Darüber

hinaus aber obliegt dem Schleswig-Holsteinischen Heimatbund die Betreuung der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig.

Der Bund gliedert sich in Kreis- und Ortsvereine, eingegliederte und angeschlossene Verbände und umfaßt in Schleswig-Holstein rund 25 000 Mitglieder. Er ist dem Deutschen Heimatbund angeschlossen und arbeitet eng mit diesem zusammen. Vorsitzender des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes ist Präsident a. D. Dr. Heinrich Clasen, Schleswig. Die Geschäftsstelle befindet sich in Flensburg, Marienkirchhof 6.

Die Arbeit des Bundes wird im wesentlichen durch folgende Ausschüsse vorbereitet:

1. Der *Ausschuß für Volkstumsarbeit* erarbeitet Unterlagen und Handreichungen für die Durchführung von Heimatabenden. Eine von ihm herausgegebene Mappe zur Volkstumsarbeit, die in vielseitiger Form eine Zusammenstellung der erwähnten Anregungen gibt, umfaßt 80 Seiten und ist in einer Auflage von 700 Stück sehr schnell vergriffen gewesen. Diese Mappe wird laufend ergänzt.

Sein besonderes Augenmerk richtet dieser Ausschuß zur Zeit auf die Herstellung von Lichtbildreihen, von denen zur Jahreswende zunächst fünf zur Verfügung gestellt werden können und weitere unmittelbar folgen werden. – In einem Unterausschuß wurde das neuherausgegebene „Liederbuch für Schleswig-Holstein“ zusammengestellt, das in einem Jahr in zwei Auflagen von insgesamt 20 000 Exemplaren erschienen und ebenfalls vergriffen ist. Eine dritte Auflage ist in Vorbereitung.

2. Der *Ausschuß für Heimatschutz* verfolgt und bearbeitet alle Fragen des Heimatschutzes in Schleswig-Holstein und steht in ständiger Verbindung mit anderen Heimatbünden des Bundesgebietes. Von diesem Ausschuß ist unter der tatkräftigen Arbeit von Dr. Ewoldt, Kiel, ein Netz von Wanderwegen durch Schleswig-Holstein markiert und in Verbindung mit dem Landesvermessungsamt kartenmäßig festgelegt worden. Diese Arbeit ist noch nicht abgeschlossen.

3. Im *Ausschuß für Niederdeutsch* sind alle plattdeutschen Vereine und Gilden Schleswig-Holsteins zusammengeschlossen. Seine Arbeit erstreckt sich auf alle Fragen der niederdeutschen Sprache und Art.

4. Vom *volkspolitischen Ausschuß* sind insbesondere im Landesteil Schleswig rund 500 Vertrauensmänner in allen Dörfern und Gemeinden erfaßt, die in steter Verbindung mit dem Ausschuß die volkspolitischen Notwendigkeiten überwachen und zusammen mit den anderen Grenzverbänden soziale, wirtschaftliche und kulturelle Hilfen vorbereiten.

5. Dem *Patenchaftsausschuß* obliegt die Betreuung der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig. Hierzu gehören:

a) *Schulsammlungen für den Bau deutscher Schulen in Nordschleswig*. Diese, erstmalig 1952 durchgeführt, ergaben in vier Jahren ein Nettoergebnis von rund

560 000 DM, die dem Deutschen Schul- und Sprachverein in Apenrade zur Verfügung gestellt werden konnten.

- b) *Kinderverschickung*. Hierfür wurden alljährlich vom Schleswig-Holsteinischen Heimatbund Freiplätze erbeten, die in reichlicher Zahl zur Verfügung gestellt wurden. Seit 1950 konnten insgesamt 1653 Kinder aus Nordschleswig einen dreibis vierwöchigen Ferientaufenthalt in deutschen Heimen erleben.
- c) *Vermittlung von Patenschaften für deutsche Gemeinden und Schulbezirke in Nordschleswig*. Sämtliche deutsche Schulen sind mit Paten versehen, darüber hinaus erfreuen sich auch deutsche Gemeinden in Nordschleswig lebendiger Patenschaftsverbindungen. Von Kreisen, Städten, Ämtern, Schulen, Wirtschaftsbetrieben und Einzelpersonen sind alljährlich 35 000 bis 45 000 DM an Geldspenden nach Nordschleswig überwiesen worden. Der Wert der Sachleistungen, die in Form von Büchern, Lehr- und Lernmitteln sowie Mobilar für die Schulen gesandt wurden, erreicht etwa die Höhe der direkten Geldzuwendungen.

Besonders erfreulich ist die Arbeit des *Patenschaftsausschusses Flensburger Schulen*, dessen tatsächliche und ideelle Hilfe für Apenrade einmalig ist. Es ist das Verdienst dieses Patenschaftsausschusses, alle Schülermitverwaltungen der Höheren Schulen in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet angesprochen und zu einem großen Teil zur tätigen Mithilfe herangezogen zu haben. Für die Errichtung, Instandsetzung und Unterhaltung der deutschen Kindergärten, der Bootshäuser und des deutschen Versammlungshauses in Sonderburg sind beachtliche Zuwendungen durch Vermittlung eines Kieler Kaufmanns erfolgt.

Die Zeitschrift des Bundes ist die Monatszeitschrift „Schleswig-Holstein“.

Der Deutsche Grenzverein

Der Deutsche Grenzverein wurde am 22. Januar 1919 in Sonderburg als „Wohlfahrts- und Schulverein für Nordschleswig“ gegründet. Organisatorisch war er die Fortsetzung des im Februar 1905 im Pastorat in Tingleff ins Leben gerufenen „Nordschleswigschen Volkshochschulvereins“, der bei seiner Auflösung 1919 sein Vermögen – u. a. die Volkshochschule Tingleff (1905) und die Volkshochschule in Norburg (1910) – auf den Wohlfahrts- und Schulverein übertragen hatte.

Der Wohlfahrts- und Schulverein bezweckte nach seiner Satzung „die geistige, sittliche und berufliche Förderung der Bevölkerung Nordschleswigs unter besonderer Berücksichtigung deutscher Interessen, vornehmlich durch Unterhaltung geeigneter Bildungsstätten“. Dieser Gedanke hat sich bis heute erhalten. Räumlich wurde das Tätigkeitsfeld im Laufe der Zeit auf den ganzen Landesteil Schleswig ausgedehnt und so das Aufgabengebiet bedeutend erweitert.

Der erste Vereinsvorsitzende war Landrat Schönberg in Sonderburg, sein Nachfolger von 1919 an Landrat Wallroth in Flensburg.

Im August 1921 wurde nach vielen Vorbereitungen der Grundstein zum Grenzbüchereiwesen gelegt. Dessen Leiter wurde Dr. Schriewen.

1922 wurde nach Weisung des Vereins die Heimvolkshochschule in Leck gebaut. Nach der Ernennung von Landrat Wallroth zum Regierungspräsidenten in Schleswig im Jahre 1932 wurde Hauptschriftleiter Ernst Schröder, Flensburg, Vorsitzender, während Wallroth Ehrevorsitzender blieb.

Nach 1933 wurde die freie und selbstverantwortliche Grenzкультурarbeit des Vereins durch die NSDAP immer stärker eingeengt. Zuletzt verblieb ihm in eigener Zuständigkeit eigentlich nur noch das Grenzbüchereiwesen. Die Kapitulation 1945 beendete einen entscheidenden Entwicklungsabschnitt. Der gesamte Vorstand traf zurück. Der Form nach bestand der Wohlfahrts- und Schulverein jedoch weiter; auch finanziell war er nach 1945 noch lebensfähig. Durch eine weise Finanzpolitik hatte man Reserven von mehreren Hunderttausend Mark gesammelt, die dem Verein auch nach 1945 verblieben.

Da die Rechtsform nicht geändert worden war und auch nicht geändert werden konnte, stand juristisch der Wiederaufnahme der Vereinstätigkeit nichts im Wege. Nach monatelangen, teilweise sehr schwierigen Vorbereitungen wurde von einem Arbeitsausschuß die Satzung des Vereins unter dem Namen „Verein für Erwachsenenbildung und Büchereiwesen“ neu aufgestellt und über die Landesregierung die Genehmigung der Militärregierung beantragt. Es hieß darin:

„Der Verein will – vornehmlich durch Pflege der Erwachsenenbildung – die Bevölkerung geistig, sittlich und beruflich fördern und sie zu innerer Freiheit, zu selbständigem Urteil und verantwortungsbewußtem Handeln hinführen. Zu diesem Zweck unterhält oder unterstützt er Büchereien, Volkshochschulen, freie Bildungsarbeit und verwandte Bestrebungen.“

Auf der Sitzung am 15. November 1947 wurde in Anwesenheit zahlreicher Vertreter der Landesregierung und Behörden beschlossen, die Arbeit auf allen Gebieten wie Büchereiwesen, Volkshochschulen, Jugendpflege, allgemeine Kulturarbeit, Werkarbeit usw., wieder aufzunehmen.

Da sich der Name „Verein für Erwachsenenbildung und Büchereiwesen“ für die Öffentlichkeit als ziemlich unverständlich erwies und auch der tatsächliche Arbeitsbereich durch diesen Namen nicht umrissen wurde, beschloß die außerordentliche Mitgliederversammlung am 9. Mai 1949 durch Satzungsänderung die Umwandlung in „Deutscher Grenzverein für Kulturarbeit im Landesteil Schleswig e. V.“. Seine Arbeit umfaßt heute folgende Gebiete:

1. *Das öffentliche Büchereiwesen.* 1922 waren es 26 Büchereien in den Kreisen

Südländern und Flensburg-Land, 1932: 129, 1941: 248, 1946: 258, 1950: 299, 1955: 331 einschließlich Stadt Flensburg. Der Leiter des Büchereiwesens, Dr. Schriewer, gibt alljährlich einen Jahresbericht heraus, der auch Aufsätze kulturpolitischen Inhalts enthält.

2. *Die Grenzakademie Sankelmark.* Sie soll nach der eingemauerten Gründungsurkunde in freier geistiger, politischer und kultureller Auseinandersetzung dazu beitragen, die schleswigsche Grenzfrage einer friedlichen und gerechten Lösung zuzuführen und soll darüber hinaus Brücke sein zu einer echten Verständigung der Völker. Von 1952 bis 1954 stand sie unter der Leitung von Dr. Franz Schriewer und seit Oktober 1954 unter Dr. Heinz Dähnhardt. Jährlich finden 60 bis 70 Tagungen statt mit einer Teilnehmerzahl von 4 000 bis 5 000 Personen.

3. *Die Heimvolkshochschule Leck.* Im Jahre 1921 bekam der Verein vom preußischen Staat die Mittel zur Errichtung einer Heimvolkshochschule. Zur Wahl standen die Orte Leck, Glücksburg und Mohrkirch-Osterholz. Nach längeren Verhandlungen entschied sich der Vorstand für Leck. Die Eröffnung fand statt am 29. April 1923. Bis zum Jahre 1933 konnte sie ihre Tätigkeit ungestört durchführen. Dann wurde sie geschlossen und diente bis 1945 anderen Zwecken. 1948 erst wurde sie wiedereröffnet. 1954 konnte die Schule baulich modernisiert und erweitert werden, so daß sie heute 50 Schüler bzw. Schülerinnen aufnehmen kann. Leiter der Schule ist Jakob Johannsen.

4. *Das Wallroth-Haus auf dem Scheersberg.* Zum Mittelpunkt der Jugend- und Kulturarbeit im östlichen Teil des Grenzlandes ist seit langem das Wallroth-Haus auf dem Scheersberg geworden. Es ist heute ein besteingerichteter Tagungsort für Jugendgruppen und -vereinigungen aller Art. Im Frühjahr und im Herbst eines jeden Jahres finden zudem Jugendleiter- und Volkshochschultagungen statt, die jeweils unter einem bestimmten Leitthema stehen. Im Sommer sind das Wallroth-Haus und seine Sportanlagen Mittelpunkt des Nordmarktreffens, das in diesem Jahre zum einundzwanzigsten Mal gefeiert werden konnte. Seit einigen Jahren haben auch die Mittelschulen des Landesteils Schleswig den Scheersberg für ihr Jahrestreffen gewählt. In der Zwischenzeit bietet das Haus Raum für Tagungen und Veranstaltungen verschiedener Art, besonders für Lehrgänge der Turn- und Sportjugend, da die Turnhalle und die Sportanlagen es hierfür besonders geeignet erscheinen lassen. Nebenher dient das Haus im Sommer als Jugendherberge. Im September dieses Jahres war das Wallroth-Haus zum ersten Mal Durchführungsort für eine „Internationale Laienspielwoche“, die als „Scheersberger Laienspielwoche“ alljährlich wiederholt werden soll, da sie besonders große Anteilnahme erregte und das Laienspiel zunehmend an Bedeutung gewinnt.

5. *Das Deutsche Grenzheim „Sophiesminde“*. Im März 1950 erwarb der Deutsche Grenzverein an der Ausfallstraße nach Dänemark die Gastwirtschaft „Sophiesminde“. Das Haus erhielt nach den notwendigen Umbauarbeiten den Namen „Deutsches Grenzheim Sophiesminde“. Hier konzentriert der Deutsche Grenzverein seine Jugend-, Musik- und Kulturarbeit in der Stadt Flensburg. Die Musikschule Sophiesminde, die im September 1953 von Professor Dr. Theodor Warner gegründet wurde, umfaßt eine Klavier-, eine Violin-, eine gemischte Instrumentalgruppe, zwei Knabenchöre und einen Mädchenchor. In Zukunft werden auch der „Flensburger Jugendchor“ und eine Laienspielgruppe in Sophiesminde beheimatet sein. Zwei Veranstaltungsreihen: „Musische Abende“ und „Die Technik und wir“, haben hier mit Unterstützung der Dozenten der Pädagogischen Hochschule Flensburg-Mürwik und Pädagogen von Flensburger Schulen ein wahrhaft kulturelles Zentrum geschaffen. Besonderer Wert wird auf die anschließenden Aussprachen gelegt, so daß sich ein ständig wachsender Kreis von interessierten Menschen mit den Problemen unserer Kultur und Technik intensiv auseinandersetzt. Daneben werden in Sophiesminde seit drei Jahren Kulturfilme für Kinder, Jugendliche und Erwachsene gezeigt. Die fünfundsiebzigste Filmveranstaltung konnte vor kurzem „gefeiert“ werden. Diese Kulturfilmvorführungen werden durchschnittlich von 200 Erwachsenen, die Kindervorführungen von mindestens 400 bis 500 Kindern besucht.

6. In der Reihe der „festen Einrichtungen“ ist noch das *„Haus der Jugend“* in Friedrichstadt zu erwähnen. Es dient zur Unterbringung der Stadtbücherei, als Heim der Friedrichstädter Jugendgruppen, als Tagungsort für mannigfache kulturelle Veranstaltungen, als Jugendherberge (im vergangenen Jahr konnten 2952 Übernachtungen verzeichnet werden) und als Werkarbeitsstatt für Schüler und Erwachsene.

7. Die Reihe der institutionellen Einrichtungen kann mit der Erwähnung der *Versammlungshäuser* abgeschlossen werden, in denen mannigfaches Leben herrscht. Sie werden je nach Bedarf unterstützt bzw. unterhalten. Versammlungshäuser finden sich bisher in Jarplund, Steinbergholz und Ulsnis.

8. Dem Grenzverein ist weiter übertragen: die Durchführung der außerschulischen Werkarbeit für Schulen, Jugendliche und Erwachsene, die Unterhaltung der „Beratungsstelle für kulturelle Arbeit“ (Theater, Laienspiel, Vortragsabende u. ä), die Unterstützung zur Unterhaltung der 18 Wandersportlehrer in den Grenzkreisen, die Unterstützung und Förderung der allgemeinen Kulturarbeit der Kreiskulturringe, die Förderung der allgemeinen Jugendarbeit, vorerst noch durch den „Deutschen Jugendkreis“.

Vorsitzender des Vereins war bis zu seinem Tode Fr. Wilh. Lübke, zur Zeit ist es Landrat Dr. Schlegelberger, Flensburg.

Die Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig (ADS)

Im Rahmen der deutschen Grenzarbeit ist der *Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig* die Aufgabe gestellt, das Deutschtum an der Nordgrenze Schleswig-Holsteins auf sozialem, wirtschaftlichem und verkehrsmäßigem Gebiet zu pflegen und die Lage und die Aufgaben des Grenzgebietes, insbesondere auch im weiteren Bundesgebiet, zu wecken.

Ursprünglich war die Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig als Zusammenschluß der deutschen Parteien und kulturellen Organisationen des Landesteiles Schleswig gegründet und hatte sich zunächst als Wahlgemeinschaft konstituiert. Aber bereits kurz nach der Gemeindewahl 1948 wurde die Arbeit auf eine neue, parteipolitisch nicht gebundene Grundlage gestellt. Die Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig nahm sich des bisher in der Volkstumsarbeit brachliegenden sozialen und wirtschaftlichen Bereiches an. Ferner richtete sie zunächst ein Korrespondenzbüro ein.

Am 1. Februar 1949 erschien die erste Nummer der „*Korrespondenz Deutsches Schleswig*“ (*kds*), für die seit Mai 1949 Herr Dr. Steinhäuser als Schriftleiter verantwortlich zeichnet. Die „*kds*“ erscheint etwa wöchentlich und geht neben Tageszeitungen einer großen Anzahl interessierter Persönlichkeiten und Dienststellen zur schnellen Unterrichtung über das Geschehen in unserem Grenzland zu. Daneben wurden im Laufe der Jahre elf bebilderte Informationsblätter „Von der deutschen Nordgrenze“ und bemerkenswerte Artikel oder Reden in der Serie „Stimmen zur Schleswigfrage“ verbreitet. Weiterhin werden laufend im Korrespondenzbüro und dessen umfassendem Archiv Informationen und Ratschläge über alle einschlägigen Fragen des Grenzlandes an eine wachsende Zahl von Interessenten erteilt.

Aus der Erkenntnis heraus, daß einer Volkstumsarbeit nur dann nachhaltiger Erfolg beschieden sein kann, wenn sie dem Menschen in seiner täglichen Sorge zu helfen vermag, begann die Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig seit 1949 sich im sozialen Bereich der Volkstumsarbeit zu betätigen. Sie wurde Mitglied des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und konnte eine Reihe von sozialen Einrichtungen errichten.

Die Sozialabteilung der Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig betreut zur Zeit:

1. *Zehn Kindergärten*, und zwar in Harrisleefeld, Flensburg-Sophiesminde, Süderbrarup, Friedrichstadt, Bredstedt, Flensburg-Engelsby, Flensburg-Weiche, Schleswig, Flensburg-Marientreppe und Flensburg-Schulgasse. Demnächst wird der

elfte Kindergarten in List/Sylt dazukommen. Die Gesamtzahl der betreuten Kinder beträgt etwa achthundert.

2. *Die beiden Schullandheime Rantum/Sylt und das „Waldschulheim“ Glücksburg/Ostsee.* Letzteres wird in Zusammenarbeit mit der „Schutzgemeinschaft Deutscher Wald“ betrieben. Hier verleben in den Monaten April bis Oktober Schülerklassen mit ihren Lehrern einen 14tägigen Aufenthalt in landschaftlich schöngelegenen Heimen. Im Sommer 1955 zum Beispiel zählte das Schullandheim Rantum gut 3700 Gäste, Glücksburg knapp 900. Insgesamt konnten seit Beginn der Schullandheimarbeit der Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig im Jahre 1951 weit über 20 000 Schüler und Lehrer unsere Heime besuchen.

3. *Das Kinderheim Rantum/Sylt.* Es führt mit 60 Betten jährlich elf vierwöchige Kuren durch und trägt so zur Stärkung der Gesundheit erholungsbedürftiger Kinder aus unserem Landesteil bei.

4. *Drei Gemeindegewerkschaften*, und zwar in St. Peter, Harrisleefeld und Hürup-Rüllschau.

5. *Das Jugendheim Ramsharde.* Dieses in Flensburg gelegene Jugendheim wird als „Heim der offenen Tür“ betrieben. Es zählt durchschnittlich pro Tag 150 bis 180 Besucher, die hier zu sinnvoller Freizeitgestaltung angehalten werden.

6. Der Familie sucht die Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig zu dienen durch die *Mütherschule in Flensburg* und dem ihr angeschlossenen, mit den anderen Wohlfahrtsverbänden gemeinsam betriebenen „*Arbeitskreis für Familienhilfe*“, der in Not befindlichen Familien Hauspflegerinnen in Flensburg-Stadt vermittelt.

Neben diesen sozialen Einrichtungen wird von der Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig noch auf vielen anderen Gebieten durch Unterstützung von Institutionen oder Personen ähnliche soziale Arbeit geleistet.

In Wirtschafts- und Verkehrsangelegenheiten stellt die Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig ihre Mithilfe da zur Verfügung, wo sie gewünscht wird oder notwendig erscheint. Hier ist das spezielle Anliegen der Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig die Beachtung auch unserer nationalpolitischen Situation im Rahmen wirtschaftspolitischer Entscheidungen.

Die Geschäftsstelle befindet sich Flensburg, Marienkirchhof 6.

Der Grenzfriedensbund

Der eingetragene Name ist „Bund für deutsche Friedensarbeit im Grenzlande“. Er entstand im Winter 1949/50 auf Anregung von Kreisen, die den Gedanken der Kieler Erklärung in der Bevölkerung eine breitere Resonanz und stärkeren Rückhalt geben wollten.

Er will in europäischem Geiste deutsche Kulturarbeit im Grenzlande pflegen, ein friedliches Nebeneinander von deutschem und dänischem Volkstum fördern und zur Verständigung mit dem dänischen Nachbarn beitragen. Voraussetzung dafür ist ihm, daß die nationale Entscheidung auf volkstumsmäßiger Grundlage geschieht. Darum erstrebt er ein Gleichgewicht der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse zu beiden Seiten der Grenze.

Vom Grenzausschuß ist ihm *die soziale Einzelbetreuung* in der Grenzlandarbeit übertragen worden. Er unterstützt überall da, wo die öffentliche Fürsorge und andere Verbände vorhandene Not nicht beheben können. Er springt ein, wo aus wirtschaftlichen Gründen dem einzelnen die Teilnahme an deutschen Kultur- und Bildungs- veranstaltungen nicht möglich ist. (Schulfahrten, Schullandheime, Sportvereine, Müttererholung, Kinderverschickung u. ä.)

Er veranstaltet *Tagungen zur Klärung grenzpolitischer Fragen*, zu denen auch Teilnehmer aus Dänemark und aus der dänischen Minderheit in Südschleswig geladen werden.

Der Bund gibt die *Grenzfriedenshefte* heraus, die in einer Auflage von 2000 Stück in der Regel vierteljährlich erscheinen, zu grenzpolitischen Fragen aktueller und grundsätzlicher Art Stellung nehmen und Beiträge bringen sowohl von deutschen wie von dänischen Mitarbeitern. Vorsitzender ist seit 1952 Landesdirektor i. R. Nydahl, Kiel.

Der Bund hat seinen Sitz in Husum, wo sich auch die Geschäftsstelle befindet. Ihm gehören heute etwa 1000 Einzelmitglieder und mehr als 50 Organisationen und Körperschaften an, die in der Hauptsache nur in den Städten zu Gruppen zusammengeschlossen sind, insgesamt aber etwa 120 000 Männer und Frauen der schleswig-holsteinischen Bevölkerung vertreten.

Der Deutsche Grenzausschuß

Der Deutsche Grenzausschuß entstand im Frühjahr 1950 auf Veranlassung der damaligen Landesregierung. Nach seiner Satzung stellt er sich zur Aufgabe, „die kulturelle, soziale und wirtschaftliche deutsche Grenzarbeit in Schleswig zu fördern“. Darüber hinaus jedoch ist er eine Zusammenfassung der in ihm vertretenen deutschen Volkstumsorganisationen zum Zwecke einer engeren Zusammenarbeit auf kulturellem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet und zur Abstimmung der aus der jeweiligen Situation herauswachsenden Aufgaben. Zudem ist er die Zentralstelle für

den Verkehr mit der Bundesregierung. Im übrigen sind die einzelnen Verbände sowohl in ihrer Arbeit wie in ihrer Haushaltsgestaltung durchaus selbständig. Der Deutsche Grenzausschuß hat demgemäß im wesentlichen eine koordinierende Bedeutung, tritt aber auch da in eigener Zuständigkeit auf, wo es sich um Angelegenheiten handelt, die über den Wirkungsbereich der einzelnen Grenzverbände hinausgehen.

Dem Grenzausschuß gehören an: der Schleswig-Holsteinische Heimatbund, die Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig, der Grenzverein für deutsche Kultur mit je zwei Vertretern und der Grenzfriedensbund mit einem. Der Vorsitz wechselt zwischen den Vorsitzenden der einzelnen Verbände.

Die Geschäftsführung liegt beim Grenzverein.

Der Grenzpolitische Rat

Der am 24. April 1952 gebildete Grenzpolitische Rat für den Landesteil Schleswig ist nach seinem Statut „ein von Landes- und Bundesregierung, Parteien und Verbänden unabhängiger Zusammenschluß deutscher Persönlichkeiten Schleswig-Holsteins zur Wahrung grenzpolitischer Interessen des Landesteiles Schleswig“.

Sein entscheidendes Organ ist die Vollversammlung. Sie besteht zur Zeit aus 156 Mitgliedern, die mit dem deutschen Grenzland besonders verbunden sind. Der Vorstand besteht aus 16 Mitgliedern. Er setzt sich zusammen aus den jeweiligen Vorsitzenden der vier Grenzverbände und aus weiteren 12 von der Vollversammlung gewählten Mitgliedern. Vorsitzender des Grenzpolitischen Rates ist zur Zeit Landgerichtspräsident Dr. Nielsen, Flensburg.

Der Grenzpolitische Rat nimmt zu allen grenzpolitischen Fragen von grundsätzlicher Bedeutung klärend und meinungbildend Stellung. Er will die Grenzverbände in ihrer Wirksamkeit mit Rat und Tat unterstützen. Seinen Leitsätzen entnehmen wir:

1. In der Absicht, ein friedliches Zusammenleben von Deutschen und Dänen im ganzen Schleswiger Gebiet nördlich und südlich der Grenze zu ermöglichen und zu fördern, bekennen wir uns zur Freiheit des volklichen Eigenlebens der beiderseitigen Minderheiten. Das nationale Bekenntnis des einzelnen ist eine Frage seines Gewissens. Wir lehnen staatliche Zwangsmaßnahmen gegen die Minderheit ab.
2. Wir lehnen jede Grenzverschiebung ab, weil dadurch die nationalen Schwierigkeiten in unserem Gebiet nicht beseitigt, sondern nur neue heraufgeführt werden.
5. Wir fordern unbedingte Staatsbürgertreue der Minderheiten und ihrer Glieder gegenüber dem Staate.
8. Wir betonen die Verpflichtung, die deutsche Minderheit in Nordschleswig, die ihre Staatsbürgerpflichten gegen Dänemark loyal anerkannt hat, bei ihren auf Erhaltung

und Pflege ihres Volkstums gerichteten Bestrebungen zu unterstützen.

9. Wir betrachten Schleswig-Holstein als eine Einheit. Daher lehnen wir jede verwaltungsmäßige Trennung Schleswigs von Holstein ab.

Nach diesen Leitsätzen hat der Grenzpolitische Rat sich bemüht, seine Gesichtspunkte und Beratungsergebnisse, besonders auch bei zuständigen Stellen, zur Geltung zu bringen. Die Zurückhaltung des Grenzpolitischen Rates bei Mitteilungen an die Öffentlichkeit ergibt sich aus der Natur seiner Aufgabe.

Literarische Notwendigkeiten

I

„Bücher bewegen die Welt“, so heißt der Titel eines neuen Buches, das seit einiger Zeit in den Fenstern mancher Buchhändler zu sehen war. Es ist ein guter Titel, den der Autor wählte, denn abgesehen davon, daß er zur Lektüre reizt, lenkt er die Gedanken des Lesers auf jenen in der Buchform gebändigten Strom, der im Leben des einzelnen wie der Gesellschaft bald eine befruchtende, fördernde, beglückende, bisweilen auch eine verheerende und vernichtende Wirkung auslöste, wenn er über die Ufer trat. Daß das Gesicht einer geschichtlichen Epoche durch die Literatur vorbereitet wird, daß diese Epoche ihre Analyse durch das Buch erfährt, ist eine Erfahrungstatsache, und es wäre verlockend, unter diesem Gesichtspunkt die Literatur der deutsch-dänenischen Beziehungen einmal in Gruppen aufzuteilen. Welch ein Weg sich wandelnder Erkenntnisse und Anschauungen wird z.B. in den Titeln „Über das Verfassungswerk in Schleswig-Holstein“ (Uwe Jens Lornsen, 1830), „Dänische Umtriebe im deutschen Lande“ (Karl Strackerjan, 1895), „Schleswig-holsteinische Heimatgeschichte“ (Hinrich Ewald Hoff, 1925), „Erinnerungen aus verlorenem Land“ (Gottfried Horstmann, 1925), „Schleswig – ein Grenzland“ (Ernst Schröder, 1938), „Kurier der Heimat“ (Ernst Siegfried Hansen, 1955) für den Kenner der verschlungenen Pfade der Heimatgeschichte gezeichnet: von den Gedankengängen der liberal-nationalen Generation um 1830 über die kaiserlich-bürgerliche Geschichtsauffassung der Jahrhundertwende zu den Büchern der Besinnung von Horstmann und Schröder und zu dem Ausblick auf neue politische Konzeptionen bei Ernst Siegfried Hansen. Es ist schon so, daß die Geschichte von Zeit zu Zeit umgeschrieben werden muß. In den folgenden Ausführungen wollen wir uns freilich nicht mit der Heimatliteratur befassen (eine Übersicht über den deutschen wie den dänischen Teil, soweit diese Literatur auch der heutigen Generation etwas zu sagen hat, bietet der aus Anlaß der Flensburger Buchausstellung „Schleswig – Heimat und Grenzland“ 1952 erschienene Katalog), sondern unseren Blick auf die allgemeine Literatur der beiden Länder richten, um einmal zu sehen, ob überhaupt in letzter Zeit von einander Notiz genommen wurde. Überdies dürfte es nicht schaden, durch das umgedrehte Fernglas dieser Literatur, die ja im Binnenland entstand, die eigenen Dinge einmal zu betrachten. Man wird dann in derselben Schärfe, aber in anderen Proportionen ein Bild erhalten, welches zur Korrektur von Meinungsbildungen nützlich sein dürfte.

II

Wie ist die Lage? Nahm man literarisch seit 1945, ganz allgemein gesprochen, in

Deutschland von Dänemark Notiz? Und wie ist es umgekehrt – entstand in Dänemark im gleichen Zeitraum eine Literatur über Deutschland? Wir klammern in beiden Fällen die Spezialliteratur aus. Wenn über die künstliche Besamung der Rinder in Dänemark ein Buch in Deutschland erschien oder wenn ein dänischer Autor über die Grundzüge der semantischen Entwicklungsgeschichte der hochdeutschen Modalverba handelte, dann sind dies Beispiele wissenschaftlicher oder technischer Literatur, die ihre Wurzel in der Verzahnung modernen wissenschaftlichen oder zivilisatorischen Lebens haben und in unserem Zusammenhange nicht interessieren. Uns interessiert vielmehr, ob in dem einen Volk ein Bedürfnis besteht, sich über das allgemeine geschichtliche, politische und kulturelle Leben des anderen zu orientieren und umgekehrt oder ob man beispielsweise an der Deutung des Daseins in der Dichtung gegenseitig interessiert ist. Um es gleich zu sagen, das Bild ist nicht uninteressant, aber höchst uneinheitlich auf beiden Seten.

Zunächst das Medium – die Sprache. Nur zwei recht einfachen dänisch-deutschen Wörterbüchern auf deutscher Seite stehen nicht weniger als 31 Grammatiken, Wörterbücher, Lehrbücher aller Art in Dänemark gegenüber, die zu dem Zwecke geschrieben wurden, daß der Däne aus ihnen die deutsche Sprache lernen könne. Da es sich hier mit wenigen Ausnahmen aber nicht um wirklich originale Literatur handelt, verzichten wir auf die Nennung der Titel, während wir am Schluß unserer Ausführungen die Titel derjenigen Bücher und Schriften nennen, die dem Reisenden nützlich sein wollen. Das Zahlenverhältnis ist auch hier bemerkenswert: vier deutschen Reiseführern oder -büchern stehen vierzehn Bücher gegenüber, die von dänischen Reisen in Deutschland berichten. Ein Blick auf die Aufzählung zeigt manches Zeitbedingte.

III

Wenden wir uns nun der für unsere Betrachtung wesentlichen Literatur zu. Das obige, für das deutsche Interesse ungünstige Zahlenbild verschiebt sich in bezug auf die schriftstellerische und dichterische Produktion Dänemarks. Hier setzt Deutschland die große Tradition der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts fort. Zu den wesentlichsten schöpferischen Autoren der Gegenwart gehören in Dänemark Jacob Paludan, Nis Petersen, Kaj Munk, M. A. Hansen, H. C. Branner, Karen Blixen und Aage Dons. Mit Ausnahme von Munk sind sie alle mit Teilen ihrer poetischen Arbeiten in das Deutsche (z. T. schon vor 1945) übersetzt. Wir verzeichnen, ohne auf die Werke selbst einzugehen, hier nur die entscheidende Tatsache, daß die auch nach dänischer Meinung ersten literarischen Namen der Gegenwart bereits heute ins Deutsche übersetzt worden sind. Umgekehrt sieht es nicht ganz so günstig aus. Natürlich ist Thomas Mann breit übersetzt; greifen wir aber einige deutsche Autoren heraus, die nach unserer Meinung nicht nur in der literarischen Prosceniumsloge der Gegenwart,

sondern sogar in der ersten Reihe dieser Loge sitzen, nämlich Werner Bergengruen, Heinrich Böll, Carl Zuckmayer, Ernst Jünger, Rudolf Borchers, Ina Seidel, dann stellen wir fest, daß von ihnen zwar überraschenderweise Heinrich Böll in das Dänische übersetzt wurde, desgleichen auch Bergengruen, Ina Seidel und Jünger, nicht aber Zuckmayer und Borchers.

In der poetischen Sparte der literarischen Beziehungen können wir also nahezu von einer Gegenseitigkeit, was die „ersten Namen“ angeht, sprechen, während es bei der geisteswissenschaftlichen Literatur dagegen sich so stellt, daß Bücher über deutsches Geistesleben zahlreicher in Dänemark nach 1945 erschienen, als deutsche Bücher über dänische Geschichte und Kultur zu verzeichnen sind.

IV

Eine handliche moderne deutschgeschriebene Geschichte Dänemarks, nach der das deutsche Publikum oft fragt, fehlt leider ganz. Wir können uns im Augenblick nur stichwortartig bei dem auf Deutsch hierausgebrachten Büchlein „Dänemark – ein soziales Versuchsfeld“ des Dänen Peter Manniche unterrichten. Über die Volkshochschule unterrichtet ebenfalls in deutscher Sprache Skubbeltrang. Bei ihm, wie Manniche, wie Orla Jensen (Dänisches Fürsorgewesen) handelt es sich um Bücher, die auf Veranlassung der Dänischen Gesellschaft (Det danske Selskab) auch in deutscher Sprache erschienen. Über Grundtvig liegt nichts vor als das von einem Dänen in deutscher Sprache erschienene Buch – Poul Engberg: N. F. S. Grundtvig – ein nordischer Volkserzieher –, während dagegen Arbeiten über Kierkegaard sehr zahlreich sind. Dabei handelt es sich allerdings überwiegend um Zeitschriftenliteratur, auf deren Nennung wir hier verzichten, wie wir uns auch darauf beschränken, nur an dieser Stelle zu verzeichnen, daß eine deutsche Neuausgabe der Werke Kierkegaards gegenwärtig im Erscheinen begriffen ist. Einzelne Werke Kierkegaards sind ebenfalls nach 1945 zahlreich neu herausgekommen. Wir gestatten uns diese summarische Erwähnung, weil das Phänomen Kierkegaard als eines Begründers der Existenzphilosophie weit über den Rahmen unserer Betrachtung hinausgeht. Bei Kierkegaard handelt es sich weniger um einen Geist, der in den deutsch-dänischen Beziehungen interessant ist, als vielmehr um eine Figur des geistigen Abendlandes schlechthin. Jedoch stehen zwei Werke von wissenschaftlichem Rang zur Debatte, in denen u. a. auch die Werke schöpferischer dänischer Geister interpretiert und andererseits die großen dänischen Geschichtsperioden in Verbindung mit den Akzenten der deutschen Geschichte betrachtet werden. Es sind dies die Bücher von Rehm „Experimentum medietatis“ und Gerhardt-Hubatsch „Deutschland und Skandinavien im Wandel der Jahrhunderte“. Die Liste ist also nicht sehr umfangreich, und es bleibt vorerst nichts anderes übrig, als zu den vorzüglich unterrichtenden Nachschlagewerken des dänischen Außenministeriums zu greifen, wenn man sich

schnell orientieren will. Diese Werke erscheinen (in größeren Abständen auf Deutsch und sind in der Regel auch in deutschen Bibliotheken entleihbar.

Die Zahl der in Dänemark erschienenen Bücher, die sich mit deutschen Gestalten des Geisteslebens und mit deutschen Verhältnissen befassen, ist größer. In dieser Gesamtgruppe ist das Verhältnis 30 zu 7, wobei zu beachten ist, daß sich darunter 4 dänische Autoren befinden. Aber nicht nur das Zahlenbild zeigt eine auffallende Divergenz, sondern die behandelten Themen lassen manche Wünsche eines interessierten Publikums unberücksichtigt. Eine grobe Aufteilung der einschlägigen dänischen Literatur nach 1945 ergibt das folgende Bild: 5 Werke behandeln Fragen der Kirchengeschichte und Gegenwartsfragen der Kirche (Jørgensen, Prenter, Reiter, Torm), 19 Abhandlungen entfallen auf das Gebiet der Kunst, Literatur und Musik (Bach, Eifelt, Flor, Gad, Grønbech, Hammerich, Hansen, R. L., Hansen, R. St., Hertig, Holm, Isenstein, Jørgensen, Liederbuch ..., Lunding, Nydahl, Plesner, Roos), während 6 Bücher zum politischen Geschehen der Gegenwart geschrieben sind (Forchhammer, Heinig, Møller, Moltke, Nielsen, Rust). Die Literatur über die deutsche Besetzung ist sehr umfangreich und überschreitet als Spezialgruppe über eine für das Verhältnis der beiden Nationen schwere und deprimierende Epoche unsere heutige Betrachtung. Aber auch in den genannten Sparten erhebt unsere Aufzählung keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Jedoch will es scheinen, als ob das in Umrissen skizzierte Bild der Literatur in zweierlei Richtung interessant ist. Zunächst ist es, wenn man die schweren Belastungen der Vergangenheit bedenkt, sehr beglückend festzustellen, daß man also sofort nach der Krisis und der Katastrophe wieder begann, voneinander Notiz zu nehmen. Wenn man jedoch zweitens die Uneinheitlichkeit des Gesamtbildes bedenkt, tauchen Wünsche des Lesers schlechthin auf – und zwar des Lesers in beiden Ländern. Es fehlt an gediegenen zusammenfassenden Darstellungen über die Geschichte und Kultur beider Länder – geschrieben aus dem Geiste unserer Zeit. Es fehlt auch an zusammenfassenden Darstellungen einzelner besonders wichtiger Perioden. Ältere Bücher dieser Art sind nur noch schwer greifbar und können in manchem auch nur noch als Material dienen, welches zudem zum Teil nicht mehr vollständig ist.

V

Wir sprechen von literarischen Notwendigkeiten. Gemeint ist, daß die am geistigen Leben der beiden Völker interessierten Kreise überhaupt erst in den Stand gesetzt werden müssen, um sich jene Kenntnisse anzueignen, an denen ihnen gelegen ist. Es gilt, gewisse Voraussetzungen zu schaffen, Voraussetzungen, die ein schönes Arbeitsgebiet gleichgesinnter und zukunftsfreudiger Einzelpersonen oder Organisationen oder gar der Gemeinden in beiden Ländern und schließlich der beiden Länder selbst sind. So bedenklich es ist, daß in der literarischen Produktion die gute

alte Methode des Subskribierens, bei der ein Buch vor seiner Entstehung von den Lesern getragen wurde, vom System der Subvention weitestgehend abgelöst wurde, so wenig kann man in der heutigen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung auf subventionierte Bücher verzichten, wenn nicht der Geist schlechthin im Merkantillen ersticken soll. Wie die Betrachtungen am Abschluß eines Jahrzehntes zeigen, haben die Politiker das Feld abgesteckt, in dem das Leben des Grenzlandes sich entfalten kann. Wenn es ein fruchtbares Leben im Geiste der Erklärungen sein soll, dann muß es auch getragen sein von der Erkenntnis des Reichtums, den die hohe Kultur zweier Völker bietet, wenn anders es nicht in der Phrase steckenbleiben soll. Arbeit am Ganzen ist zunächst Arbeit am Einzelnen. Die praktische Forderung wäre die, daß Organisationen und Städte die in ihrem Raum liegenden Aufgaben erkennen und jene künstlerischen und geistigen Arbeiten nicht nur fördern, sondern auch inspirierend anregen, die ihnen im besonderen zugehören. Im ganzen würden so die Lücken der Literatur sich schließen. Am Beispiel der Flensburger Tage mag verdeutlicht werden, daß eine Planung des Programms auf lange Sicht zugleich im Laufe der Jahre in den gedruckten Vorträgen einen sehr wesentlichen literarischen Ertrag bringen würde, zur Freude und zum Nutzen der politisch konstruktiv denkenden Bewohner des Grenzlandes, zum höheren Ruhm der Gemeinde. Oder ein anderes Beispiel – eine Anthologie moderner deutscher und dänischer Prosa würde zunächst Gymnasiasten und Studenten die Möglichkeit geben, zu erkennen, daß die Welt nicht mit J. P. Jacobsen und Fontane aufgehört hat. Napoleon ist tot, aber Beethoven lebt, sagte ein kluger Musiker unserer Tage. In der Schilderung der Schönheit und der Tiefe des Lebens eines Volkes werden seine wirklichen Dichter vom niemandem übertroffen, auch nicht in der Wirkung auf ein anderes Volk. Daß die Programme der grenzpolitischen Organisationen auf beiden Seiten von der an die Gefahr des Stereotypen grenzenden Praxis der runden Tische (nichts gegen ihr Verdienst!) abkommen mögen, ist der Weihnachtswunsch derer im Lande, denen es mehr um Unterrichtung als um Paratrab in historischen und anderen Gangarten zu tun ist. Vereinbarungen zwischen zwei Ländern über den Austausch wirtschaftlicher Güter sind Notwendigkeiten des modernen Lebens. Der Optimist erhofft vom nächsten Jahrzehnt, daß der Gedanke an Vereinbarungen über den Austausch kultureller Güter nicht als Schmuckstück für Feierstunden paratgehalten, sondern realisiert wird.

LITERATURÜBERSICHT

Reiseführer und Reisen

In Deutschland erschienen:

Dänemark (Nagels Reiseführer). 1954.

Fodor, Eugen: Skandinavien. 1952.

Johannsen, Hans Peter: Von der Elbe bis Skagen. 1954.

Kopenhagen und Nordseeland (Grieben-Reiseführer). 1952.

In Dänemark erschienen:

Andersen, Lis: Ungdom over Graenserne. 1951.

Bahnsen, Svend: International Turistfører. Vesttyskland. 1952.

Bast, Jörgen: Rejse i Tyskland. 1954.

Egebjerg, Gudrun: Den gode Vej gennem Tyskland. 1948.

Gottschalk, Gerda und Helmuth: Vesttyskland. 1953.

Halvorsen, Erik und Kai Michelsen: 5000 Kilometer i Jeep. 1947.

Jexlev, Helle und Ove Marcuss: Gennem Lüneburg Hede og Harzen. 1954.

Ludvigsen, Sven und Willy Reunert: Berlin. 1952.

Marcuss, Ove: Hamburg ved Dag og Nat. 1954.

Nielsen, Per May: Paa Rundtur i Brigadeomraadet. 1953.

Pedersen, Jörgen: Paa Rundtur i Holsten og det sydligste Slesvig. 1950.

Rejseforer og Autoatlas for Tyskland. 1954.

Rhinen fra Nijmegen til Mainz. 1945.

Withen, Ib und O. H. Everlöf: Turen gaar til Tyskland. 1954.

Schöne Literatur

Vom Dänischen ins Deutsche übersetzt:

Blixen, Karen: Die Sintflut von Norderney und andere seltsame Geschichten; Afrika, dunkel lockende Welt; Die Straßen um Pisa; Die Träumer und andere seltsame Geschichten.

Branner, Hans Christian: Die Geschichte von Borge; Der Reiter; Zwei Minuten Schweigen; Die blauen Wellensittiche.

Dons, Aage: Umweg nach Paris.

Hansen, Martin A.: Der Lügner; Die Osterglocke.

Paludan, Jacob: Vögel ums Feuer; Gewitter von Süd.

Petersen, Nis: Verschüttete Milch; Die Sandalenmachergasse.

Vom Deutschen ins Dänische übersetzt:

Bergengruen, Werner: Den spanske Rose; De tre Falke; Noveller.

Böll, Heinrich: Hvor var du, Adam?

Jünger, Ernst: Kapridöse Indfald.

Mann, Thomas: Huset Buddenbrook; Fiorenza; Tonio Kröger; Hans kongelige Højhed; Döden i Venedig; Troldefjeldet; Josef og hans Brødre; Om Demokratiets Fremtidssejr; Tyskland og Tyskerne; Mario og Trolldmanden; Uorden og tidlig Sorg; Goethe, Wetzlar, Werther; Felix Krull; Den Bedragne.

Seidel, Ina: Lennacker.

Literatur über Dänemark – in Deutschland erschienen oder greifbar (Det danske Selskab):

Engberg, Poul: N. F. S. Grundtvig – ein nordischer Volkserzieher. 1950. (Dänischer Autor).

Gerhardt, Martin und Walther Hubatsch: Deutschland und Skandinavien im Wandel der Jahrhunderte.

Jensen, Orla: Dänisches Fürsorgewesen. 1950. (Dänischer Autor).

Manniche, Peter: Dänemark – ein soziales Versuchsfeld. 1953. (Dänischer Autor).

Rehm, Walther: Experium medietatis. 1947; Kierkegaard und der Verführer. 1949.

Skrubbeltrang, Fridlev: Die Volkshochschule. 1951. (Dänischer Autor).

Literatur über Deutschland – in Dänemark erschienen:

Bach, H.: Middelalderens tyske Litteratur. 1948.

Elfelt, Kjeld: Manden, der stjal et Raadhus, eller Kaptajnen fra Köpenick. 1948.

Flor, Kai: J. S. Bach. 1951.

Forchhammer, Olaf: Tyskland efter Kapitulationen. 1954.

Gad, Carl: Moderne tyske Noveller og andre fortaellende Prosa. 1952.

Grønbech, Vilh.: Den unge Friedr. Schlegel. 1949.

Hammerich, L. L.: Heinrich Heine: Deutschland. 1946.

Hansen, R. Stig und E. Hjejle: Einführung in die deutsche Literatur. 1946.

Heinig, Kurt: Det tyske Problem i dag. 1946.

Hertig, H. und E. Kryger Kristensen: Deutsche Poesie. 1954.

Holm, Eyvind: Abriß der deutschen Literaturgeschichte. 1947.

Isenstein, H.: Käthe Kollwitz. 1949.

Jørgensen, Alfred Th.: Martin Luther. 1946.

Jørgensen, Peter: Zum Schleswiger Niederdeutsch. 1954.

Liederbuch für die deutschen Flüchtlinge in Dänemark. Hrsg. von der dänischen Flüchtlingsverwaltung.

Lunding, Erik: Adalbert Stifter und Kierkegaard. 1946; Strömungen und Strebungen der modernen Literaturwissenschaft. 1952; Wege zur Kunstinterpretation. 1953.

Möller, J. Christmas: Det tyske Problem. 1945.

Moltke, Kai: Vesttysklands Nazigeneraler og Danmark. 1951.

Nielsen, Martin: Rapport fra Stutthof. 1952.

Nydahl, P.: Lebendige deutsche Dichtung; Menschen und Schicksale. (Eine Sammlung deutscher Prosa aus den letzten 100 Jahren.) 1954.

Reiter, Paul J.: Martin Luther. 1946.

Roos, Carl: Wilhelm Busch. 1949; Goethe. 1949.

Rust, W.: Tyskland og Ruhr. Tillaeg: Orlov: Modstanderne af Tysklands økonomiske Afvaebning. 1946.

Plesner, K. F.: Goethe. 1949.

Prenter, Regin: Spiritus creator (Martin Luther). 1946.

Torm, Frederik: Kirkens Kamp i Tyskland under Krigen. 1945; Den tyske Kirkes Genrejsning. 1948.

GRENZLANDLITERATUR

Es soll hier nicht der Versuch gemacht werden, eine Zusammenstellung und Beurteilung der unübersehbaren Literatur zu geben, die für die Orientierung über unser Grenzland Schleswig zur Verfügung steht. Die Buchausstellung, die vor einigen Jahren unser Vorstandsmitglied H. P. Johannsen zusammen mit dem Leiter der dänischen Bücherei in Flensburg veranstaltete, hat einen Eindruck hinterlassen von dem eingehenden Interesse, das dieser Raum zwischen Eider und Königsau im Laufe der Zeiten gefunden hat. Etwa 800 Bücher wurden damals mit kurzen Charakteristiken zur Schau gestellt. Tausende konnten aus Gründen des Raums und der Übersicht nicht berücksichtigt werden.

Es ist aber eigentümlich, daß trotz dieser Fülle der Ruf nach einem deutschen, für Volk und Schule geeigneten Buch nicht verstummen will, das in volkstümlicher Sprache, wissenschaftlich einwandfrei, auf etwa 300 Seiten das bietet, was jedermann bei uns über die Geschichte seiner Heimat wissen sollte und vielleicht wissen möchte. Daß es noch nicht erschienen ist, mag die Schwierigkeit der Aufgabe andeuten

Von dänischer und deutscher Seite ist als Beispiel oft auf die vierzig Erzählungen zur dänischen Geschichte von A. D. Jörgensen hingewiesen worden. Sie erschienen Anfang der achtziger Jahre in erster und 1915 in sechster Auflage. Wieweit sie heute in Dänemark gekauft und gelesen werden, entzieht sich meiner Kenntnis. Die Zeiten sind inzwischen anders geworden. Das Interesse für das Gewesene und das Werden des Vorhandenen ist bei jung und alt geringer, und der Ruf nach einem neuen Geschichtsbuch ist mehr ein Zeichen dafür, daß man die vorhandenen nicht kennt, als Ausdruck eines wirklich vorhandenen Mangels. Das Interesse für schlew.-holst. Geschichte war seit etwa 1840 nie ganz erloschen: Kurz nach der Jahrhundertwende flammte es unter der Auswirkung der allgemeinen Heimatbewegung sichtbar wieder auf. Es erschienen damals das fleißige Werk von H. E. Hoff, das kürzere und straffere von R. Hansen, der erste Band der schleswig-holsteinischen Kirchengeschichte von Schubert und noch andere mehr. Seit 1918 brach der Strom unserer Heimatschriften nicht ab. Von den Streitschriften der Abstimmungszeit bis zu den jüngst erschienenen Schulbüchern verging kein Jahr, das uns nicht über das eine oder das andere Gebiet unserer Heimatgeschichte neuen Aufschluß brachte und Beiträge lieferte zur Beantwortung der Fragen, die in der Gegenwart auftauchten. Daneben erschienen abseits der breiten Öffentlichkeit wissenschaftliche Arbeiten in

Jahrbüchern, Kalendern, ja Tageszeitungen, die ohne Rücksicht auf die Politik des Tages unser Wissen um unser Heimatland und seine Geschichte bemerkenswert bereicherten.

Trotzdem wird man den Eindruck nicht los, daß nicht nur das Interesse für das Gewordene im Laufe unserer Generation geringer geworden ist, sondern daß der Mensch auch keine Muße mehr hat oder zu haben glaubt, eine zusammenhängende Geschichte zu lesen. Es ist darum fraglich, ob ein neues Geschichtsbuch, selbst wenn es nicht mehr oder weniger umfassen würde als 300 Seiten, weiter kommt als zu den Regalen der Verleger, Bibliotheken und Schulen. Es bleibt ein verhältnismäßig kleiner Kreis übrig, der sich gelegentlich über gewisse Dinge von denen orientieren lassen will, denen er Einsicht, Übersicht und Kenntnis der Geschichte des Landes zutraut. Für diese Fragenden und für die wenigen, die in jedem Dorf eigentlich orientiert sein, müßten, benötigen wir nicht so sehr eine neue zusammenhängende Darstellung unserer Heimatgeschichte, als ein Nachschlagewerk, an Hand dessen man sich bequem und zuverlässig über Dinge, die zur Frage stehen, orientieren kann.

Wie fast überall auf dem Gebiet, das hier zur Besprechung steht, sind die Dänen uns wieder voraus. Kein Wunder, da seit 150 Jahren das Grenzland Schleswig den einzigen Inhalt ihres nationalen Denkens und Hoffens darstellt und einen wesentlichen Teil ihres wissenschaftlichen Forschens ausmacht, während wir durch die Einbeziehung in die mannigfachen Sorgen des ganzen deutschen Volkes unser Interesse auf die verschiedensten Räume Europas und der überseeischen Welt haben richten müssen.

Heute ist es so, daß der, der sich schnell über die eine oder andere Sache aus der Vergangenheit unseres Landesteils orientieren will, zu der fünfbandigen Sönderjyllands-Historie greift, die La Cour und andere nach der Abtrennung Nordschleswigs herausgegeben haben. Ich finde auf deutscher Seite nichts, was sie ersetzen kann, trotzdem sie nicht als Nachschlagewerk eingerichtet und nur durch den Registerband dafür einigermaßen brauchbar geworden ist.

Es wäre eine verdienstvolle Sache, wenn sich Kenner zusammensetzen und ein erschöpfendes Wörterbuch der schleswigschen Grenzlandkunde zusammenstellen und herausgeben würden, zu einem Preis, der allen Schulen, Ortsbüchereien und Interessierten die Anschaffung ermöglichte. Wie jedes Lexikon würde es laufend der Ergänzung bedürfen, um in der Entwicklung der Dinge nicht zurückzubleiben.

Die Sönderjyllands-Historie hat vor kurzem ihre Ergänzung gefunden, in zwei Handbüchern, die die Zeit von 1945 bis 1955 behandeln. Das eine nennt sich „Sydslesvig i Dag“ („Südschleswig heute“, das andere „Südschleswigsches Handbuch“. Wenn sie auch in der Anlage nicht dem entsprechen, was wir von einem Wörterbuch erwarten, so sind sie wohl wert, daß wir in der Umschau uns

mit ihnen befassen.

S Y D S L E S V I G I D A G

Als Hauptredakteur zeichnet Lektor G. K. Brönsted. Ihm stehen zur Seite Bibliothekar P. Kürstein, Adjunkt Th. Madsen, Redakteur Tage Mortensen, Oberstleutnant Toussieng, die beide eine bedeutende Position in Sydslesvig Udvalg bekleiden, und Jugendsekretär Wingender.

Von den in Aussicht genommenen fünf Bänden sind bisher zwei erschienen. Sie umfassen zusammen 288 Seiten.

Nach dem Vorwort soll das Werk nicht nur ein Nachschlagebuch sein, das Antwort gibt auf alle Fragen über südschleswigsche Angelegenheiten, sondern auch ein praktischer Wegweiser in der aktuellen Grenzarbeit.

Die vorangestellte Inhaltsübersicht gibt einen Eindruck von dem, was man als erörterungswert ansieht:

Südschleswig heute (im engeren Sinn, mit Beiträgen von acht verschiedenen Herren):

Die Kieler Erklärung

Das dänische Schulwesen

Die dänische Kirche

Die dänischen Bibliotheken

Die kulturelle Vereinsarbeit

Die politische Arbeit

Die dänische Presse

Das südschleswigsche Wirtschaftsleben

Die humanitäre Arbeit

Die Friesen und Friesland

Deutsche Grenzarbeit

Das Land Südschleswig

Dänemark und Südschleswig

Grenzarbeit in Dänemark

Dänische Südschleswig-Institutionen

Dänische Hilfsarbeit

Südschleswigsche Vereine in Dänemark

Register

Ein fertiges Urteil wird man erst fällen können, wenn alle Bände vorliegen. Aber die beiden, die schon erschienen sind, dürften Anhalt genug geben für das, was man erwarten darf.

Zunächst wird man anerkennend den sauberen Druck, das gute Papier und die reichhaltige Ausstattung mit Bildern hervorheben dürfen, unter denen als erstes uns eine eindrucksvolle Aufnahme des dänischen Sankelmark-Denkmal entgegentritt, wohl statt des Königsworts „I skal ikke blive glem!“ (Ihr sollt nicht vergessen werden!) Im übrigen muß man sagen, daß, abgesehen von einigen wohlausgesuchten Landschaftsaufnahmen und willkommenen Porträts führender Grenzlandpersönlichkeiten, mit beigegebenen biographischen Notizen, die Bebilderung mehr von photographischem Daseinsbetrieb geleitet zu sein scheint als von einem echten Bedürfnis nach Illustration.

DAS ALLGEMEINE

Der erste Abschnitt des 1. Bandes bringt in seinen acht Darstellungen kaum das, was man in einem Nachschlagewerk sucht, sondern die politische Meinung von Persönlichkeiten, die in der Grenzarbeit tätig sind. Sie tragen eher bei zur Charakterisierung der Verfasser als zur Aufklärung über die Lage. Für uns Deutsche scheint insbesondere der Artikel von Johs. Hoffmeyer bemerkenswert, der eine Grenzlandschau aufwirft, auf die wir schon bei anderer Gelegenheit hinwiesen und die wir kaum bei anderen auf jener Seite wieder finden. Ein paar aus dem Zusammenhang herausgenommene Sätze mögen das verdeutlichen: „Für den dänischorientierten Südschleswiger spielt das Nationale, verglichen mit dem Wunsch nach menschlicher Freiheit und sozialer Sicherheit, eigentlich eine untergeordnete Rolle. Abgesehen von einer kleinen Schar haben die Südschleswiger nämlich keine dänische Nationalität zu verteidigen. Ihre Wünsche gehen dahin, daß sie und ihre Kinder in Freiheit in den dänisch-nordischen Kulturkreis sich einleben können, zu dem ihre Väter gehörten und in dem der Mensch als Mensch gewertet wird, was sich unter anderem in der sozialen Gesetzgebung auswirkt ... Nationalistische dänische Töne klingen übel in ihren Ohren und stehen in keiner Harmonie mit dem, was in Südschleswig geschieht ... *Uns geht es darum um den schleswigschen Menschen, nicht um das Land*“ Das sind Töne, die wir drüben selten hören und die nahe an die Realität herankommen, die wir hier um uns erlebt haben.

Die anderen Aufsätze dieses ersten Teils unterscheiden sich kaum von den üblichen Leitartikeln der Tagespresse. Daß Professor Hansen-Larsen immer noch Annektionshoffnungen hegt und Johs. Oldsen wieder sein Klagegedicht über die Mißhandlung der Friesen singt, überrascht niemanden. Daß man sie aber in einem Nachschlagewerk hat zu Wort kommen lassen, ist wohl nur der Vollständigkeit des Gesamtbildes halber geschehen.

Dann folgen Beiträge von Rechtsanwalt O. M. Olsen – den wir in Magleas über das Minderheitenrecht hörten – über die „Kieler Erklärung“, von Frants Thygesen über den Südschleswigschen Verein und von L. P. Christensen über

Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des dänischen Schulwesens in Südschleswig. Sie alle zeichnen sich durch eine Fülle wissenswerter Einzeltatsachen und durch eine selten zurücktretende Sachlichkeit aus.

Willkommen sind auch die wahrscheinlich von den Schulleitern erstatteten Berichte über die einzelnen Schulen, die freilich sehr verschieden ausfallen. Hier und da hat man den Eindruck, daß es ohne ein klein wenig „make up“ nicht ging, wie denn die „singenden Mädchen“ der Christian-Paulsen-Schule den Lippenstift anscheinend auch schon gut zu handhaben wissen.

DIE KINDERGÄRTEN

werden in Dänemark zu den Schuleinrichtungen gerechnet, und die Ausführungen über diesen Teil der Südschleswigarbeit sind sehr beachtenswert. Man erfährt, daß deren Zahl heute auf 29 gestiegen ist, davon 13 allein in Flensburg. Man erfährt weiter, daß die älteren Kindergartenkinder im Sommer mit den Ferientransporten der Schulen nach Dänemark verschickt werden und daß ihnen täglich ein warmes Essen verabreicht wird, das „von allergrößter Bedeutung erscheint für den Gesundheitszustand der Kinder und für die tägliche Arbeit mit ihnen“.

DIE WANDERLEHRER

Aus den Anfängen unserer deutschen Arbeit in Nordschleswig wissen wir, welche Bedeutung den Wanderschulen beigemessen wurde. Sie waren die Sammelstellen für die in der Vereinsamung wohnenden Angehörigen der Minderheit und schlossen die Gemüter auf für später zu errichtende feste Privatschulen. Die Berichte der Wanderlehrer dürften darum besonderer Beachtung wert sein. Sie erstrecken sich auf den ganzen Zeitraum von 1920 bis 1955.

Wie intensiv die Arbeit betrieben wird, geht besonders deutlich aus dem Bericht des Lehrers P. Thomsen hervor, der von Eckernförde aus Schwansen betreut. Am besten wird sie illustriert durch den beigegebenen

WOCHENPLAN FÜR DEN SOMMER 1955

Nachmittagskurse

Tag	Ort	Uhrzeit	Teilnehmer	Alter	Lokal
Montag	Fleckeby II	14-16	8	Kinder	Heinrich
	Fleckeby I	16-18	7	Kinder	Stave
Dienstag	Bohnert	15-17	1	Kind	Frau Kolb
			1	Erwachsene	

Mittwoch	Borby	15-17	7	Erwachsene	wechselnd
Donnerstag	Eckernförde	15-17	6	Erwachsene	wechselnd
Freitag					
Sonnabend	Barkelsby I	11	14-16	Kinder	Karl Schütt
Sonntag					

Abendkurse

Tag	Ort	Uhrzeit	Teilnehmer	Alter	Lokal
Montag	Fleckeby	20-22	4	Erwachsene	Heinrich Stave
Dienstag	Missunde	20-22	9	Erwachsene	Heinrich Karstens
Mittwoch	Eckernförde	20-22	8	Erwachsene	wechselnd
Donnerstag	Brekendorf	20-22	9	Erwachsene	Klempau Henry
Freitag	Kosel (?)	20-22	9	Erwachsene	wechselnd
Sonnabend	Barkelsby	20-22	8	Erwachsene	Karl Schütt
Sonntag	Eckernförde	20-22	5	Erwachsene	Karl Hein Frank

Neben dieser Tätigkeit der Wanderlehrer gibt es noch die Erwachsenenarbeit, die mit den festen Schulen verknüpft ist. Viele Tausend erwachsene Südschleswiger haben sich in den zehn Jahren nach 1945 auf die Schulbank gesetzt, um in dänische Sprache und nordische Kultur eingeführt zu werden. Es wurde unterrichtet in Dänisch, Heimatkunde, Deutsch, Rechnen, Nähen, Handarbeit, Gymnastik, Englisch, Handfertigkeit und Kochen.

HEIMSCHULEN

finden sich in Ladelund, wo man 14 junge Mädchen in Halbjahrskursen in dänischer Sprache, Kochen, Nähen, Gymnastik usw. schult, und in Jarplund, wo sich die südschleswigsche Volkshochschule befindet, die im Sommer wie unsere deutschen Volkshochschulen junge Mädchen aufnimmt und im Winter junge Männer. Die Zahl der Besucher schwankte dort zwischen 12 und 26, insgesamt waren es in der Zeit von 1950 und 1954: 168. Der den Grenzfriedenskreisen bekannte Leiter Jörgen Jessen hat inzwischen eine Anstellung in Dänemark gefunden. Die Schule steht jetzt unter der Leitung von Bøgh Andersen, dem Vorsitzenden des SSV.

Aufschlußreich und nüchtern ist auch die am Schluß des Abschnittes über das Schulwesen gegebene Übersicht über die Schülerzahlen. Im einzelnen sind sie uns schon durch die Berichte unserer Presse bekannt. Trotzdem mögen für die gesamten anerkannten südschleswigschen Privatschulen hier die Schlußzahlen der einzelnen Jahre folgen:

Jahr	Gesamt- Schülerzahl	davon in Flensburg.
1946 =	3 715	1 700
1947 =	9 160	3 330
1948 =	14 121	7 143
1949 =	13 642	6 681
1950 =	13 212	6 092
1951 =	12 351	5 459
1952 =	11 038	4 710
1953 =	9 985	4 303
1954 =	8 861	3 772
1955 =	7 659	3 221

DIE DÄNISCHE KIRCHE

Die Behandlung der heute im Brennpunkt der Auseinandersetzung stehenden dänischen Kirchenarbeit in Südschleswig ist in einem Handbuch, das sowohl die Entwicklung wie den Stand des Tages festzuhalten hat, selbstverständlich besonders schwierig. Es überrascht nicht, daß man dazu den verantwortlichen Leiter, Propst Westergaard-Jakobsen in Flensburg, zuerst zu Wort kommen läßt. Man merkt seinen Ausführungen an, daß die Kirchenfrage die leidigste unter allen ist und daß eine alle befriedigende Lösung noch nicht gefunden werden konnte. Im übrigen gibt er eine dankenswerte und aufschlußreiche Übersicht über die Entwicklung seit 1920. Wir werden vertraut gemacht mit den Satzungen der dänischen Gemeinden, mit denen des Südschleswigschen Kirchentags und des Südschleswigschen Kirchenrats. Wir erfahren, daß zur Zeit 23 Pastoren hier tätig sind und daß sie an 103 verschiedenen Orten Gottesdienste abhalten, größtenteils in den dafür eingerichteten Schulen, in Flensburg, Klein-Solt und Husum aber in Kirchengebäuden, die ihnen zur Verfügung gestellt worden sind. Von den zur Zeit amtierenden Pastoren stammen 16 aus dem Königreich, 4 aus Nordschleswig, einer aus den USA, einer aus Oldenburg, einer aus Flensburg.

*

Einen außerordentlich lesenswerten Aufsatz zur Kirchenfrage bietet am Schluß des zweiten Bandes Pastor Jörgen Kristensen, Aventoft. Ich bedaure sehr, daß er nicht schon bei Abfassung unseres Grenzfriedensheftes 1955,1 vorlag. Es hätte, trotzdem er in manchem unseren Widerspruch heraus fordert, für das Heft sicher

eine Bereicherung bedeutet, wenn wir ihn hätten aufnehmen dürfen.

*

Mit dem Bericht über die kirchliche Arbeit schließt der zweite Band. Man darf auf die weiteren gespannt sein, noch mehr aber auf das zweite Südschleswig-Handbuch, das von Johs. Hoffmeyer und Bent A. Koch redigiert wird. Das Inhaltsverzeichnis dieses Handbuchs verspricht allerhand: Das Land, Nydamboot, Gottorp, Der Dom in Schleswig, Das Danewerk, Die Städte, Die Sprache, Zeittafel, Das Volk, Die Flüchtlinge, Die Landwirtschaft, Industrie und Handwerk, Handel, Preise und Löhne, Öffentliche und private Fürsorge, Südschleswig als Touristenland, Die politische Entwicklung, Die dänische Minderheit und ihre Organisationen, Die Jugendarbeit, Die Schule, Die Kirche, Die sozialphilantropische Arbeit, Bibliotheken und Presse. Dänemarks Südschleswigpolitik, Dänemark und Südschleswig, Deutsche Grenzlandarbeit, Deutsch-dänische Kontakte, Wer ist wer in Südschleswig? Dokumente, Register.

D. H.

Unsere Schrift „Schleswig zwischen Deutsch und Dänisch“

ist inzwischen in zweiter Auflage erschienen. Wir haben auf Grund der uns zugegangenen Anregungen einiges geändert, anderes hinzugefügt, wissen aber, daß sie auch jetzt noch nicht allen Wünschen entspricht.

Von dänischer Seite sind uns weitere Besprechungen bekanntgeworden, die wir gerne zur Kenntnis nahmen und, soweit es möglich war, in der neuen Ausgabe berücksichtigten. Sie wiederholen im wesentlichen das, was wir schon im letzten Grenzfriedensheft abwehrten. Die der jungen Akademiker von „Front og Bro“ ist leider verspätet eingegangen, so daß wir sie noch nicht berücksichtigen konnten. Sie scheint uns aber so bemerkenswert, daß wir sie wie die von Rudbeck in ihren wesentlichen Teilen unseren Lesern nicht vorenthalten wollen.

„*Front og Bro*“ schreibt: „Es ist erfreulicher (morsommere), sich mit den anderen Büchern (die er vorher genannt hat) zu beschäftigen, als gerade mit dem Heft des Grenzfriedensbundes. Schon beim ersten Lesen stößt man sich an einzelnen unbehaglichen Kleinigkeiten; nein, es sind nicht Kleinigkeiten, wenn es der Grenzfriedensbund ist, der dahintersteht. Die Sprache ist klar, fast zu klar, jeder Satz eine These, unangreifbar in ihrer Wahrheit. Aber der Schein trügt. Denken Sie, da steht: ‚Der ungeheure Anstieg der dänischen Stimmen im Jahre 1947 ist auf die deutsche Politik nach 1933, auf die Folgen des verlorenen Krieges, auf die Hoffnung auf den Anschluß am Dänemark und auch auf die materiellen Vorteile zurückzuführen, die mit dem Eintritt in die dänischen Vereine verbunden waren und die besonders für die breite Schicht der Arbeitslosen und Kleinverdiener selbst heute noch von Bedeutung sind‘ ... ‚Die deutsche Bevölkerung betrachtet das

Ansteigen der dänischen Minderheit in Südschleswig als eine Flucht aus der deutschen Katastrophe. Sie bezeichnet die Abgefallenen als Neu- oder ‚unechte‘ Dänen und die angebliche Gesinnungsänderung und die damit bewiesene Haltung als unaufrichtig. Es ist aber nicht zu verkennen, daß ein großer Teil der Minderbemittelten durch die Not getrieben wurde und heute noch aus dieser Not in seiner Haltung bestimmt wird ...‘

Um Himmels willen! Das ist nicht der Grenzfriedensbund, der das sagt, es ist die ‚deutsche Bevölkerung‘, über die referiert wird. Aber durch solche Formulierungen (Udtaleser) wird man, bewußt oder unbewußt, den nationalen Gegner verdächtigen; ist das der gute Ton in den Kreisen, die für den ‚Grenzfrieden‘ arbeiten?

Speckdänen, damals – und heute! Kennt man immer noch keine anderen Motive für die dänische Volksbewegung in Südschleswig? Kann man sich nicht dahin bringen, zu überlegen, ob die dänische Volksgemeinschaft vielleicht menschliche Werte hat, die den einfachen Mann (die breite Schicht der Arbeitslosen und Kleinverdiener) sich heimisch fühlen lassen in einer dänischgeprägten Umwelt?“

Darf ich hier einfügen: Wir haben noch und noch in unseren Grenzfriedensheften und in Aufsätzen, um die uns dänische Blätter gebeten haben, darauf hingewiesen, daß das dänische Volk Anziehungskräfte ideeller Art besitzt, die wir im deutschen schmerzlich vermissen, und daß die Menschen, die sich nach der Katastrophe von Deutschland lösten, drüben eine volkliche Wärme fanden, von der sie nichts wußten und die es in Deutschland nicht gibt. Aber weil sie sie noch nicht kannten, konnte sie auch nicht Antrieb sein für ihr „Los von Deutschland“, vielleicht aber für ihr Bleiben bei Dänemark. Eins sei jedoch hinzugefügt: Es fühlt sich nicht jeder wohl in allzu weichem Bett.

„Front og Bro“ setzt fort: „Es fällt mir schwer, die materiellen ‚Vorteile zu sehen, die selbst heute noch von Bedeutung sind‘. Vielleicht denkt man da an den Ferienaufenthalt der Kinder in Dänemark – und an andere Dinge allgemeiner Art, die ein sozial ausgerichteter Staat seinen Bürgern bieten kann – und die ein anderer seinen Untertanen nicht gönnen will. Von deutscher Seite werden doch Sommerlager (Grenzlandjugend, Falken, Jugendaufbauwerk und andere Jugendvereine) veranstaltet, und es müßte auch eine ‚Landverschickung‘ der Jugend organisiert werden können. Heute kann doch nichts im Wege stehen, daß man dem deutschen Volke dieselben Verhältnisse bietet wie dem dänischen – auch der deutschen Minderheit nördlich der Grenze. Voraussetzung ist selbstverständlich, daß ein Gefühl volklicher Zusammengehörigkeit vorhanden ist, das ist nämlich das Bindeglied für die aktive dänische Arbeit in Südschleswig. Diese Dinge in positiver Beleuchtung sehen, das ist ‚Schleswig zwischen Deutsch und Dänisch‘. Da liegt eine Aufgabe für das Deutschtum.“

Ich darf für den Hinweis danken und bemerken, daß wir unausgesetzt seit der Gründung des Grenzfriedensbundes an der Lösung dieser Aufgaben arbeiten. Was „Front og Bro“ an unserer Darstellung der finanziellen Hilfe kritisiert, die die beiden Minderheiten von ihren Herbergs- und Mutterstaaten erhalten, finde ich nicht bedeutend. Wir haben früher schon solche Vergleiche als krämerhaft bezeichnet und darauf hingewiesen, daß die Herbergsstaaten ihre Minderheiten so fürsorglich betreuen sollten, daß sie keiner Unterstützung von Seiten des Muttervolks bedürfen. Wenn wir von den Millionenbeträgen reden, die das dänische Volk für seine Minderheit aufbringt, geschieht das, um zu zeigen, daß der Opferwille im dänischen Volke größer ist als bei uns und daß wir uns an ihm ein Beispiel nehmen sollten.

*

Das, was dann in der Besprechung folgt, darf ich übergehen. Er handelt sich im wesentlichen um historische Dinge, die unwesentlich sind und über die man sich mündlich unterhalten kann. Aber eines scheint mir nicht gleichgültig. „Front og Bro“ schreibt: „In dem Abschnitt über das Selbstbestimmungsrecht stellt man sich selbst die Frage: Welche Rolle spielt wohl der Gedanke einer Grenzverlegung heute bei dem einzelnen Südschleswiger? Ob die Schrift dem nicht eine zu große Bedeutung beilegt?“

Diesen Satz wollen wir uns sehr durch den Sinn gehen lassen. Es ist durchaus möglich, daß der ständige Hinweis darauf besser unterbleibt, und „Front og Bro“ wird sich ein Verdienst erwerben, wenn sie das für beide Seiten erreicht.

„Front og Bro“ schreibt weiter: „Sollte man in dieser Verbindung nicht den Unterschied beleuchten, der zwischen dem Denken besteht, das vom Staatsgebiet (deutsch) und dem, das vom Volk ausgeht (dänisch) und der die verschiedene Stellungnahme zum Selbstbestimmungsproblem bedingt?“

Das ist ein Problem, das in einer Schrift, die nur Tatsachen feststellen will, nicht gelöst werden kann. Wir haben in dem Heft über das nationale Selbstbestimmungsrecht dazu schon ausführlich Stellung genommen. Hier nur dies: Man kann nicht sagen, daß man in Deutschland nur vom Staate und in Dänemark nur vom Volke her denkt. Das ist eine Vereinfachung, die der Wirklichkeit nicht entspricht. Staat und Volk sind aufs innigste miteinander verwoben, in der Dynamik des Geschehens ist bald das eine, bald das andere mehr im Vordergrund. Auch darüber sollen wir lieber sprechen als schreiben.

„Front og Bro“ zum Schluß: „Die Frage erhebt sich, ob alle diese Dinge nur Kleinigkeiten sind. (Petitessen!!) Das kann man behaupten. Aber oft sind es gerade die Kleinigkeiten, die eine Verzerrung der Auffassung bewirken, und darum muß man sie vermeiden. Wir bitten den Grenzfriedensbund, das Heft ‚umzuschreiben‘, damit es ein begründetes Anzeichen dafür werden kann, daß sich ein gutnachbarliches Verhältnis zwischen deutscher und dänischer Kultur zu

beiden Seiten der Grenze entwickeln wird. Dann wollen wir gerne den Kontakt mit den Kreisen des Grenzfriedensbundes aufrechterhalten und vertiefen. Es ist schlimm mit dem Heft, so wie es jetzt ist. Es ist auch schlimm, daß wir es so besprechen mußten, wie wir es taten, aber wir konnten nicht anders.“

*

Wir fühlen nach diesem uns beinahe gedrängt, fortzufahren: Es tut uns um unserer Freunde auf der anderen Seite willen beinahe leid, daß wir das Heft geschrieben und herausgegeben und so geschrieben haben, wie wir es taten, aber wir konnten nicht anders.

Aber wenn Freundschaft nur dadurch auf rechterhalten werden kann, daß man sich voreinander versteckt, dann ist sie keine.

Wir brauchen nur den Anfang und das Ende gegeneinander zu halten, um zu spüren, um was es sich handelt: „Jeder Satz eine These, in ihrer Wahrheit unangreifbar“ und „Es ist schlimm, daß wir es so besprechen mußten, wie wir es taten, aber wir konnten nicht anders.“ Wir sind uns nicht uneinig über das, was geschehen ist, vielleicht nicht einmal über das, was werden wird. Verschieden aber sind die begleitenden Sentiments. Wir haben versucht, sie so weit wie möglich zu schonen. Und wenn man die Bildseiten des Hefts aufmerksam und mit Besinnen betrachtet, wird man zugeben müssen, daß wir uns bemüht haben, Sonne und Wind gleichmäßig zu verteilen.

Tatsachen sind nicht umzustoßen. Gemütsregungen aber schwellen mit der Zeit ab, wenn man ihnen keine neue Nahrung gibt.

D. H.